



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Was ich nicht weiß, macht mich heiß

**Das Einkommenssteuerverständnis in Österreich aus
soziologischer Perspektive**

verfasst von / submitted by

Fabian Kalleitner, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Kittel

Inhaltsverzeichnis

1. Abstract	2
2. Einleitung.....	2
3. Theorie: Finanzsoziologie zwischen „Public Finance“ und Wirtschaftspsychologie	5
3.1 Wirtschaftspsychologie und die Erweiterung des Compliance-Modells	6
3.2 Wissen, Soziologie und Steuern.....	8
3.3 Öffentliche Finanzwirtschaft: “Public Choice” und “Fiscal Illusion”	10
3.4 „Fiscal Sociology“: Die Bedeutung von Gruppen, Normen und dem Sozialen	13
3.5 Hypothesen.....	16
4. Methodischer Zugang.....	23
4.1 Steuerfragen in den bisherigen Social Surveys:.....	23
4.2 Konstruktion der eigenen Steuerfragen.....	27
4.3 Allgemeine Informationen zum Survey-Design.....	31
5. Deskriptive Beschreibung der Ergebnisse.....	33
6. Inferenzstatistische Analyse.....	43
6.1 Einflussfaktoren des bevorzugten Steuermodells	43
6.2 Einflussfaktoren von Steuerwissen	56
7. Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse	63
8. Fazit: Steuern und Umfrageforschung; „Rational Choice“ und Gerechtigkeitsvorstellungen – erste Ansätze und mögliche zukünftige Forschungswege.....	67
9. Literaturverzeichnis	71
10. Tabellen- & Abbildungsverzeichnis	75
11. Anhang.....	76

1. Abstract

Die progressive Lohnsteuer stellt eine der bedeutendsten Einnahmequellen des Staates dar und ist zudem ein wichtiger Faktor für den Umverteilungsgrad im Wohlfahrtsstaat. Aus den wenigen Ergebnissen aus der Survey-Forschung ist bekannt, dass die Zustimmung zu einer progressiven Besteuerung aber keineswegs einer sicheren Mehrheit in Österreich unterliegt. Systematische Untersuchungen zur Einstellung der Österreicherinnen und Österreicher zu Steuern liegen aber kaum vor. Darüber hinaus konnten international vergleichende Studien zeigen, dass Einkommenssituation und Fairnesspräferenzen nur wenig Varianz erklären. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, inwieweit Steuerwissen die Einstellungen zum Lohnsteuersystem beeinflusst. Als Datengrundlage dienen neu erhobene Daten der „Plattform für Umfragen, Methoden und empirischen Analysen“, einer Kooperation von österreichischen Universitäten mit der Statistik Austria. Erstmals wurden darin Fragen zu Steuerwissen und Steuereinstellung kombiniert, was genauere Einblicke in den komplexen Umgang der Bevölkerung mit Steuern liefert. Die Analysen zeigen, dass eine große Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher kaum über die Struktur und Berechnung der Lohnsteuer Bescheid weiß und diese Gruppe besonders anfällig dafür ist, das progressive Lohnsteuermodell abzulehnen. Die Interaktionseffekte von klassischen soziodemografischen Variablen mit dem Steuerwissen machen deutlich, dass Wissensfragen unabdingbar sind, um ein besseres Verständnis über Einstellungen zu Steuerfragen zu erhalten. Vor allem Personen mit höherem Einkommen wissen besser über das österreichische Einkommenssteuersystem Bescheid und können damit ihren Wünschen auch besser Ausdruck verleihen.

2. Einleitung

“... it is surprising, even shameful, that social scientists and historians have paid so little attention to taxation.” Charles Tilly (2009)

Steuern gehören zu den wichtigsten institutionellen Kontextfaktoren der soziologischen Forschung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in den Anfangsjahren der Soziologie, gab es Bestrebungen dieser Vorstellung durch die Gründung einer eigenen Disziplin, der Finanzsoziologie gerecht zu werden. Die wenigen einschlägigen Publikationen und das Fehlen von Lehrstühlen zeugen vom Scheitern dieses Vorhabens, obwohl die Bedeutung von Steuern in einigen soziologischen Theorien immer wieder hervorgehoben wurde. So beschreibt etwa Niklas Luhmann Steuern als „strukturelle Kopplung“ zwischen politischem- und wirtschaftlichem System (Luhmann 1997: 402ff). Bei Gøsta Esping-Andersens Typologie der Wohlfahrtsstaaten nimmt die Steuerpolitik eine zentrale Rolle ein (Esping-Andersen 1992). Wurde in diesen Theorien aber eher die Ausgabenseite des Staates betont, wird in dieser Arbeit der Blick auf die Einnahmeseite

gerichtet und damit dem Thema Steuern explizit Rechnung getragen. Lange Zeit den Ökonomen überlassen, gilt es, neue soziologische Fragen zum Umgang mit Steuern und ihrer Wirkung auf die Gesellschaft zu stellen. Ein Anfang wird hier mit einer Untersuchung der Beziehung der Österreicherinnen und Österreicher zu Einkommenssteuern gemacht. Dabei wird nicht nur deutlich werden, wie sich das Wissen und die gesellschaftliche Position auf die Einstellung zur Einkommenssteuer auswirken, sondern auch, wie grundlegende ökonomische Theorien sinnvoll soziologisch weitergedacht werden können.

Die progressive Lohnsteuer stellt eine der bedeutendsten Einnahmequellen des Staates dar und ist darüber hinaus ein wichtiger Faktor für Umverteilung im Wohlfahrtsstaat.¹ Aus den wenigen Ergebnissen der Umfrageforschung ist bekannt, dass diese Säule des österreichischen Steuersystems keineswegs auf einer sicheren Zustimmung durch die Bevölkerung fußt. Progressive Einkommensbesteuerung ist keinesfalls eine unantastbare Bastion, für die man sie aufgrund der weit verbreiteten Anwendung in Europa halten könnte. Woran liegt das? Ist ein allgemeines Ressentiment gegenüber Steuern und dem Staat dafür verantwortlich, oder ist hier möglicherweise ein neuer Klassenkampf zu beobachten, in dem obere Einkommenschichten nicht länger mehr bezahlen wollen? Die bisher, insbesondere auf soziologischer Seite, dünn gestreute Forschung ist sich darüber uneins. Gegen diese Intuition scheinen es aber vor allem die unteren Einkommenschichten zu sein, die sich gegen eine progressive Einkommensbesteuerung aussprechen.²

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, warum die progressive Einkommenssteuer mitunter auch von Profiteuren des Systems große Ablehnung erfährt, wird zunächst in einem Theoriekapitel auf die bestehende Forschung zu Steuern im Allgemeinen und zur Einkommenssteuer im Besonderen eingegangen. Dabei wird ein Fokus auf die, in Steuerfragen dominierenden, Disziplinen Ökonomie (*public finance*) und (Wirtschafts-)Psychologie gelegt, sowie deren Haupttheorien anhand der Konzepte *fiscal illusion* und *tax compliance* kurz dargestellt. Diese Theorien werden mit finanzsoziologischen Überlegungen kombiniert, um ein Theoriegebäude zu erhalten, welches die Formulierung von Hypothesen über die Wirksamkeit von Steuern und den entsprechenden Einstellungen zu ihnen zulässt. Dabei werden aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschungen zum Thema berücksichtigt und in die Überlegungen miteinbezogen. Innovativ ist

¹ In Österreich werden etwa ein Drittel der Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer lukriert. Die Progression derselben gleicht in erster Linie die regressive Wirkung der indirekten Besteuerung (vor allem durch die Mehrwertsteuer) aus. Erst durch aktive Fördermaßnahmen, wie etwa dem Arbeitslosengeld und der Mindestsicherung kommt es in Österreich zu einer Einkommensumverteilung nach unten (Guger 2009: 328ff). Dieser Befund wurde erst kürzlich in einer Analyse von Rocha-Akis (2016) neuerlich bestätigt.

² Siehe International Social Survey Program (2009) und European Social Survey 4 (2008) oder deskriptive Ergebnisse in dieser Arbeit.

hier die Inklusion wissenssoziologischer Überlegungen, mit Hilfe derer versucht wird, dem Homo oeconomicus in einer von Informationsdefiziten geprägten Handlungswelt besser gerecht zu werden. Die Hauptfrage lautet, ob die ökonomisch irrationalen Steuereinstellungen in erster Linie auf falsche Vorstellungen zur Wirkungsweise von progressiver Besteuerung zurückzuführen sind. Diese Überlegung lässt, unter der Berücksichtigung einschlägiger ökonomischer und psychologischer Studien zum Thema, die Formulierung mehrerer Hypothesen zu, die im Folgenden quantitativ untersucht werden. Weitere Fragen gehen darauf ein, welche soziodemografischen Faktoren die Einstellung zur Struktur der Einkommenssteuer beeinflussen, welche Veränderungen der Ergebnisse sich durch die Inklusion der Wissensfragen im Vergleich zur bisherigen Forschung ergeben, und inwieweit verschiedene Informationsquellen auf unterschiedliche Steuereinstellungen bzw. ein anderes Steuerverständnis schließen lassen.

Das Methodenkapitel wird dreierlei leisten: Erstens werden die Frageformulierungen in den bisherigen Forschungsstand eingebettet. Zweitens wird begründet, wie eine leichte Adaption dieser Fragestellungen zu einer höheren Validität führen kann. Drittens wird dargelegt, wie die Kombination aus Einstellungs- und Wissensfragen erst zur nötigen Qualitätssteigerung der komplexen Fragen führt, die notwendig ist, um die Ergebnisse für die weitere Forschung fruchtbar zu machen. Danach wird auf die Erhebungsweise der vier Steuerfragen und der soziodemografischen Variablen im Rahmen des PUMA-Projekts eingegangen. Dabei handelt es sich um eine online durchgeführte Umfrage, deren Erhebungszeitraum vom Frühjahr bis in den Herbst 2016 reichte (Seymer 2017).

Im Ergebnisteil werden die Umfragedaten zunächst deskriptiv ausgewertet und mit den Ergebnissen der bisherigen Forschung verglichen. Es wird hier vor allem darauf eingegangen, wie die Kombination von Einstellungs- und Wissensfragen, die Interpretationsweise der älteren Forschung erweitern kann. So zeigt sich, dass ein Großteil der österreichischen Bevölkerung nur schlecht über das Einkommenssteuersystem informiert ist und Steuerpräferenzen erst in Verbindung mit den jeweiligen Steuerwahrnehmungen sinnvoll analysiert werden können. Im analytischen Teil der Untersuchung wird mithilfe von Regressionsanalysen versucht, die Hypothesen des Theorieteils zu falsifizieren. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass erst die Integration der Wissensdimension und ihrer Interaktionen mit klassischen soziodemografischen Merkmalen, wie beispielsweise Einkommen und Bildung, Letzteren Erklärungskraft verleihen. Demnach stellt die Inklusion von Wissensfragen bei der Analyse von Steuereinstellungen eine entscheidende Innovation im Vergleich zur bisherigen Forschung dar. So wird deutlich, dass auch individuell nutzenmaximierende Überlegungen eine Rolle in der Wahl des bevorzugten Steuersystems spielen. Darüber hinaus wird gezeigt, dass die falsche Einschätzung der

Wirkungsweise von Steuertarifen ein Grund für die Überschätzung der Steuerbelastung unterer Einkommensgruppen ist. Steuerwissen hilft damit Steuereinstellungen besser zu verstehen und macht deutlich, dass Wissensunterschiede zu völlig unterschiedlichen Wahrnehmungen über das aktuelle Steuersystem und seiner Funktionen führen. Damit sind die Ergebnisse nicht nur für Forschungen rund um Steuerfragen relevant, sondern auch für Untersuchungen der Beziehung zwischen Staat und seinen Subjekten allgemein. Erkenntnisse über den Wissensstand von verschiedenen Teilen der Gesellschaft zu Steuerfragen helfen der Soziologie letztendlich, unterschiedliche Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen im Umfeld des Wohlfahrtsstaates besser verstehen zu können.

3. Theorie: Finanzsoziologie zwischen „Public Finance“ und Wirtschaftspsychologie

Der Begriff Finanzsoziologie lässt sich im deutschsprachigen Raum vor allem an zwei Personen festmachen: Rudolph Goldscheid und Josef Schumpeter. Beide stimmten dahingehend überein, dass eine historische Untersuchung der Grundlagen der öffentlichen Finanzierung notwendig ist, um soziale und politische Strukturen in der Steuerentwicklung herauszuarbeiten (Backhaus 2005: 41). So erkennt Goldscheid „in der Finanzwissenschaft den Hauptschlüssel zur Soziologie des Staates“ (Goldscheid 1917: 257). Für Schumpeter sind „[d]ie Finanzen [...] eines der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes“ (Schumpeter 1918: 7).

Der *Steuerstaat* war in beiden Theoriegebäuden das zentrale Subjekt, wenn auch mit jeweils stark unterschiedlichen Eigenschaften. Goldscheid, beeinflusst von Karl Marx, interpretierte die Entwicklung des Steuerstaates im Lichte einer Geschichte von Klassenunterschieden. So gründete der Staat seine Finanzen immer mehr auf Schulden, wodurch die herrschende Klasse an Macht gewann. Zur Befriedigung der Gläubiger musste der Steuerstaat auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse zurückgreifen. Dies ist sozusagen die öffentliche Seite des Ausbeutungsverhältnisses im Kapitalismus. Wie im Privaten ist das System immanent krisengefährdet und monopolanfällig (Backhaus 2005: 41; Goldscheid 1917: 258). Goldscheid stellt dem Marxschen historischen Materialismus demnach einen historischen „Finanzismus“ zur Seite. Für Schumpeter dagegen ging es nicht um einen Klassengegensatz, sondern um die Entwicklung des Verhältnisses von individuellen und kollektiven Bedürfnissen. „Goldscheid saw the emergence of the tax state as leading to State impoverishment, Schumpeter heralded it as the very creation of the state“ (Musgrave 1992: 33). Goldscheids Lösung des Klassenproblems im Steuerstaat war durch eine radikale Machtumkehr gekennzeichnet. Die Arbeiterklasse muss einen reichen Staat konstruieren, der für die Gesellschaft arbeitet. Bei Schumpeter ging es hingegen um die grundsätzliche Frage, ob ein Steuerstaat aufgrund einer langsam steigenden Wirtschaftsleistung und rascher steigenden

Aufgaben notwendigerweise irgendwann zusammenbrechen muss.³ Mit der Annahme einer relativen Stagnation des Steueraufkommens, kommt Schumpeter zum Schluss, dass Steuerstaaten zwar zusammenbrechen können, dies aber keine Notwendigkeit des Systems an sich ist (Backhaus 2005: 42). Für Goldscheid hingegen würde der „Individualismus des Nationalvermögens mit dem Kollektivismus der Nationalschuld nicht in der bisherigen Weise zusammen bestehen können“ (Goldscheid 1917: 262). Ein Satz, der genauso in den aktuellen Debatten um die Folgen der Krisenjahre nach 2008 hätte fallen können.

Soziologinnen und Soziologen waren aber nicht die ersten Ansprechpartner zur Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise, denn eine Vorhersage der frühen Finanzsoziologen hat sich nicht bewahrt: „[Man kann bei der soziologischen Untersuchung der Staatsfinanzen] wohl von einem besonderen Tatsachenmaterial, einem besonderen Problemkreis, einer besonderen Auffassungsweise sprechen, kurz von einem Sondergebiet: Finanzsoziologie, von dem manches zu erwarten ist“ (Schumpeter 1918: 8). Anstelle der Soziologie haben sich zwei Nachbardisziplinen verstärkt mit den öffentlichen Finanzen beschäftigt: die Volkswirtschaftslehre und die Psychologie. Dabei wurden zwei Konzepte ausgearbeitet, um die sich jeweils ein Großteil der Forschung dreht: *fiscal illusion* und *tax compliance*. Auf diese zwei dominierenden Themen soll nun näher eingegangen werden, um anschließend soziologisch auf diese Theorien aufbauen zu können, ohne dabei die historischen Analysen der frühen Finanzsoziologen völlig zu vergessen.

3.1 Wirtschaftspsychologie und die Erweiterung des Compliance-Modells

Ein bedeutender Zweig der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Steuern befasst sich, wie bereits erwähnt, mit der sogenannten „Compliance“ (Steuerehrlichkeit), dem Willen der Bevölkerung beschlossene Steuern auch zu bezahlen. Der Forschungsbereich geht dabei über Fächergrenzen hinaus und wird vor allem von ökonomischen und wirtschaftspsychologischen Arbeiten dominiert. Insgesamt wird eine breite Palette an Fragen abgedeckt, die von Grundsätzen, warum Menschen überhaupt Steuern zahlen, bis hin zu stark anwendungsorientierter Forschung, die danach fragt, wie der Staat besser seine beschlossenen Steuern einnehmen kann, reicht.⁴

Wie diese zwei Forschungsebenen interagieren, wird durch einen Blick auf die Geschichte der Theorien zur *tax compliance* klar. In den 1960er und 70er Jahren war eine von ökonomischem Eigennutzen geprägte Theorie vorherrschend. Von Allingham und Sandmo (1972) eingeführt, prägte sie lange Zeit die Forschung zum Thema, wohl auch weil sie gut mit klassischen Staatsvorstellungen – wie dem *Leviathan-Modell* – kombinierbar war. Diese Theorie geht davon aus,

³ Diese These wurde so ähnlich von Goldscheid (1917: 262f.) aufgestellt. Ein analoger Zusammenhang wurde bereits von Adolph Wagner (1892: 892ff) prognostiziert.

⁴ Für eine Forschungsübersicht zum Thema *tax compliance* siehe: (Alm, 2012) oder (Pickhardt/Prinz, 2014).

dass Politiker zuallererst auf Machterweiterung bedacht sind. Im ökonomischen Sinn würde dies eine unbegrenzte Zunahme an Steueraufkommen nach sich ziehen. Dies wird aber durch den davon ausgelösten Unmut verhindert, da Politiker versuchen wiedergewählt zu werden. Politik pendelt demnach zwischen Machterweiterung und Machterhalt hin und her (Cullis und Jones 1998: 395ff)⁵. Empirisch lieferte das Modell ebenfalls brauchbare Ergebnisse, obwohl es nur von zwei großen Reglern der Compliance ausgeht, nämlich der Höhe von Strafen bei Nicht-Compliance und der Überprüfungsrate, mit der diese Fehlritte festgestellt werden.⁶ Bis heute sind diese zwei Faktoren, wenn auch mit Interaktionen und unter Einschränkungen, in beinahe allen gängigen Compliance-Modellen zu finden. Nichtsdestoweniger wandelte sich die Forschung Ende des 20. Jahrhunderts aber grundlegend.

Verhaltensökonomien und Wirtschaftspsychologen begannen in Laborforschungen Compliance stärker über Faktoren wie Fairnesspräferenzen und soziale Normen zu modellieren (Pickhardt und Prinz 2013: 7). Dadurch wurden die Einflüsse von Strafen und Überprüfungsraten relativiert, da diese nun Teil eines komplexen Modells sind, in dem direkt ökonomisch wirkende Faktoren nur einen Bereich der Erklärungskraft abdecken. Eines der aktuell gängigsten wirtschaftspsychologischen Modelle zur *tax compliance* wurde von Kirchler et al. (2008) eingeführt. Sie unterscheiden drei Ebenen: die soziale Repräsentation von Steuern, die Steuer-Compliance-Entscheidung und die Interaktion zwischen Steuerbehörden und Steuerzahlern. Für die erste Ebene wurden Faktoren wie mentale Konzepte, Einstellungen, Normen, aber auch das subjektive Steuerwissen für wichtig befunden. Weiterführend hat auch Wenzel (2004) die Bedeutung von Gruppeneffekten für Steuernormen betont. Nicht mehr nur ein Abwägen der ökonomischen Kosten und Nutzen spielt eine Rolle für Steuerentscheidungen, sondern auch der gesellschaftliche Kontext. Pickhardt und Prinz (2013: 8) bezeichnen diese Erkenntnis als die wohl größte Leistung der dominanten experimentellen Studien in den letzten Jahren. Dagegen konnte die Compliance-Forschung Fragen nach den Effekten zahlreicher soziodemografischer Variablen auf die Steuerehrlichkeit nicht eindeutig klären. Die unterschiedlichen Signifikanzen und Änderungen in den Wirkungsrichtungen deuten auf ungeklärte Interaktionseffekte hin (Pickhardt und Prinz, 2013: 9). In Bezug auf das Einkommen dominiert in der Forschung weiterhin das sogenannte *Cox-Paradox*, welches besagt, dass untere und höhere Einkommensgruppen eine niedrigere Bereitschaft als mittlere aufweisen, ihre Steuern zu zahlen (Cox 1984). Der Einfluss von Bildung auf *tax compliance* bleibt unklar. Alarcon-Garcia et al. (2015) konnten zeigen, dass *tax compliance* bei Personen

⁵ Auf dieses Modell wird in den Ausführungen zur *public choice theory* noch näher eingegangen.

⁶ Bezüglich der Wirkung von Strafen und Überprüfungen gibt es ein breites Forschungsfeld, das insbesondere von Experimenten geprägt wird. Siehe Tsebelis(1989) sowie neuer Rauhut und Winter (2012) für entsprechende Modellierungen dieses Problems.

mit höherer Bildung, welche auch ein höheres Steuerwissen besitzen, höher ist, als bei denen, die nur vorgeben, ein solches zu besitzen. In einer qualitativen Untersuchung konnte für Malaysia eine positive Verbindung zwischen Gerechtigkeitsvorstellungen und Steuerwissen hergestellt werden (Saad 2011: 408). Die Einkommenssteuer wird meist stärker mit Fairnessfragen verbunden als andere Steuerformen (Beedle und Taylor-Gooby 1983: 25).

Wenzel (2003) unterscheidet drei verschiedene Arten von Gerechtigkeitsempfindungen im Kontext von Steuerfragen. Erstens distributive Gerechtigkeit, diese umfasst Umverteilungsfragen beziehungsweise allgemeine Verteilungsfragen; zweitens Verfahrens-Gerechtigkeit, diese beschreibt, wie mit dem Staat kommuniziert wird und wie die Personen den Staat beziehungsweise den Umgang mit ihm in Zusammenhang mit Steuern einschätzen; drittens restaurative Gerechtigkeit, diese bezieht sich auf Sanktionen und Strafen bei Normbrechung. Doch wie entstehen solche Gerechtigkeitsempfindungen? Bereits durch die Unterscheidung dieser Typen wird klar, dass diese Empfindungen von individuellen Erfahrungen und Strukturwissen abhängen. Um die distributive Gerechtigkeit beurteilen zu können, bedarf es einer Vorstellung von der eigenen Position relativ zur Position von Bedürftigen. Um Verfahrens-Gerechtigkeit beurteilen zu können muss auf eigene oder bekannte Fälle referenziert werden und um die restaurative Gerechtigkeit einschätzen zu können, wird auf Erfahrungen und Informationen zurückgegriffen, die klarstellen, ob Falschhandeln auch bestraft wird, und wenn ja wie.

3.2 Wissen, Soziologie und Steuern

Erfahrungen und vor allem auch der subjektive Wissensstand spielen also eine immer stärkere Rolle in den theoretischen Modellen zu Steuerfragen, doch spiegelt sich dies bis dato in den empirischen Arbeiten wieder? Diese Frage leitet direkt zum Problem über, wie sich Wissen empirisch feststellen lässt. Die Antwort auf diese Frage teilt die empirische Steuerwissenschaft in zwei große Bereiche. Zum einen gibt es Arbeiten, die Steuerwissen nicht direkt messen, sondern versuchen, dieses über einen Proxy – meist den Bildungsgrad, zum Teil in Kombination mit politischem Interesse und ähnlichem – zu modellieren (Hennighausen und Heinemann 2013). Zum anderen wird versucht, Steuerwissen auf unterschiedliche Weise direkt zu messen (Blendon et al. 2003; Cullis und Lewis 1985; Alarcon-Garcia et al. 2012). Es können dabei mehrere Arten von Steuerwissen unterschieden werden, auch wenn sich dieser Punkt nur selten explizit in den empirischen Arbeiten niederschlägt. Drei Hauptkategorien finden sich in der Forschung: allgemeines Wissen, technisches Wissen und Wissen über die Rechtslage (Saad 2011: 125). Unter allgemeines Steuerwissen fällt etwa die Kenntnis über Struktur und Zweck von Steuern. Technisches Wissen beinhaltet die Fähigkeit, Formulare selbstständig ausfüllen zu können und den richtigen Umgang mit Abschreibungen zu beherrschen. Juristisches Wissen inkludiert in erster

Linie die Kenntnis über Sanktionen bei Fehltritten und Versäumnissen. Spielen bei Fragen der Compliance alle drei Bereiche eine entscheidende Rolle, scheint es bei Fragen zur Steuereinstellung in erster Linie um den ersten Punkt zu gehen. Aus diesem Grund fokussiert die Arbeit auf Fragen zur Kenntnis der Struktur von Einkommenssteuern und nicht auf praktisches Steuerwissen.

Mindestens seit Mannheim sind Wissen und gängige Vorstellungen nicht mehr *a priori* trennbar (Mannheim 2015: 227ff). In einem anwendungsorientierten Zusammenhang, wie bei Steuerfragen, kann die Unterscheidung aber dennoch sinnvoll sein, wenn auch mit einer entscheidenden theoretischen Annahme: Auch Nicht-Wissen oder besser gesagt faktisch falsche, subjektive Tatsachenvorstellungen werden in Handlungen als Wissen funktionalisiert. Wenn eine Person davon ausgeht, dass sie 10 Prozent ihres Einkommens an Lohnsteuern zahlt, obwohl es 15 Prozent sind, geht diese Person nicht mit keinem Wissen in eine Handlung, sondern mit einem falschen. Dies ist ein entscheidender gedanklicher Unterschied, da damit auch Nicht-Wissen eine eigenständige funktionale Wirkung zugewiesen bekommt. In einer von der empirischen Sozialforschung inspirierten Ausdrucksweise könnte man sagen: Das „Weiß nicht“ bekommt Erklärungskraft. Inwieweit dieser Satz auch direkt auf die quantitative empirische Forschung übertragbar ist, wird im empirischen Teil noch genauer geklärt werden. Von Schule und Studium an die dichotome Unterscheidung von Richtig und Falsch gewöhnt, wird oft vergessen, dass unterschiedliche Arten von Nicht-Wissen mindestens die gleichen Auswirkungen haben können wie unterschiedliche Grade von Wissen. In diesem Sinne gilt es, stärker anzuerkennen, dass Wissen keine dichotome Kategorie ist. Demnach ist die Frage, ob gewisse Handlungen aus Unkenntnis über einen Sachverhalt gesetzt wurden, nicht richtiggestellt. Besser formuliert muss die Frage lauten, welche konkreten – nicht dem Sachverhalt entsprechenden – Wissensformen diesen Handlungen als Grundlage dienen.

Es sei aber festgehalten, dass Wissen nicht nur die Kenntnis des Gesetzestextes bedeuten kann, sondern sehr unterschiedlich in vielen Formen und Ebenen auftreten kann, die jeweils eigene Funktionalisierungen ermöglichen. Der Einfachheit halber wird aber im Folgenden von „Wissen“ gesprochen, wenn es sich um logisch richtige Deduktionen aus den jeweiligen Gesetzen und Bestimmungen handelt, und von „Nicht-Wissen“, wenn dies nicht der Fall ist. Spielten solche konstruktivistischen Interpretationen von Wissen in der Soziologie seit dem *Cultural Turn* eine immer stärkere Rolle, fanden sie nur langsam Einzug in stärker ökonomisch geprägte Wissenschaftsmilieus. So schlug etwa Kalthoff (2004) vor, dass es eine verstärkte Zuwendung zu einer „Soziologie ökonomischen Wissens“ braucht, welche auf ökonomische Fragestellungen, wie dem Verhalten unter Ungewissheit, aufbaut. Um diesen Ansatz zu verstehen, wird im Folgenden dargestellt, wie die Volkswirtschaftslehre auf Steuerfragen und in diesem Zusammenhang auch auf

Wissensfragen eingeht. Dabei wird auch auf wirtschaftspsychologische Theorien Bezug genommen und gezeigt, wie diese auf ökonomische Fragestellungen aufbauen.

3.3 Öffentliche Finanzwirtschaft: “Public Choice” und “Fiscal Illusion”

Von ökonomischer Seite ist Wissen, in Bezug auf rationales Handeln, von entscheidender Bedeutung. Der in der Mikroökonomie dominierende *Rational-Choice*-Ansatz setzt in den meisten Fällen vollständige Information aller HandlungsteilnehmerInnen voraus. Dass dies oftmals nicht der Fall ist, erscheint logisch, aber wie weichen die Informationsstände von dieser Annahme ab? Wie lassen sich individuell nutzenmaximierende Subjekte in das von Staat und Demokratie geprägte Umfeld der öffentlichen Finanzen umlegen? James M. Buchanan und Gordon Tullock (1999) antworten auf diese Fragen 1962 mit der *public choice theory*. Diese erweitert in ihrer simpelsten Form den utilitaristischen Blick von privaten auf öffentliche Entscheidungen. Politiker, Behörden und Wähler maximieren jeweils ihren Nutzen. Politiker wollen wiedergewählt werden und versuchen ihr Klientel zu bedienen, Beamte beziehungsweise Behörden versuchen ihren Einfluss durch ein möglichst hohes Budget aufrecht zu erhalten, und die Bürger wollen ihre eigene Steuerlast gering halten. Abweichungen vom Gleichgewicht basieren auf falschen Einschätzungen der Belastungen einzelner Gruppen. In Hinblick auf den Einfluss von Wissenslücken bauen Buchanan und Tullock auf die Elitentheorie auf, welche vom italienischen Ökonomen Amilcare Puviani geprägt wurde. Dieser geht davon aus, dass es den herrschenden Schichten gelingt durch Falschinformation und Komplexität mehr Steuern einzunehmen, als gesamtgesellschaftlich effizient wäre (Martin et al. 2009: 5ff). Aber wie stellt sich diese vermutete Wissenslücke praktisch dar und sind wirklich besonders die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung von einem Wissensdefizit betroffen?

Ein früher Antwortversuch stellt die Untersuchung Günther Schmolders (1960) über die Auswirkungen von Wissenslücken auf ökonomisches Handeln dar. In seinem Buch *Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft* greift er zu einer Idee des *public choice* auf und bedient sich zum anderen psychologisch-behavioristische Theorien. In einer quantitativen Studie gelingt es ihm dabei eine Wissenslücke in Bezug auf Steuerbelastung von indirekten Steuern festzustellen (Schmolders 1959: 30). Höhere Einkommen nehmen für die gleiche Steuer eine niedrigere prozentuale Belastung wahr als niedrigere Einkommensklassen. Schmolders entwickelt diesen Gedanken anhand des Beispiels einer einfachen Verbrauchssteuer, in der der Satz zwar für alle Einkommensklassen äquivalent ist, sich durch das unterschiedliche Konsumverhalten aber dennoch eine unterschiedliche Belastung ergibt. Das Ergebnis stützt damit die Gültigkeit der sogenannte *Cambridge Rule* – zumindest für indirekte Steuern. Dabei handelt es sich um eine Theorie, die durch Hugh Dalton 1922 im Buch *Principles of Public Finance* bekannt wurde, als er versuchte, Charakteristika für ein „gutes Steuersystem“ zu finden:

An ingenious formula, of Cambridge origin, is that the rich should pay more taxation than they think, while the poor should think they pay more taxation than they do. This double illusion, it is argued, will keep the rich contented and the poor virtuous, and will tend to maximise work and saving by all classes (Dalton 1954: 34).

Auch Dalton verwies bereits auf eine mögliche Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Steuerlast, die aufgrund von Unterschieden in „taste and temperament“ entstehen können (Dalton 1954: 35). Als Ökonom betonte er aber die übermäßige Bedeutung der objektiven Steuerlast. Mit Schmölders änderte sich diese Sichtweise. Eine Untersuchung von Blaufus et al. (2013a) bestätigte vor kurzem die Schlussfolgerungen Schmölders (1959) mithilfe eines Einkommenssteuerbeispiels. Insbesondere untere Einkommensschichten überschätzten in dieser Studie ihren Steuerbeitrag massiv. Die *Cambridge Rule* scheint damit dauerhafte Erklärungskraft zu besitzen. Sie ist aber nur eine spezielle Form, in der das Problem der falsch angenommenen steuerlichen Belastung aufgefasst werden kann. In der ökonomischen Forschung wird dieses Phänomen allgemein mit dem Begriff *fiscal illusion* bezeichnet. Um dieses Konzept besser zu verstehen, müssen zunächst verschiedene Definitionen von Steuerbelastung unterschieden werden.

In der Forschung dominieren zwei Möglichkeiten: Erstens können Steuern als ein Gut wie jedes andere behandelt werden. Dafür werden die *Steuern als Gegenleistung* (Bezahlung) für die erhaltenen öffentlichen Güter gesehen. Die individuelle Steuerhöhe sollte also genau der Summe der in Anspruch genommenen öffentlichen Güter entsprechen (Äquivalenzprinzip). Eine weitere Möglichkeit besteht darin, *Steuern als öffentliches Gut* zu betrachten, für das es sich lohnt, nicht nur wegen Gegenleistungen beizutragen, sondern aufgrund der eigenen Leistungsfähigkeit. Dieser Begriff meint dabei, dass jede/r so viel einzahlen sollte, wie es ihr/ihm individuell durch die Leistung möglich ist (Wagner 1976: 54ff). Nach dieser Definition ist der Höhe der Steuern keine strikt ökonomisch definierte Grenze gesetzt, sondern die Steuerbelastung wird politisch ausgehandelt. Wie viel wird jeder nach seiner Leistung belastet? Das Leistungsfähigkeitsprinzip wurde grundlegend für alle progressiven Steuersätze und wird in Deutschland und Österreich vom Gleichheitsgrundsatz abgeleitet.⁷ Im Vergleich dazu werden Gebühren mit dem Äquivalenzprinzip begründet (Beiser 2016: 27ff).

Diese zwei Steuerdefinitionen haben aber nicht nur rechtliche Relevanz, sondern beinhalten jeweils eine eigene normative Aussage, wie Personen Steuern sehen sollen. Diese beiden theoretischen

⁷ In der Weimarer Verfassung findet man das Leistungsfähigkeitsprinzip noch vollständig ausformuliert: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei.“ (Art. 134 WRV) Später wurde dieses Prinzip als Ausfluss des allgemeinen Gleichheitssatzes angesehen (Art. 3 Grundgesetz). Auch in Österreich leitet der Verfassungsgerichtshof das Leistungsfähigkeitsprinzip vom Gleichheitssatz (Art 7 B-VG) ab. Dies wird als Norm angesehen, Ausnahmen sind aber in begründeten Fällen möglich.

Angebote wurden in zahlreichen Untersuchungen empirisch verglichen, wobei aktuell davon auszugehen ist, dass Personen bei Einstellungsfragen und Handlungen Steuern mal eher als Gemeingut, mal eher als Gegenleistung auffassen, je nachdem wie das Problem eingefasst ist (Liebig und Mau 2005).

Es gibt also mindestens zwei Möglichkeiten, wie Personen ihre steuerliche Belastung normativ bewerten können. In einem nächsten Schritt muss aber berücksichtigt werden, wie sich die Komplexität der steuerlichen Belastung mit diesen normativen Vorstellungen verbinden lässt. Die zahlreichen unterschiedliche Komplexitätsdimensionen von Steuern, wurden dafür vereinfachend auf drei Grundelemente reduziert: Dem räumlichen Element, bei dem es darum geht, wie viele Steuern kombiniert werden müssen, um auf die gesamte steuerliche Belastung zu kommen. Dem zeitlichen Aspekt, der sich damit beschäftigt, zu wie vielen Zeitpunkten eine Steuer eingehoben wird. Zuletzt dem Grad an Aufdringlichkeit, hier werden insbesondere indirekte Steuern als unsichtbarer angesehen, da sie ihre Höhe hinter Preisen sozusagen verstecken können (Wagner 1976: 51ff; Sausgruber und Tyran, 2005; Schmölders 1959). Von einer *Rational-Choice*-Perspektive aus betrachtet gilt: Je komplexer die Steuer, desto höher die Kosten für Information. Demnach sinkt mit steigender Komplexität tendenziell der Wissensgrad, steigt jedoch bei höherem Nutzen der Information. Je komplexer die Steuer, desto niedriger ist der Informationsgrad, der rational einzuheben ist. Da der Nutzen des Wissens über die Systematik des Lohnsteuersystems, insbesondere in Ländern ohne selbst auszufüllendes Formular, eher als niedrig einzuschätzen ist, erscheint es logisch von einer weitestgehenden Unkenntnis über Lohnsteuerfragen in Österreich auszugehen. Nun stellt sich aber die Frage, wie sich diese zu erwartende Unkenntnis auf Einschätzungen zur Steuerhöhe und Steuergerechtigkeit auswirken.

Theoretisch betrachtet wären durch die *fiscal illusion* beide Wirkungsrichtungen der Unkenntnis denkbar. So könnte die Komplexität der Steuern das Vergessen einzelner Abgaben fördern, was eine Unterschätzung der eigenen steuerlichen Belastung zur Folge hat. Im Gegensatz dazu könnte die steuerliche Belastung auch überschätzt werden, indem Versicherungsabgaben mit steuerlichen Belastungen verwechselt werden. Die kennengelernten verschiedenen Möglichkeiten Steuern zu betrachten, verursachen ebenso unterschiedliche Wirkungsweisen der Unkenntnis. So kann bei der Austausch-Perspektive der Wert öffentlicher Güter leicht unterschätzt werden, da diese Betrachtungsweise einen hohen Wissensgrad über die Verteilung der Lasten voraussetzt. Es wird demnach deutlich, dass die theoretischen Modelle eine Vielzahl an Wirkungsweisen von Unkenntnis erlauben würden, je nachdem, wie einzelne Personen ihre eigene steuerliche Belastung relativ zu anderen einschätzen und, wie sie Steuern allgemein interpretieren. Die Besprechung der Literatur macht deutlich, dass Steuern nicht mehr nur im Hinblick auf individueller

Nutzenmaximierung, Strafvermeidung und Unsicherheit untersucht werden. Einstellungen zu Steuern und Normvorstellungen werden in allen Forschungsbereichen immer wichtiger. Um ein besseres theoretisches Verständnis zu bekommen, auf welche unterschiedliche Arten Steuern interpretiert werden können und welche Auswirkungen Steuern auf die Gesellschaft haben können, wird nun auf die neuere Finanzsoziologie eingegangen. Daran anschließend wird die Hauptfragestellung dieser Arbeit entwickelt.

3.4 „Fiscal Sociology“: Die Bedeutung von Gruppen, Normen und dem Sozialen

Die moderne *Fiscal-* oder *Tax-Sociology* hat es bis jetzt nicht geschafft in Beachtung und Bedeutung zu anderen großen sogenannten „Bindestrichsoziologien“ aufzusteigen. Gründe dafür könnten die starke Konkurrenz durch die Arbeits- und Wirtschaftssoziologie einerseits und die fehlende große Forscherfigur andererseits sein. Nichtsdestoweniger wurden insbesondere aus Frankreich, den USA und Deutschland Versuche gestartet, eine neue Finanzsoziologie zu begründen und mit einer eigenen theoretischen Kernaussage zu versehen. Am weitesten fortgeschritten ist dieses Anliegen wohl bei Marc Leroy (2013). In einer von Idealtypen und funktionalen Zusammenhängen geprägten Theorie versucht er, Steuern in ein Modell sozialer Repräsentationen zu gießen.

Leroy unterscheidet dabei folgende unterschiedliche Steuerarten: *invisible-tax*, *tribute-tax*, *constraint-tax*, *obligation-tax*, *exchange-tax* und *contribution-tax* (Leroy 2008: 2). Bereits durch die Benennung der Idealtypen wird klar ersichtlich, dass es Leroy nicht um die direkten ökonomischen Wirkungen von Steuern geht, sondern darum, wie Steuern gesehen werden. Erst die Kombination von ökonomischer Rationalität, konkretem Kontext und dem Gefühl von Steuergerechtigkeit erzeugt für Leroy die soziale Wirkung von Steuern. Auffallend ist, dass er klar auf die juristischen und ökonomischen Diskurse aufbaut. Diese Einteilung kann demnach auch als eine Erweiterung der bereits seit langem diskutierten Interpretationsweisen von Steuern – als Gegenleistungen oder als öffentliche Güter – gesehen werden. Hinzugefügt wird der Kontext: das Steuersystem und der Steuerstaat. Leroy unterscheidet hier *liberal state*, *wasteful state*, *tax state crisis* und *interventionists state* und stellt damit zwei etablierten erfolgreichen Modellen (liberalem und interventionistischen Staat), zwei erfolglose Systeme entgegen, bei denen Steuerniveau und Interventionsniveau nicht aufeinander abgestimmt sind (Leroy 2008: 5f.). Das Auseinanderdriften von Wunsch und Wirklichkeit ist demnach ein entscheidender Faktor in der Debatte um Steuerkrisen: „The tax cognitive theory shows that the crisis is used as an argument to justify changes in modern tax policy“ (Leroy 2008: 7).⁸ Für Leroy lautet die Frage also nicht: Kann sich der Staat diese

⁸ Ähnliche Ansichten über die Ursachen der Krisen des Sozialstaates finden sich auch bei James O'Connor (1974) und Jürgen Habermas (1976).

Wohlfahrtspolitik noch leisten? Sondern: Will die Bevölkerung beziehungsweise die Regierung Steuern einnehmen, um einen starken Wohlfahrtsstaat finanzieren zu können?

Leroy nimmt an, dass Steuern aufgrund ihrer Natur als Objekte öffentlicher Politik und als Instrument für andere politische Maßnahmen sich besonders gut dazu eignen, theoretisch von einem funktionalistischen Zusammenhang auszugehen. Für ihn lassen sich fünf unterschiedliche soziopolitische Funktionen von Steuern unterscheiden: *financial function tax*, *economic regulation function tax*, *social function tax*, *territorial function tax* und *political function tax* (Leroy 2008: 11). Für Leroy soll der Weg zu einer, von der politischen Funktion geprägten, *contribution-tax* führen, die von einem *tax social contract* angeleitet wird, der immer wieder ausverhandelt wird. Dieses Ausverhandeln soll politisch durch eine verstärkte Betonung auf *citizen contribution taxes* möglich sein, in der die Bevölkerung mehr direkte Mitsprache über Steuerangelegenheiten bekommt. Durch das gestiegene Vertrauen in den Staat und der Steuersubjekte untereinander wäre jeder bereit seinen fairen Anteil zu zahlen (Leroy 2008: 12f.). Auch Alm (2012: 71) betrachtet stärker direkt-demokratische Steuerregime als ein Mittel zu Erhöhung des Vertrauens und der Akzeptanz von Steuern und somit auch der *tax compliancy* (Alm et al. 1993).

In Hinblick auf die Handlungsdimension weist Leroy auf die verbreitete Passivität in Bezug auf Steuern hin. Nicht gewollte oder aktive „avoidance and evasion“ dominieren das Feld der Steuerhandlungen, obwohl die wissenschaftliche Literatur beinahe ausschließlich auf diesen Teilbereich fokussiert ist, sondern ungewollte oder passive Handlungen (Leroy 2008: 15). Diesem Teilbereich sollte in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden, da auch aus einer passiven Steuerbeziehung heraus Meinungen entstehen, die für politische Entscheidungen relevant sein können. Aus diesem Grund fokussiert diese Arbeit nicht auf Compliance-Fragen, sondern auf die Einstellungen zum Steuersystem, die – so wird angenommen – von indirekten Kontakten mit dem Steuersystem geprägt werden.

Leroys Steuersoziologie lässt sich in ihren Schwerpunkten kurz damit zusammenfassen, dass der Blick auf die Fundamente von Steuersichtweisen gerichtet ist. Der Kontext des Steuerstaates mit seiner ideologischen Ausrichtung auf liberale oder interventionistische Politik muss mitberücksichtigt werden. Die Wahrnehmungen von einzelnen Steuern sind abhängig von ihrer zugeschriebenen funktionalistischen Bedeutung. Darüber hinaus kann aber nicht angenommen werden, dass die einzelnen Steuerzahler all diese Einflussfaktoren berücksichtigen, sondern dass sie in ihren Sichtweisen und auch in ihren Handlungen oftmals passiv bleiben, was unter anderem einem deutlichen Informationsdefizit geschuldet ist. Aus diesem Grund führt für Leroy an einem besseren Verständnis der Bevölkerung für Steuerverteilung, Steuerbelastung und Steuernutzen kein Weg vorbei (Leroy 2008: 17). Daran anknüpfend wird diese Masterarbeit versuchen, empirische

Eindrücke davon zu gewinnen, wie der aktuelle Wissensstand über das österreichische Steuersystem die Wunschvorstellungen zu diesem beeinflusst.

Einen anderen Ansatz, die Finanzsoziologie wieder als eigenständige Disziplin beziehungsweise als eigenständiges Forschungsfeld zu etablieren, verfolgen Isaac W. Martin, Ajay K. Mehrotra und Monica Prasad in ihrem 2009 erschienenen Sammelband: *The New Fiscal Sociology*. Die Autoren sprechen sich für einen stärkeren Fokus auf Steuerthemen in historisch vergleichender Perspektive aus. Für sie sind Steuern der zentrale Faktor zur Grenzziehung innerhalb der Staaten sowie zwischen ihnen. Die Autoren meinen sogar: „In the modern world, taxation *is* the social contract“ (Martin et al. 2009: 1). Lange wurden Steuern nur als ein Indikator für Veränderungen in der Gesellschaft angesehen. Die Anerkennung der „kausalen“ Effekte der Besteuerung soll die Essenz der entstehenden Disziplin „New Fiscal Sociology“ bilden. (Martin et al. 2009: 2f.). Dafür werden Steuern nicht als obligatorische Zahlungen an sich begriffen, sondern als die Verpflichtung zur Zahlung ohne Gegenleistung. Damit sind die sozialen Aspekte der Konstruktion und der Normengebundenheit von Steuern, wie für Leroy, entscheidend.

Drei Themengebiete stehen bei der *New Fiscal Sociology* im Zentrum: (1) Die sozial bedingten Quellen von Steuern: Warum wurden welche Steuerarten wann populär? Wie sieht es mit der Sichtbarkeit von Steuern aus? (2) Die sozial bedingte Zahlungsbereitschaft der Besteueren: Warum zahlen Menschen (freiwillig) Steuern? Welche Wohlfahrt soll gefördert werden und welche Kollektivbildungen fördern unterschiedliche Steuerregime? (3) Die sozialen Konsequenzen der Besteuerung: War die Demokratie eine Folge der allgemeinen Besteuerung? Damit bleiben etablierte Themen wie *fiscal illusion* und *tax compliance* zwar wichtig, die Autoren betonen aber auch neue Betrachtungsweisen im Zusammenhang mit Steuern. Darunter insbesondere die direkten- und indirekten Abgrenzungen, die durch Besteuerung entstehen:

Other recent scholarship has identified tax policy itself as a source of social boundaries and political identities – so that taxpayers in regimes that depend heavily on progressive income taxes may come to identify themselves as members of an income-tax-bracket, say, whereas taxpayers in consumption-tax-dependent regimes may arrive at a more broadly shared political identity (Martin et al. 2009: 19).

Steuern können demnach nicht nur ökonomische Unterschiede senken oder erhöhen, sondern auch ein wichtiger Identitätskern werden. Besonders deutlich wurde dies im 19. Jahrhundert durch das Zensuswahlrecht, bei dem Steuerzahler mehr politische Rechte besaßen als andere. Diese Form

der Ausgrenzung ist mittlerweile verschwunden.⁹ Die Lohn- und Einkommenssteuer kann aber noch immer als Ausgrenzungsmittel verwendet werden; etwa in sozialen Fragen beim Recht auf Arbeitslosenunterstützung; in Bezug auf Geschlechterverhältnisse in der Form, dass Frauen oft Teilzeit arbeiten und damit weniger Steuern zahlen als Männer; oder hinsichtlich der Beurteilung von Migration (Kidder und Martin, 2012).

Zusammenfassend versucht die neuere Finanzsoziologie den „Sozialvertrag der Besteuerung“ (Martin et al. 2009: 14) besser zu verstehen. Diese Arbeit sieht sich als Beitrag zu diesem in jüngster Zeit wieder stärker ins Blickfeld gerückten Forschungsbereich. Konkret sollen, nähere Einblicke auf die Frage gewonnen werden, wie Personen in Österreich Steuern sehen, wie informiert diese Ansichten sind und woher die Steuerinformationen kommen. Diese Untersuchung soll zu einem besseren Verständnis führen, wie Einkommenssteuern in der Bevölkerung aufgenommen werden, welche Wirkung ihnen von unterschiedlichen sozialen Gruppen zugeschrieben wird und welche Wunschscenarien dominieren. Die Analyse rückt damit, die von Leroy betonte, Passivität ins Zentrum der Betrachtung. Welche Bevölkerungsteile können etwa – konform der *public choice theory* – ihrem eigenen Vorteil auch Ausdruck verleihen? Damit soll nicht gemeint sein, dass alle Personen bei einer Wahlentscheidung oder bei einer Einstellungsfrage individuell rational handeln, vielmehr soll die Frage in den Raum gestellt werden, welche sozialen Gruppen aufgrund ihrer Informationslage überhaupt in der Lage wären, eine solche Verbindung zu ziehen. In diesem Sinne werden hier Fragen der *public finance* mit Fragen der Finanzsoziologie über einen wissenssoziologischen Ansatz miteinander verbunden.

3.5 Hypothesen

Die Finanzsoziologie wird in erster Linie durch den Versuch definiert, die soziale Bedingtheit von Steuern aufzudecken. Empirische Forschungen zu diesem Zweck lieferten wichtige Erkenntnisse, wie Menschen Steuern verstehen und wie sie ihre Meinungen und Handlungen danach ausrichten. Darauf aufbauend werden im Folgenden zu den im Theorieteil gestellten Fragen Hypothesen aufgestellt, die sich für eine quantitativ empirische Untersuchung mithilfe der hier verwendeten Webumfrage eignen.

Cullis und Lewis (1985) konnten feststellen, dass Personen dazu tendieren, auf Steuerfragen oft uninformierte Antworten zu geben. Die Zusammensetzung des Staatshaushalts war nur etwa 20 Prozent der Befragten ungefähr geläufig. Zwei Drittel gaben an, nur wenig oder nichts über die Einkommenssteuer zu wissen, wobei der Anteil bei Frauen und bei Niedriggebildeten noch höher

⁹ Marshall (1950) weist aber darauf hin, dass völlige Gleichheit in Bezug auf Freiheits- und Politische Rechte erst dann erreicht werden kann, wenn soziale Rechte die nötigen Mittel dafür schaffen, dass diese Rechte auch von allen gleich genutzt werden können.

lag (Cullis und Lewis 1985: 276). Aufgrund der Ergebnisse der Forschung zur öffentlichen Finanzwirtschaft kann man davon ausgehen, dass auch bei Einkommenssteuern die Falscheinschätzung der eigenen steuerlichen Belastung (*fiscal illusion*), präsent ist, auch wenn das Ausmaß nicht so hoch sein dürfte wie bei indirekten Steuern (Wagner 1976: 51ff; Sausgruber und Tyran 2005; Fochmann et al. 2010). Im Zentrum dieser Masterarbeit steht ein möglicher Zusammenhang zwischen Effekten der *fiscal illusion* und dem bevorzugten Steuersystem.

In einer Studie fanden Liebig und Mau (2005) heraus, dass die Fairnesseinschätzung bezüglich der eigenen steuerlichen Belastung mit dem Einkommen steigt. Sie schlossen daraus, dass die „Kollektivgutperspektive“ der Realität näher kommen muss als die „Austauschperspektive“. Die möglichen Wirkungen von *fiscal illusion* wurden aber nicht mitberücksichtigt. Dies stellt ein massives Problem dar, da bekannt ist, dass die steuerliche Belastung von verschiedenen Einkommensschichten unterschiedlich richtig beziehungsweise falsch eingeschätzt wird. Blaufus et al. (2013a) fanden heraus, dass die steuerliche Belastung unterer Einkommensschichten klar überschätzt wird, währenddessen dies bei oberen Einkommensschichten eher umgekehrt ist. Die höhere Akzeptanz der steuerlichen Belastung von Personen mit relativ hohem Einkommen könnte damit durch die unterschiedliche Sichtbarkeit der Belastung begründet sein und nicht durch das Gefühl mehr beitragen zu können. Das Unwissen mediert demnach den möglichen Effekt des Einkommens auf das gewünschte Steuersystem bei Annahme von nutzenmaximierenden Individuen. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich zwei Hypothesen:

(H1) Uninformierte höhere Einkommensschichten akzeptieren eher progressive Lohnsteuern als informierte höhere Einkommensschichten.

Dies folgt aus der Annahme, dass Personen mit höherem Einkommen tendenziell dazu neigen ihre steuerlichen Belastungen zu unterschätzen. Eine Folgerung aus der *Cambridge Rule*, die sowohl von Schmolders (1960) als auch von Blaufus et al. (2013a) empirisch nicht widerlegt werden konnte. Darüber hinaus wird angenommen, dass höhere Einkommensschichten progressive Einkommenssteuern eher ablehnen, da diese bei Konstanthalten der Steuereinnahmen immer zu einer höheren Steuerlast für diese Personen führt.

(H2) Informierte untere Einkommensschichten lehnen proportionale Steuern stärker ab als uninformierte untere Einkommensschichten.

Diese Hypothese kann wiederum zweierlei begründet werden. Zunächst profitieren niedrige und mittlere Einkommensgruppen von einer progressiven Besteuerung, da sie bei konstanten Steuern

weniger belastet werden als bei proportionalen Steuern.¹⁰ Des Weiteren überschätzen große Teile der Niedrigverdienenden ihre Steuern, was wohl darin begründet liegt, dass sie die Vorteile der Progression nicht erkennen und demnach eher andere Steuersysteme bevorzugen. Doch reicht die Sichtbarkeit der Steuerbelastung überhaupt aus, um von einem *Rational Choice*-Ansatz mit Unsicherheitselementen (*bounded rationality*¹¹) auszugehen?

Campbell (2009) untersuchte mithilfe von zahlreichen Umfragen bezüglich der gefühlten persönlichen Steuerbelastung von US-AmerikanerInnen, die Zustimmung zur Besteuerung während und nach dem 2. Weltkrieg. Dabei konnte sie feststellen, dass die Höhe der Belastung (gemessen an der *federal income tax* in Prozent des BIP) in Kombination mit der Veränderung des durchschnittlichen Reallohns, gute Prädiktoren für die Präferenzen bzw. Ablehnung der Besteuerung darstellen (Campbell 2009: 66). Die Einkommenssteuern sind demnach in Amerika sichtbar genug, sodass ein signifikanter Teil der Bevölkerung die Zustimmung aufgrund von Eigeninteressen ändern kann. Dieser Zusammenhang ist insbesondere ab den 90er Jahren feststellbar, als Steuerthemen zunehmend häufiger in der politischen Diskussion aufgegriffen wurden und die langsamer steigenden Reallöhne die wachsenden Steuerbelastungen nicht mehr verstecken konnten (Campbell 2009:59ff). Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit auch für Österreich davon ausgegangen, dass Einkommenssteuern präsent genug sind, damit sich zumindest einige Individuen eine Meinung bilden können, die von ökonomisch rationalen Überlegungen mitgeprägt sind. Die Ergebnisse Campbells bleiben aber bedenklich. Da sie nur selten zwischen den Präferenzen verschiedener Einkommensschichten unterscheidet, könnte der Einfluss der tatsächlichen Steuerbelastung begrenzt sein. Dieser Unsicherheit soll hier nachgegangen werden, indem die Befragten in Einkommensgruppen unterteilt werden, bei denen man ökonomisch gesehen von unterschiedliche Interessenslagen in Bezug auf das bevorzugte Steuersystem ausgehen kann.

Einstellungen zum Steuersystem und der Informationsstand eines Individuums, werden nicht nur durch Informationskosten und soziodemografische Charakteristika beeinflusst, sondern auch durch die Qualität der jeweiligen Informationsquellen. In ihrer Untersuchung über die Reaktionen rund um eine Reform des Pensionsversicherungssystems in den USA fanden Jerit und Barabas (2006) heraus, dass die richtige Einschätzung der Pensionskosten von der Qualität der Informationsquellen abhängt. Konkret konnten sie aufzeigen, dass die Betonung der

¹⁰ Auch eine Möglichkeit den Freibetrag zu erhöhen bewirkt nur für wenige Personen einen Vorteil, außer der Einheitssteuersatz ist sehr hoch.

¹¹ Oft auf die Arbeiten von Herbert A. Simon (1955) zurückgeführt, handelt es sich hierbei um ein alternatives Entscheidungsverfahren. Im Gegensatz zu *rational choice* wird bei *bounded rationality* angenommen, dass auch Kontextfaktoren und die Beschränkungen der kognitiven Fähigkeiten Einfluss auf Handlungsentscheidungen ausüben.

Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems in Teilen der Medien zu einer übermäßigen negativen Einschätzung der objektiven finanziellen Lage der Pensionskassen führt. Auch Campbell (2009) hat festgestellt, dass durch den verstärkten medialen Fokus auf Steuerfragen in den Kampagnen der Präsidentschaftskandidaten seit den 1990ern und durch die mediale Berichterstattung die Einstellungen zur Besteuerung volatiler wurden.

Einen Schritt über die Ergebnisse der Studie von Jerit und Barabas (2006) hinausgehend wird die Hypothese (H3) aufgestellt:

Bereits die Auswahl und Gesamtstärke der Informationsquellen kann Aufschluss darüber geben, welche Steuersysteme bevorzugt werden und ob die Informationen zu einer Erhöhung des Informationsstandes beitragen können.

So sollte etwa bei Nutzung der Informationsquelle „Steuerberatung“ eher ein zusätzlicher Anreiz entstehen kein Wissen aufzubauen. Aufgrund des unterschiedlichen *Framings* des aktuellen Steuersystems sollten Personen, die ihre Informationen aus der Ausbildung („Schule/Studium“) beziehen, eher für progressive Steuern sein. Umgekehrt dürfte dies bei Personen der Fall sein, die ihr Wissen aus dem „Arbeit“-sumfeld generieren, das oft mit negativen Einstellungen zur Steuerbelastung verbunden ist (Kirchler 1998: 124). Wissensgenerierung im Zuge der, kurz vor der Umfrage in Kraft getretenen, Steuerreform sollte eher positiv konnotiert sein, da sie zu einer deutlichen Steuersenkung beinahe aller Einkommensklassen geführt hat. Nur schwer einzuschätzen ist hingegen, in welche Richtung mögliche Einflüsse der medialen Berichterstattung wirken. Der oftmals negative Ton in den Berichten zur Lohn- und Einkommenssteuer könnte aber dazu führen, dass Personen, welche diese Informationsquelle bevorzugen, eher negativ gegenüber dem aktuellen progressiven Modell eingestellt sind. Eine genauere Analyse über die spezielle Rhetorik und die unterschiedliche Schlagrichtung der medialen Berichterstattung zu Steuerfragen ist noch ausständig und wäre ein Forschungsfeld für die Zukunft.

Wie erwähnt zeigen die meisten Forschungsergebnisse bisher, dass Bildung keinen Effekt auf die Einstellung zum bevorzugten Steuersystem hat (Hennighausen und Heinemann 2015: 261f.). Insofern ist auch für Österreich davon auszugehen, dass Bildung keinen direkten Einfluss auf die Einstellung zum bevorzugten Lohnsteuermodell hat. Jerit und Barabas (2006) konnten nur feststellen, dass der Einfluss von irreführenden Phrasen in Bezug auf die Berichterstattung von Budgetdebatten durch die Bildung reduziert wird. Fochmann et al. (2010: 3) halten ebenfalls ökonomisches Wissen für bedeutender als allgemeine Bildungsgrade. Hier wird deshalb die These aufgestellt (H4):

Bildung steht in keinem direkten Zusammenhang mit Steuerwissen und bekommt nur über die Interaktion mit dem jeweiligen Steuerwissen Einfluss auf das bevorzugte Steuersystem.

Ein Großteil des direkten Kontaktes mit Lohnsteuern und Informationen zu diesen wird über den Lohnzettel vermittelt. Die darin zentrale Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen, sollte eher dem Durchschnittssteuersatz als dem Grenzsteuersatz Präsenz verleihen. Batolome (1995) fand heraus, dass in den USA fälschlicherweise meist der Durchschnittssteuersatz berechnet wird, um für Mehrkosten (etwa durch zusätzliche Arbeit) zu korrigieren. In einer ökonomischen Analyse, der durch die progressive Struktur der Lohnsteuer entstehenden Wohlfahrtskosten, geht Batalome davon aus, dass die Verwechslung zu weniger *excess burden* und damit zu mehr Steuereinnahmen führt, als das neoklassische Standardmodell vorhersagen würde. Er schlägt deshalb vor, dass diese Unwissenheitssituation beibehalten werden sollte. Im Gegensatz dazu verweisen Sausgruber und Tyran (2005: 58) darauf, dass solche Unsicherheiten durch einen Lerneffekt mit der Zeit kompensiert werden. Das Unwissen sollte demnach durch ein transparenteres direkteres Steuersystem abgebaut werden, da so irrationale politische Entscheidungen – die ohnehin irgendwann erkannt werden – minimiert werden können. Eine Unterschätzung der Steuerlast ist damit zum Teil durch *fiscal illusion* und durch eine fälschliche Verwendung des Durchschnittssteuersatzes anstatt des Grenzsteuersatzes begründbar. Schwieriger zu verstehen bleibt es aber, warum Steuerbelastungen teilweise stark überschätzt werden.

Kiesewetter et al. (2010) konnten zeigen, dass eine fälschliche Inklusion der Versicherungsbelastungen auf die Lohnsteuern teilweise für diesen Effekt verantwortlich gemacht werden kann. Der unterschiedliche Komplexitätsgrad der Steuersysteme in verschiedenen Ländern könnte darüber hinaus ein Grund dafür sein, warum in der Forschung immer wieder kontroverse Ergebnisse über eine mögliche Über- beziehungsweise Unterschätzung der Grenzsteuersätze auftreten (Fochmann et al. 2010:5). Laut Kiesewetter et al. (2010) ist die *Steueraversion*, bei der Personen ihre eigene Arbeitskraft nicht stärker investieren wollen, obwohl es ökonomisch rational wäre, in unterschiedlichen Steuerregimen umso größer, je höher der entsprechende Grenzsteuersatz ist und je schneller der Durchschnittssteuersatz steigt. Zudem steigt die Steueraversion mit dem Haushaltseinkommen und die sogenannte *Bruttoeinkommensillusion* sinkt (Kiesewetter et al. 2010). Bei Letzterer wird eine Steigerung des Bruttoeinkommens überdurchschnittlich gut bewertet wird, obwohl das Nettoeinkommen gleich bleibt. Von den unterschiedlichen Steuersystemen schied deshalb in einem Experiment das Progressive mit Freibetrag am schlechtesten ab. Ich denke, dass ein Grund dafür nicht der Durchschnittssteuersatz ist, sondern die Überbewertung des Grenzsteuersatzes und der für untere Einkommensgruppen ungewohnte direkte Kontakt mit diesem.

Die mögliche Überbetonung des Grenzsteuersatzes, etwa aufgrund der breiten Präsenz der Tarifstufen in der medialen Berichterstattung über Einkommenssteuern oder der Offenheit durch Anleitungen im Laborexperiment,¹² könnte zweierlei erklären: Zum einen, warum die Einkommenssteuerbelastung mitunter überschätzt wird, obwohl eine Unterschätzung erwartet wird und zum anderen, warum diese bei Geringverdienenden besonders deutlich ausfällt. Die Steigerung des Grenzsteuersatzes ist dort außerordentlich steil, die Bruttoeinkommensillusion aufgrund des Status als Niedrigverdiener eher gering. Aufgrund dieser Überlegungen wird die Hypothese aufgestellt (H5):

Ein Großteil der Bevölkerung weiß nur ungenügend über Tarifstufen Bescheid, wobei der Grenzsteuersatz irrtümlicherweise eher als Durchschnittssteuersatz interpretiert wird. Dies sollte besonders stark bei unteren Einkommenschichten der Fall sein, die nicht an die Einkommensbesteuerung gewöhnt sind und deshalb ihre Steuerlast tendenziell überschätzen.

Nebenhypothesen über die Einflüsse von weiteren soziodemografischen Kernvariablen

Das Geschlecht sollte keinen direkten Einfluss auf die Bevorzugung des Steuersystems haben. Es gibt zwar Untersuchungen, die von einem sogenannten „Hausfrauenfaktor“ sprechen, der besagt, dass Hausfrauen aufgrund ihrer fehlenden Arbeitsmarktintegration besonders unzufrieden mit der Steueradministration sind (Alarcón-García et. al. 2015). Nichtsdestoweniger konnte aber die Forschung bisher keine signifikanten Unterschiede zwischen den Steuersystemeinstellungen von Männern und Frauen feststellen (Hennighausen und Heinemann 2015: 267).¹³ Das Geschlecht sollte aber beim Steuerwissen eine Rolle spielen. So hat Fallan (1999: 181) ein geringeres Steuerwissen bei Studienteilnehmerinnen festgestellt und auch bei Alarcón-García et. al (2015: 987ff) beantworteten Frauen Steuerwissensfragen schlechter als Männer.

Personen, die von einem großen Staatshaushalt profitieren (etwa Staatsbedienstete), sollten gegenüber Steuern positiver eingestellt sein beziehungsweise eine Erhöhung der Steuerlast bevorzugen (Cullis und Lewis 1985: 275; Hennighausen und Heinemann 2014: 265). Selbständige sollten mehr Nutzen durch Informationen von Steuern generieren können und demnach mehr Wissen besitzen als unselbstständige (Cullis und Lewis 1985: 273f.). Des Weiteren konnten Studien zeigen, dass selbstständig tätige Personen klar ablehnend, sowohl gegenüber der progressiven

¹² Für eine Forschungsübersicht zu den Laborexperimenten zum Thema siehe: Fochmann et al. (2010: 10).

¹³ In einer Analyse der ESS-Daten von 2008 konnte kein Geschlechterunterschied in der Steuersystempräferenz für Österreich festgestellt werden (siehe Anhang Tabelle 14). Für andere Länder scheint es aber Unterschiede zu geben (siehe Anhang Tabelle 15). Weitere Analysen wären notwendig um festzustellen, ob diese Effekte ebenfalls mit den unterschiedlichen Arbeitsstrukturen von Männern und Frauen begründet werden können.

Besteuerung von Einkommen als auch der Einkommensbesteuerung an sich, eingestellt sind (Kidder und Martin, 2012; Hennighausen und Heinemann 2014: 265). Deshalb wird davon ausgegangen, dass diese eher zu einem proportionalen Steuersystem tendieren als ArbeiterInnen oder Angestellte.

Bereits Lewis (1979) konnte feststellen, dass Einkommen, Alter und soziale Stellung einen Einfluss auf Steuereinstellungen haben. Wobei sich zeigte, dass ältere Personen ihre Steuerbelastung besser einschätzen können als jüngere. Hennighausen und Heinemann (2014: 264f.) machen dafür Periodeneffekte verantwortlich, wie das Erleben der Armutphasen nach dem 2. Weltkrieg oder der sozialistischen Zeit in Deutschland. Darüber hinaus scheint es mit steigendem Alter einen Bias in Richtung Status quo zu geben. Aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass ältere Personen tendenziell eher für eine progressive Einkommenssteuer votieren.

Aufbauend auf dem Forschungsziel und den hier formulierten Hypothesen, wurden Fragen entwickelt, mithilfe derer es gelang, Steuerwissen und Steuereinstellungen in einem begrenzten Rahmen zu messen. Dieser Prozess wird im folgenden Methodenkapitel näher erörtert.

4. Methodischer Zugang

Die Einstellung zum Steuersystem soll in dieser Arbeit über einen dezidiert soziologischen Zugang fassbar gemacht werden. Bisher wurde von ökonomischer Seite vor allem der Faktor „Eigennutzen“, berechnet über das Einkommen, als zentral angesehen (Hennighausen und Heinemann 2015: 260f.). Von wirtschaftspsychologischer Seite wurde betont, dass auch Fairnessverständnis und Gesellschaftskontext eine Rolle spielen (Kirchler et al. 2008). Man beschränkte sich aber in den Untersuchungen bislang meist auf Quasiexperimente, die vor allem auf individuelles Solidaritätsverständnis abzielen, nur selten wird nach dem Umgang mit dem aktuellen Steuersystem gefragt (vgl. Kasper et al. 2015). Nichtsdestoweniger gibt es einige meist qualitativ ausgerichtete Forschungen, die Fragen zum vorherrschenden Steuersystem stellen und zeigen, dass auch Gruppeneffekte für die Einstellungen der Individuen zu Steuern relevant sind (Ashby et al. 2009; Sigala et al. 1999; Edin et al. 2014). Diese Ergebnisse sollen nun auch für die quantitative Forschung genutzt werden. Bis dato wurden in drei großen internationalen Surveys Steuersystemfragen implementiert: im *European Social Survey* (ESS) 2008, sowie im *International Social Survey Program* (ISSP) 1999 und 2009. Die Frageformulierungen, der im Zuge dieser Arbeit durchgeführten Umfrage, basieren auf den Lehren, die nach der Auswertung dieser Surveys gezogen werden können. Im Folgenden wird genauer auf diesen Prozess eingegangen, um das Gesamtdesign der Fragen, als eine Kombination von Theorie, bisheriger Surveyforschung und Erkenntnisinteresse, deutlich zu machen.

4.1 Steuerfragen in den bisherigen Social Surveys:

Als Basis dieser Untersuchung diente der ESS 2008. Diese Auswahl kann zweierlei begründet werden: Erstens gibt es eine ähnliche Untersuchung bereits für den ISSP 1999, die auf Deutschland fokussiert und deren Überlegungen hier weiter verarbeitet werden können (Hennighausen und Heinemann 2015). Zweitens misst meines Erachtens die Frage im ESS den Gegenstand deutlich besser als die Frage im ISSP. Zunächst die Frage im ESS:

Stellen Sie sich zwei Leute vor, von denen einer das Doppelte verdient wie der andere. Welche der drei Aussagen auf dieser Karte entspricht am ehesten Ihrer Vorstellung, wie die beiden besteuert werden sollten?

- Sie sollten beide den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens an Steuern zahlen, sodass die Person, die doppelt so viel verdient, doppelt so viel Steuern zahlt
- der Besserverdienende sollte mit einem höheren Prozentsatz besteuert werden, sodass die Person, die zweimal so viel verdient, mehr als das Doppelte an Steuern zahlt
- sie sollten beide, trotz Ihrer unterschiedlichen Einkommen, den gleichen Betrag an Steuern zahlen
- (keines von diesen)
- (weiß nicht)

ESS4 (2008, D35 Karte 34)

Hier ist ein zentrales Problem der sozialwissenschaftlichen Untersuchung von Steuereinstellungen erkennbar. Die Frageformulierungen pendeln zwischen grammatikalischer und begrifflicher

Komplexität. So wurde bei der ESS-Frage bewusst den Wörtern „progressiv“, „flat“ und „regressiv“ ausgewichen, was aber ein komplex formuliertes Rechenbeispiel notwendig machte. Der ISSP versucht ohne dieses eindeutige Rechenbeispiel auszukommen, indem allgemeiner formuliert wird:

Was meinen Sie: Sollten Leute mit hohem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens an Steuern zahlen als diejenigen mit niedrigem Einkommen, den gleichen Anteil oder einen kleineren Anteil?

- einen viel größeren Anteil
- einen größeren Anteil
- den gleichen Anteil
- einen kleineren Anteil
- einen viel kleineren Anteil
- Kann ich nicht sagen

ISSP (2009: 36) (gleiche Frage wie 1999)

Diese Frageformulierung weist aber andere Probleme auf. Zunächst lässt die unklare Definition der Ausgangslage kaum Rückschlüsse auf den Steuerwunsch zu. Das heißt, aufgrund der Formulierung „höheres Einkommen“ statt „doppeltes Einkommen“ verliert die abgefragte Einstellung an Genauigkeit. Ein größeres Problem stellt aber das Wort „Anteil“ dar, welches zwar kein an sich komplexer Begriff ist, aber die Denkleistung fordert. Die Befragten müssen innerhalb kürzester Zeit den Anteilsbegriff gedanklich in einen Prozentsatz umwandeln und dann begreifen, dass ein höherer Anteil nicht nur eine höhere absolute Steuermenge, sondern eine überproportional höhere Steuermenge meint, auch wenn die schwächere Kategorie „einen größeren Anteil“ gewählt wird. Bereits Roberts et al. (1994) konnten zeigen, dass es bei indirekt formulierten Fragen eine deutliche Tendenz dazu gibt, progressive Steuern zu bevorzugen. Die Befragten erkennen in indirekten Fragen die Bedeutung des Wortes „Anteil“ nicht vollständig und beziehen sich in ihren Antworten stärker auf die Adjektive „mehr“, „weniger“ und „gleich“. In diesem Sinne ist es besonders unklar, was die Auffächerung der Antwortkategorien auf fünf bewirkt. Die Hinzufügungen „viel größer“ und „viel kleiner“ können die intendierte Präzisierung nicht leisten. Bei drei Antwortkategorien ist zumindest klar, auf welche Richtung der Veränderungen der Prozentsätze zu schließen ist. Bei Zugabe der neuen Antwortkategorien wird die Frage nur stärker subjektiv interpretierbar und verliert an Reliabilität.

Bereits Keene (1983: 375) konnte für Amerika feststellen, dass die Befürwortung zu einer *flat tax* – abhängig von der Formulierung – beträchtlich (von 27 bis 62 Prozent) schwanken kann. Dabei beklagt er einen Missbrauch mit Fragen zu *flat-taxes*: „They should not be used the way a drunk uses a lamppost – for support rather than illumination“ (Keene 1983: 376). Für ihn lassen die unterschiedlichen Ergebnisse, in Bezug auf Steuerfragen nur den Schluss zu, dass die Bevölkerung sich schlichtweg noch keine Meinung über solche Fragen gebildet hat. Die Meinung wird vielmehr erst während des Ausfüllens der Fragebogen, sozusagen *on the go*, erzeugt. Dementsprechend

sensibel reagieren die Befragten auf die Frageformulierungen an sich. Aus diesem Grund wurde in dieser Umfrage darauf geachtet, immer mehrere Ausweichmöglichkeiten („Weiß nicht“ und „Keine von diesen“) in die Antwortkategorien zu integrieren.

Nur wenn alle Gedankenschritte korrekt von den Befragten vollzogen werden, misst die Frage auch die Einstellung zum progressiven Steuersystem. Da diese Komplexität so hoch ist, wurde in dieser Untersuchung für die Frage des ESS optiert, weil durch das Rechenbeispiel die Komplexität sichtbar gemacht wird und sich nicht hinter dem Begriff „Anteil“ versteckt. Dies wird verstärkt durch das doppelte Explizieren der Antwortkategorien mit der Formulierung: „Sie sollten beide den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens an Steuern zahlen, sodass die Person, die doppelt so viel verdient, doppelt so viel Steuern zahlt.“ Damit wird nicht nur der Anteil explizit gemacht, sondern auch die absolute Menge an zu zahlenden Steuern. Dass die ESS- und die ISSP-Frage Unterschiedliches messen, wird an den unterschiedlichen Anteilen am Beispiel Österreich und Deutschland deutlich (siehe Tabelle1).

Tabelle 1: Bevorzugtes Steuersystem in Deutschland und Österreich – Ergebnisse der bisherigen Umfrageforschung

ESS	Deutschland	Österreich	ISSP	Deutschland	Österreich
Höherer Anteil (PROGRESSIV)	45,2%	34,3%	Viel höher (PROGRESSIV)	29,7%	20,4%
Gleicher Anteil (PROPORTIONAL)	44,3%	40,9%	Höher (PROGRESSIV)	54,5%	57,5%
Gleicher Geldbetrag (REGRESSIV)	7,0%	6,8%	Gleich (PROPORTIONAL)	14%	20,9%
Keine von beiden	1,8%	7,7%	Weniger (REGRESSIV) ¹⁴	1,6%	1,0%
Weiß nicht	1,8%	10,3%	Weiß nicht	0,2%	0,1%

(ISSP 2009, AT N=954/ DE N=1348) (ESS 2008, AT N=2255/ DE N=2751), gewichtet

Auf die ISSP-Frage wählten 84 Prozent der befragten Personen in Deutschland und 78 Prozent der Befragten in Österreich die ersten beiden Antwortmöglichkeiten und waren demnach für eine progressive Einkommenssteuer. Im Vergleich dazu ergab die Frage im ESS 2008, dass in Österreich eine Mehrheit der befragten Personen für eine proportionale Besteuerung stimmt. Der Unterschied in der Zustimmung zu progressiven Steuern beträgt ganze 44 Prozentpunkte.

Interessant ist, dass im Vergleich zu Deutschland der Anteil an „Keine“- und „Weiß nicht“-Angaben in Österreich klar geringer ist. Die Vermutung liegt zunächst nahe, dass in Österreich andere Mode- oder InterviewerInneneffekte dafür verantwortlich sind. Tatsächlich wurde in Deutschland *Computer Assisted Personal Interviewing* (CAPI) verwendet, währenddessen in Österreich auf *Paper And Pencil Interviewing* (PAPI) zurückgegriffen wurde, aber da auch zahlreiche andere Länder PAPI verwendeten und dennoch deutlich geringere Anteile an „Weiß nicht“-Antworten

¹⁴ Die regressive Antwort wurde mit zwei Kategorien („weniger“ und „viel weniger“) abgefragt, die hier zur Vereinfachung der Darstellung zusammengezogen sind.

erzielt wurden als in Österreich, können *Mode*- und InterviewerInneneffekte nicht der alleinige Grund für diese deutlichen Unterschiede sein.

Nur kurz erwähnt seien gängige Frageformulierungen bezüglich der Einstellungen zur Steuerbelastung. Diese Fragen haben eine längere Tradition als die hier behandelten Steuersystemfragen und weisen unterschiedliche Detailgrade bezogen auf Einkommensgruppen auf. So gibt es die etablierte Frage, ob Steuern generell zu hoch sind (Campbell 2009). Andere Umfragen spalten diese Frage auf, indem sie nach unterschiedlichen Einkommensgruppen („high incomes“ „middle incomes“ und „low incomes“) und deren Steuerbelastungen fragen (ISSP 2016).¹⁵ Damit sind Rückschlüsse auf Umverteilungspräferenzen möglich. Ein Vorteil dieser Fragen besteht darin, dass alle Steuerarten zusammengezogen werden können, was Aussagen über die gefühlte Gesamtsteuerbelastung ermöglicht. Die vagen Definitionen der Einkommensstufen lassen aber Interpretationsspielraum offen. Insbesondere die bei Umfragen zur Vermögensverteilung bekannte Tendenz der Befragten, sich den mittleren Dezilen zuzuordnen (Andreasch et al. 2012: 253), könnte dazu führen, dass beinahe alle diese Fragen aus der Sicht des sogenannten Mittelstandes beantwortet werden. Einige kleinere Studien spezifizieren Einkommensgruppen auch durch explizite Einkommenshöhen (Frochmann et al. 2010). Die Fragen stellen aber die Steuerbelastung ins Zentrum, wodurch die Zustimmung zur Besteuerung grundsätzlich negativer ausfällt. So befinden beispielsweise in Westdeutschland nur 25 Prozent, dass niedrige Einkommen richtig besteuert werden, während bei den mittleren Einkommen immerhin 50 Prozent der Befragten dieser Meinung sind (ISSP 2006).

Leider fehlen Studien, um einschätzen zu können, wie sich diese Herangehensweise mit Fragen bezüglich des gewünschten Einkommenssteuersystems vergleichen lässt. Die Forschung zur Steuerbelastung macht aber drei Probleme deutlich: Erstens bleibt umstritten, ob eher abstrakte oder konkrete (mit Prozentsätzen und Geldsummen versehene) Fragen gestellt werden sollen. Hier wurden deutliche Antwortunterschiede in Laborexperimenten festgestellt (Reed-Artus und Sheffrin 2010). Zweitens ist weiterhin fraglich, ob das aktuelle Steuersystem als Ausgangslage der Einschätzung dienen soll, oder es den Befragten offengelassen werden soll, wie sie ihre Wunscheinkommenssteuer bewerten. Drittens bleibt bei Steuerbelastungsfragen das Problem bestehen, wie detailliert Referenzpunkte für unterschiedliche Einkommensstufen in den Fragestellungen definiert werden sollen. Aufgrund dieser Unsicherheiten wurde hier eine Steuersystemfrage gewählt, die versucht die Steuerbelastungen möglichst direkt transparent zu machen, ohne konkrete Steuerhöhen nennen zu müssen. Damit wird einem Großteil dieser

¹⁵ Die gleichen drei Fragen wurden auch in den ISSP-Modulen 1987, 1992, 1996 und 2006 abgefragt.

Probleme ausgewichen, für deren Kontrolle sonst eine Vielzahl an Fragen notwendig wäre, ohne dabei die Bedenken von Keene (1983) und anderen außer Acht zu lassen.

4.2 Konstruktion der eigenen Steuerfragen

Diese theoretischen Überlegungen und Erfahrungen aus den bisherigen empirischen Forschungen zum Thema wurden für die Fragebogenerstellung genutzt, um möglichst valide Ergebnisse zu ermöglichen. Infolgedessen wurde in dieser Umfrage für die ESS-Fragestellung optiert. Nur die Antwortkategorien, die auf eine Messung der Zustimmung zu einer Kopfsteuer abzielten, wurden verändert. Dies kann damit begründet werden, dass es sich um eine Besteuerungsform von Einkommen handelt, welche kaum Realitätsbezug hat, da regressive Einkommenssteuern grundsätzlich selten angewandt werden, und wenn dann nur für ein schmales Einkommensband (beispielsweise in der Schweiz). Die Belastungen nehmen aber nie das Extrem einer Kopfsteuer an. Die Antwortkategorie hat demnach, wenn überhaupt nur eine historische Bedeutung.¹⁶ Durch die veränderte Antwortkategorie werden darüber hinaus alle regressiv wirkenden Steuersysteme abgefragt, was zu einer höheren Validität der Fragestellung an sich führen sollte. (Für die komplette Fragestellung siehe Anhang Punkt ST_01.)

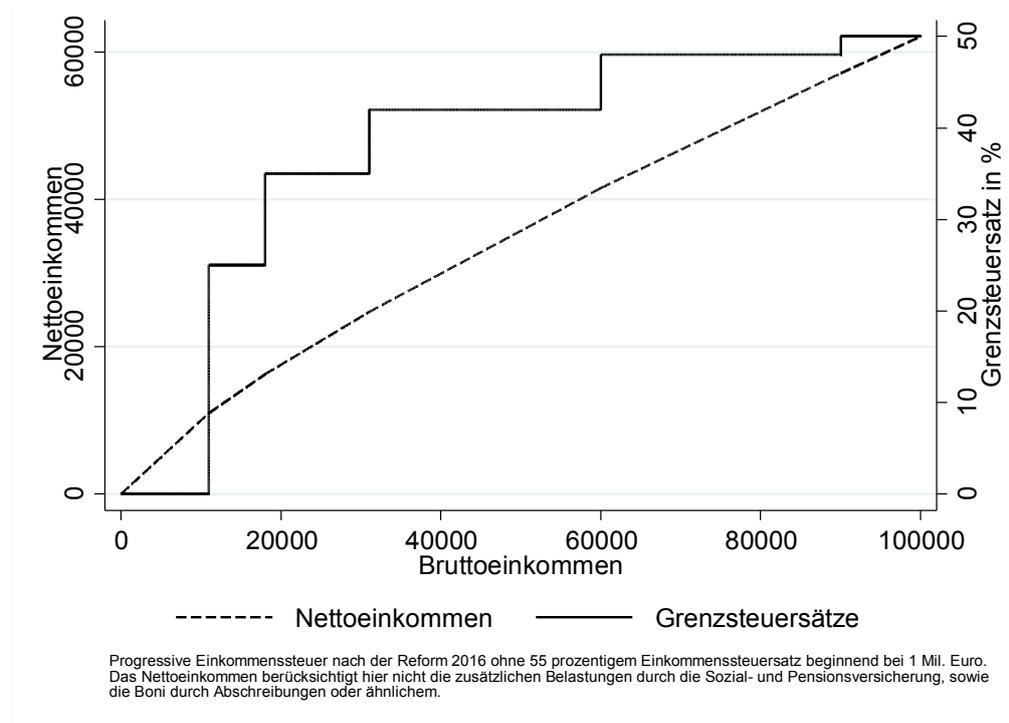
Für die Erweiterung der Fragestellung mit der Wissensdimension wurde darauf geachtet möglichst im Einklang mit der Einstellungsfrage zu bleiben, um störende Einflüsse ausschließen zu können. Aus diesem Grund unterscheiden sich die Frageformulierungen nur durch ein besonders hervorgehobenes Wort, welches deutlich macht, dass es sich entweder um eine Einstellungsfrage („sollten“) oder um eine Wissensfrage („tatsächlich“) handelt (siehe Anhang Punkt ST_02). Der Befragungsmode *Web-Survey* ermöglichte es beide Fragen auf ein Fenster zu projizieren, was zusätzlich die Unterschiede unterstreicht (Couper und Bosnjak 2010). Des Weiteren kann durch eine Webbefragung gewährleistet werden, dass die Respondenten die Chance haben die Fragenstellungen individuell je nach ihren Geschwindigkeitsbedürfnissen zu lesen.

Zur Überprüfung und Konkretisierung der Wissensfrage bezüglich des Steuersystems in Österreich wurde eine zweite Wissensfrage implementiert. Diese zielt darauf ab, die Wirkungsweise von Tarifstufen abzufragen (siehe Anhang Punkt ST_03). Die in der medialen Berichterstattung besonders präsenten Tarifstufen lassen die Besteuerungsweise nicht als kontinuierlich erscheinen, sondern als stufenförmig. Dahinter verbirgt sich aber ein entscheidender Unterschied zwischen Durchschnittssteuersatz und Grenzsteuersatz. Fällt dieser in einer proportionalen Besteuerung ohne Freibetrag zusammen, so besteht bei progressiver wie regressiver Besteuerung eine Differenz.

¹⁶ Kopfsteuern waren lange Zeit typische Vermögenssteuern in vormodernen Zeiten, wo an eine moderne Einkommensbesteuerung nicht zu denken war und laufende Neubewertungen der Vermögenslagen unmöglich erschienen.

Ökonomisch rationales Verhalten prognostiziert, dass die Personen bei Fragen der steuerlichen Belastung ihres Einkommens gedanklich auf ihren Durchschnittssteuersatz zurückgreifen und bei Fragen von Mehrbelastung (etwa durch Mehrarbeit) auf ihren Grenzsteuersatz. Die maßgebliche Bedeutung einer konkret und genau formulierten Frage zeigt sich hier von neuem.

Diagramm 1: Nettoeinkommensentwicklung und Grenzsteuersätze in Österreich



Für den untersten Einkommensbereich, genau bis 5.500 Euro Jahreseinkommen, ist die erste Wissensfrage nicht völlig eindeutig zu beantworten. In diesem Bereich ergibt eine Verdopplung des Einkommens durch den Freibetrag bis 11.000 Euro im Jahr keine überproportionale Erhöhung der Einkommenssteuer (siehe Diagramm 1).¹⁷ Um die Komplexität der Frage nicht weiter zu erhöhen und um den Freibetrag nicht transparent machen zu müssen, wurde von einer Präzisierung Abstand genommen. Darüber hinaus gilt diese Überlegung nur für ein kleines Einkommensband.

Die zusätzlichen Veränderungen der Einkommensbelastung durch Abschreibungen wurden ebenfalls nicht erwähnt. Die Möglichkeiten sind zu zahlreich und ihre Wirkungen zu komplex, als dass sie in ihrer Gesamtheit in einer Umfrage untersucht werden könnten. Es ist bekannt, dass, im Vergleich von Änderungen der Steuersätze zu Veränderungen der Bemessungsgrundlagen, die SteuerzahlerInnen die Bedeutung der Prozentsätze überschätzen (Kiesewetter et al. 2010).

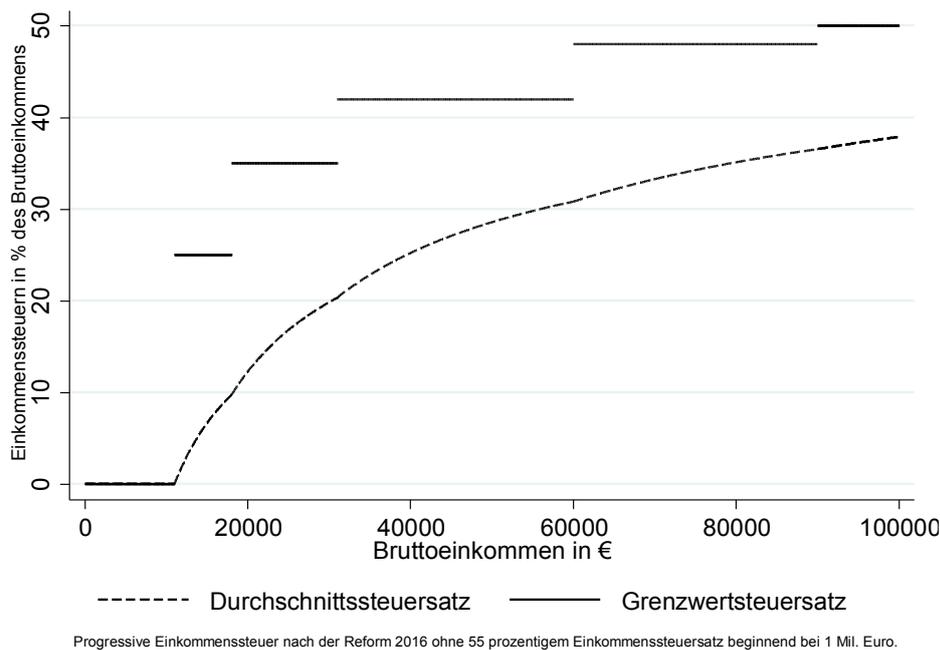
¹⁷ Bei sehr hohem Einkommen führt eine Verdopplung zwar nicht zu einer Erhöhung des Grenzsteuersatzes, aber zu einer Erhöhung des Durchschnittssteuersatzes, wodurch die Fragestellung hier ebenfalls korrekt greift, wenn auch nicht so deutlich wie für den Bereich von 11.000 bis 80.000 Euro, wo eine Verwechslung von Grenzsteuersatz und Durchschnittssteuersatz keine Auswirkungen hat.

Experimentelle Ergebnisse stützen demnach die Wirksamkeit des *tax-cut-cum-base-broadening*-Ansatzes, bei dem der Steuersatz gesenkt wird, aber die Steuermenge durch eine Reduktion der Abschreibungsmöglichkeiten gleich gehalten wird (Blaufus et al. 2013b: 11). Die Steuersätze und die Abschreibungsmöglichkeiten mussten bei diesen Experimenten aber völlig transparent gemacht werden. Die Ergebnisse leiden demnach unter den gleichen Defiziten wie die Experimente zu Compliance, da mögliche Informationsdefizite in der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden können. Bei vollständiger Information konnte aber gezeigt werden, dass Personen sich eher auf Steuersätze beziehen. Demnach wird davon ausgegangen, dass die Exklusion von Abschreibungsmöglichkeiten ohne Informationszugabe keinen entscheidenden Einfluss auf die Gesamtbetrachtung des Steuersystems haben wird. Stärker von Bedeutung sind Überlegungen, bei denen die Sozial- und Pensionsversicherungsbeiträge in die Einkommenssteuer hineingerechnet werden. Um dies zu verhindern, wurde explizit darauf hingewiesen, dass diese hier für die Überlegungen bezüglich des Steuersatzes keine Rolle spielen.

Diagramm 1 zeigt die Entwicklung des Grenzsteuersatzes sowie das absolute Nettoeinkommen in Österreich bei steigendem Bruttoeinkommen. Blickt man auf Letzteres, so wird deutlich, dass die Progression zu einer, der Tarifstufe entsprechenden, Senkung der Steigung des Einkommens führt. Diagramm 2 hingegen zeigt die Entwicklung des Durchschnittssteuersatzes im Vergleich zu den, besonders in der medialen Berichterstattung dominierenden, Grenzsteuersätzen. Dabei wird die parabolische Annäherung des Durchschnittssteuersatzes an die Grenzsteuersätze deutlich.¹⁸ Die Integration einer zweiten Steuerfrage kann dreifach begründet werden. Erstens validiert sie die erste Steuerfrage, indem sie ein genaueres Steuerverständnis abfragt. Zweitens kann untersucht werden, welcher Anteil der Befragten bei einer Entscheidung, ob sie mehr arbeiten wollen, überhaupt den – nach *public finance*-Überlegungen – richtigen Steuersatz anwenden würde. Schließlich drittens kann festgestellt werden, welche Wissensquellen verstärkt darauf Einfluss haben den Durchschnittssteuersatz eher richtig oder eher falsch zu verstehen.

¹⁸ In dieser Darstellung wurde bewusst davon Abstand genommen, die senkrechten Hilfslinien in den Bruchstellen der Grenzsteuersätze einzufügen. Diese mathematisch wie praktisch sinnlosen Verbindungen sind möglicherweise ein Grund dafür, dass in der Bevölkerung die Meinung vorherrscht, der jeweilige Grenzsteuersatz sei zugleich auch der Durchschnittssteuersatz.

Diagramm 2: Zusammenhang zwischen Grenzsteuersätze und Durchschnittssteuersatz in Österreich



Um diesen letzten Punkt bearbeiten zu können, wurde zusätzlich zu den bereits erwähnten drei Steuerfragen eine Fragenbatterie mit möglichen Wissensquellen integriert (siehe Anhang Punkt ST_04). Die Fragestellung greift dabei auf Forschungsergebnisse zurück, welche die besondere Bedeutung von Gruppen und Normen für das jeweilige Steuerverständnis betonen (Ashby et al. 2009; Kirchler 1998; Jerit und Barabas: 2006). Bereits Schmölders (1970: 75) hob die Bedeutung von unterschiedlichen Berufsgruppen für die Steuereinstellungen hervor. In dieser Umfrage wurde durch die Inklusion der Wissensquelle „Arbeit“ auf eine mögliche Verbindung zwischen Wissen und Arbeitsfeld eingegangen. Der Bedeutung von Medien und der Berichterstattung im Zuge der Reform 2016 wurde versucht durch zwei eigene Antwortkategorien gerecht zu werden. „SteuerberaterInnen“ spielen in der Literatur allgemein eine Rolle, da ihnen, aufgrund des vermuteten Unwissens der Bevölkerung, ein starker Einfluss beigemessen wird. Eine Inklusion dieser Wissensquelle erschien daher logisch. Zur weiteren Überprüfung der These, ob Schulbildung gleich Steuerbildung ist, wurde die „Ausbildung“ als eigene Wissensquelle hinzugefügt. Der Punkt „Eigenstudium“ wurde integriert, um auf die Frage eingehen zu können, ob sich die befragten Personen überhaupt mit Steuern beschäftigen. Eine berechnete Frage in einem Land wie Österreich, wo außer dem Steuerausgleich für die meisten ArbeitnehmerInnen alle Abzüge und

Boni automatisch verbucht werden und daher keine direkte Notwendigkeit für die genauere Beschäftigung mit Einkommenssteuerfragen gegeben ist.¹⁹

4.3 Allgemeine Informationen zum Survey-Design

Die Daten stammen aus einer Webbefragung, welche von Statistik Austria im Auftrag der Plattform für Umfragen, Methoden und empirische Analysen (PUMA) im Frühjahr 2016 durchgeführt wurde. Dabei handelte es sich um eine Piloterhebung für die weiteren PUMA-Umfragewellen, an das ein Rekrutierungsexperiment für Webbefragungen angeschlossen war (Seymer 2017: 5). Trotz der insbesondere monetären Vorteile von Webbefragungen, gibt es weiterhin Vorbehalte gegenüber dieser Erhebungsmethode aufgrund der teilweise erheblichen *Coverage*-Probleme (Groves 2009: 157f.). Vor allem Personen mit niedrigerem Bildungsniveau, niedrigem Einkommen und ältere Personen sind deutlich unterrepräsentiert. Das Gegenteil ist der Fall bei Personen im erwerbsfähigen Alter, insbesondere mit Hochschulabschluss (Seymer 2017: 8). Durch die genaue Kenntnis der Mikrozensusdaten und damit der Struktur der *coverage*- und *non-response-error*, konnten diese Fehler aber zum Teil mithilfe der Gewichtung gemildert werden.

Die Rekrutierung erfolgte in mehreren Schritten: Von den insgesamt 33.223 Personen im Mikrozensus wurden nur Personen für die Webbefragung rekrutiert, welche im 2. Quartal 2016 letztmalig befragt wurden. Aufgrund des fünf-periodischen Aufbaus des Mikrozensus bleibt also etwa ein Fünftel an zu Befragenden übrig, insgesamt waren dies 6.388 Personen. Da diese Teilstichprobe aber beinahe den gleichen Qualitätskriterien wie beim gesamten Mikrozensus genügen muss, reduziert sich die Qualität der Befragung dadurch kaum (Seymer 2017: 15). Probleme ergeben sich hinsichtlich des Rückschlusses auf die Grundgesamtheit der österreichischen Wohnbevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren aber zum einen wegen Klumpungseffekten, da der Mikrozensus eine Haushalts- und keine Personenstichprobe ist. Zum anderen aufgrund von Allokationseffekten, da eine Schichtung nach Bundesländern erfolgt, die zur Folge hat, dass Personen aus kleineren Bundesländern überrepräsentiert sind. Diese Effekte werden allerdings im Designgewicht berücksichtigt und dadurch weitestgehend ausgeglichen (Seymer 2017: 9). Von den 6.388 Personen wurden zusätzlich nur diejenigen befragt, welche zwischen 16 und 74 Jahre alt waren und die per Telefon (CATI) befragt worden waren. Personen für die andere Haushaltsmitglieder Auskunft gegeben haben, die vor Ort befragt wurden, oder die kein Deutsch sprechen, wurden ausgeschlossen (Seymer 2017: 9f.). Damit verblieben 4.249 Personen in der Stichprobe, was einer Reduktion von 33,5 Prozent entspricht. Die Rekrutierung

¹⁹ Auch der Steuerausgleich wird mittlerweile für niedrige Einkommensbezieher automatisch eingereicht. Aufwändiger gestaltet sich die Gewinn- und Verlustrechnung bei Selbstständigen, wodurch für diese Gruppe auch mit einem gesteigerten Wissensstand gerechnet wird.

erfolgte durch eine zusätzliche Frage am Ende des Telefoninterviews des Mikrozensus (für die Fragestellung siehe Anhang B). Die Personen konnten die weitere Befragung im Gegensatz zum verpflichtenden Mikrozensus ablehnen, wobei fünf verschiedene Antwortmöglichkeiten erfasst wurden (siehe Tabelle 2). Nur ein geringer Anteil lehnte die Befragung aufgrund eines praktischen Grundes ab. Der Großteil der Ausfälle ist auf fehlendes Interesse zurückzuführen.

Tabelle 2: Entwicklung der Bruttostichprobe

	Gesamt	Total
Ja, ich nehme teil (Internetzugang vorhanden)	1.506	35,4%
Ja, vielleicht (Zusendung näherer Informationen erbeten)	42	1%
Ja, bin grundsätzlich interessiert, habe aber kein Internet	113	2,7%
Nein, kann aus anderen Gründen nicht teilnehmen	92	2,2%
Nein habe kein Interesse	2.495	58,7%
Insgesamt	4.249	100,0%

Quelle: Seymer 2017: 11

Tabelle 3: Entwicklung der Nettostichprobe

Insgesamt rekrutiert	1.548	36,4%
Davon Unit-Non-Response/Item Non-Response >15	479	30,9%
Davon verwertbare Fragebögen*	1.051	69,1%

Quelle: Seymer 2017: 11 * Der Anteil weist hier eine Differenz zu der im Bericht erwähnten lediglich 67,4 Prozent auf (Seymer, 2017: 16). Möglicherweise konnten doch nicht alle Personen zur Übersendung des Zugangscodes zur Webbefragung angeschrieben werden.

Die kompletten PUMA-Datensätze (siehe Tabelle 3) wurden nach Altersgruppen, Bildungsstand, Geschlecht, Erwerbsstatus und Urbanisierungsgrad gewichtet. Damit sollen Repräsentationsfehler des komplexen Designs ausgeglichen werden. Diese Möglichkeit ist in diesem Fall besonders günstig, da aufgrund der Mikrozensusdaten genaue Kenntnis über Stichprobenfehler und Non-Response Fehler vorliegen. Dabei mussten insbesondere Personen mit maximal Pflichtschulabschluss hoch gewichtet werden, da diese seltener an der Umfrage teilnahmen. Ebenso war dies bei ArbeiterInnen der Fall, obwohl hier die Stichprobenselektivität vergleichsweise geringer ausgeprägt war. Personen innerhalb der EU15 inklusive Österreich waren hingegen überrepräsentiert. Gut abgedeckt werden konnten die Einkommensquintile (Seymer 2017: 32). Ein Samplingproblem kann am ehesten aufgrund der fehlenden Personen mit maximal Pflichtschulabschluss festgestellt werden. Nur 3,3 Prozent der befragten Personen wiesen einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Bildung auf, gegenüber 14,8 Prozent in der Grundgesamtheit. Leider konnte niemand ohne Pflichtschulabschluss motiviert werden an der Umfrage teilzunehmen. Damit fehlt im Sample auch der rund ein Prozent ohne Pflichtschulabschluss. Aufgrund der hohen Gewichte im unteren Bildungsbereich sind Interpretationen, die diese Variablen betreffen, mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

5. Deskriptive Beschreibung der Ergebnisse

Die Umfrageergebnisse bezüglich des bevorzugten Steuersystems in Österreich ergaben meist ähnliche Werte wie der ESS 2008. Die Frage erweist sich damit als relativ reliabel, unterscheidet sich aber im Ergebnis durch die erwartete stärkere Bevorzugung der angepassten regressiven Antwortkategorie. Am erstaunlichsten erscheint der noch geringere Wert für progressive Steuern. Die realistischer formulierte Kategorie für regressive Steuern hat demnach nicht einfach zu einem Wechsel weg von einem einheitlichen Steuersatz oder weg von den Ausweichkategorien („Keines von diesen“ und „Weiß nicht“) hin zur Regression geführt, sondern insgesamt zu einer Verschiebung in Richtung nicht-progressiver Besteuerung. Dies zeugt von der Unsicherheit der Bevölkerung im Umgang mit Steuerfragen und von der Bedeutung des Fragen-Gesamtbildes, das ausgewogene Antwortkategorien braucht.

Mit 41 Prozent Zustimmung wurde die, einem einheitlichen Steuersatz entsprechende, Antwortkategorie klar bevorzugt (siehe Tabelle 4). Damit ist diese Besteuerungsform beliebter als das aktuell bestehende progressive Modell, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass 11 Prozent sich sogar für eine regressive Steuer aussprechen. Dieses Ergebnis darf aber nicht überbewertet werden, da, wie erwähnt, das Wort „gleich“ das Antwortverhalten der Befragten beeinflussen könnte. Weitere Untersuchungen wären hier notwendig, um Gerechtigkeitsvorstellungen konkret mitberücksichtigen zu können. Des Weiteren könnten *primacy effects* die Anteile dieser Antwortkategorie erhöht haben. Groves (2009: 171) weist darauf hin, dass bei Selbstaussfüllern die Primacy- (Bevorzugung der ersten Antwortkategorie) und Recency- (Bevorzugung der letzten Antwortkategorie) Effekte zwar insgesamt im Vergleich zu telefonischen Befragungen reduziert sind, bei schriftlichen Befragungen aber dennoch mit Primacy-Effekten zu rechnen ist. Dies könnte auch einen Teil des Unterschieds vom ESS zum ISSP erklären, da bei Letzterem nicht der einheitliche Steuersatz, sondern die progressive Antwortkategorien am Anfang stehen.

Tabelle 4: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell und Wissen über das aktuelle Steuersystem

	Einheitlich	Progressiv	Regressiv	Keines von diesen	Weiß nicht	Total
Präferenz	41,0%	28,8%	11,0%	10,8%	8,4%	100,0%
Aktuell in Ö.	14,2%	37,4%	21,2%	9,4%	17,8%	100,0%
ESS4 ¹	40,9%	34,3%	6,8% ²	7,7%	10,3%	100,0%

N=1051, gewichtet. ¹Gewichtet mit Design und Poststratifikationsgewicht siehe ESS4; N=2255. ²Aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierung nicht direkt mit den hier gestellten Fragen zu vergleichen.

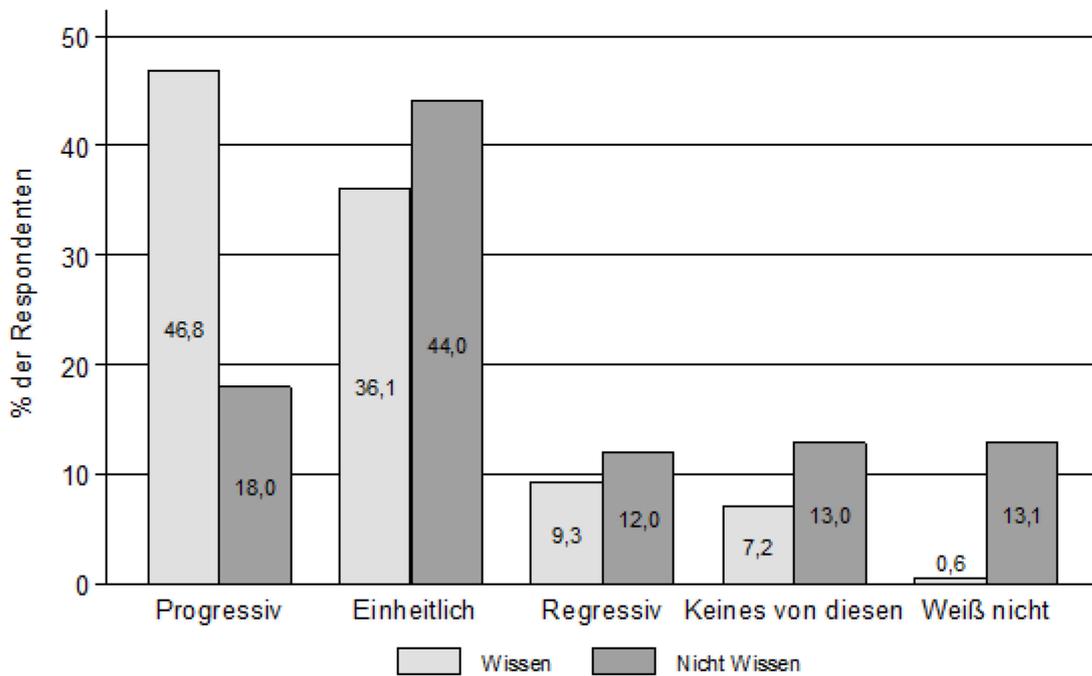
Bei der Wissensfrage wird die progressive Antwortkategorie deutlich häufiger gewählt. Da dies die einzig richtige Kategorie ist, erscheint ihr Anteil aber dennoch gering. Auf jeden Fall ist eine breite Unzufriedenheit oder ein breites Ungerechtigkeitsgefühl gegenüber dem aktuellen Steuersystem feststellbar, denn nur 40 Prozent der Befragten, die eine Antwortkategorie außer „Weiß nicht“

wählten, denken auch, dass dieses von ihnen bevorzugte System aktuell besteht. Am erstaunlichsten ist der hohe Anteil bei der regressiven Antwortkategorie.

Viele dieser Personen, welche die aktuelle Einkommenssteuer für regressiv halten, wünschen sich einen einheitlichen Steuersatz (53 Prozent) oder eine progressive Besteuerung (24 Prozent). Die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Steuersystem ist also nicht nur durch den Wunsch nach einem einheitlichen Steuersatz zu erklären, sondern auch durch ein Misstrauen gegenüber der progressiven Wirkung des aktuellen Einkommenssteuersystems. Dass etwa jede vierte Person die Wissensfrage mit „Weiß nicht“ oder „Keine von diesen“ beantwortet hat, zeugt von der Unsicherheit, wie das komplexe Steuersystem grundsätzlich zu verstehen ist.

Ähnlich wie in Österreich votiert auch in den USA ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung für regressivere Steuern. Slemrod (2006) betonte jedoch zurecht, dass diese Ergebnisse anderen Umfragen zuwider laufen, bei denen ein Großteil der US-AmerikanerInnen angibt, dass obere Einkommensklassen zu wenig Steuern zahlen (Slemrod 2006: 58). Wie können dann trotzdem regressivere Steuern gewünscht werden? Die Befragten müssten glauben, dass höhere Einkommensgruppen durch eine regressivere Einkommenssteuer mehr zahlen würden. Slemrod (2006) konnte zeigen, dass genau diese Falscheinschätzung vorliegt. Zudem wird eine Flat-Tax-Reform insbesondere von Personen bevorzugt wird, die das aktuelle Steuersystem für komplex und unfair halten. Dies entspricht den Ergebnissen dieser Studie: BefürworterInnen einer proportionalen Steuer wissen eher nicht, wie aktuell in Österreich besteuert wird (siehe Diagramm 3) und zudem bevorzugen viele Personen ein regressiveres Modell als das aktuelle, obwohl sie eigentlich eine progressivere Lastenverteilung erreichen wollen.

Diagramm 3: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell nach Wissen über das aktuelle Steuersystem



N=1051, Source: PUMA-Daten Statistik Austria 2016

Die Umfrageergebnisse machen deutlich, dass sich die bevorzugten Steuersysteme in Bezug auf die jeweilige Wissenslage der Befragten deutlich unterscheiden. Das progressive Einkommenssteuermodell wird unter den Wissenden klar bevorzugt, währenddessen es bei Unkenntnis über das aktuell herrschende Modell nur knapp über der unwahrscheinlichen Lösung „Regressiv“ liegt (siehe Diagramm 3). Daraus lässt sich schließen, dass die Befragten bei Kenntnis des Lohnsteuermodells in ihrer Einstellung zwischen den einigermaßen realistischen Optionen „Einheitlich“ und „Progressiv“ wählen und erst hier erkennbar ist, wie hoch die Zustimmung zur progressiven Besteuerung ist. Der weiterhin hohe Anteil an Befürwortern eines einheitlichen Steuersatzes, bei richtiger Beantwortung der Wissensfrage, zeugt von der Attraktivität dieses Angebots für viele Menschen. Des Weiteren sinkt der Anteil an „Weiß nicht“-Antworten, bei richtiger Beantwortung der Wissensfrage, beinahe auf null.²⁰ Dementsprechend wird deutlich, dass ein Großteil der Unsicherheit in Steuereinstellungsfragen auf unzureichendes Verständnis des aktuellen Steuersystems zurückzuführen ist.

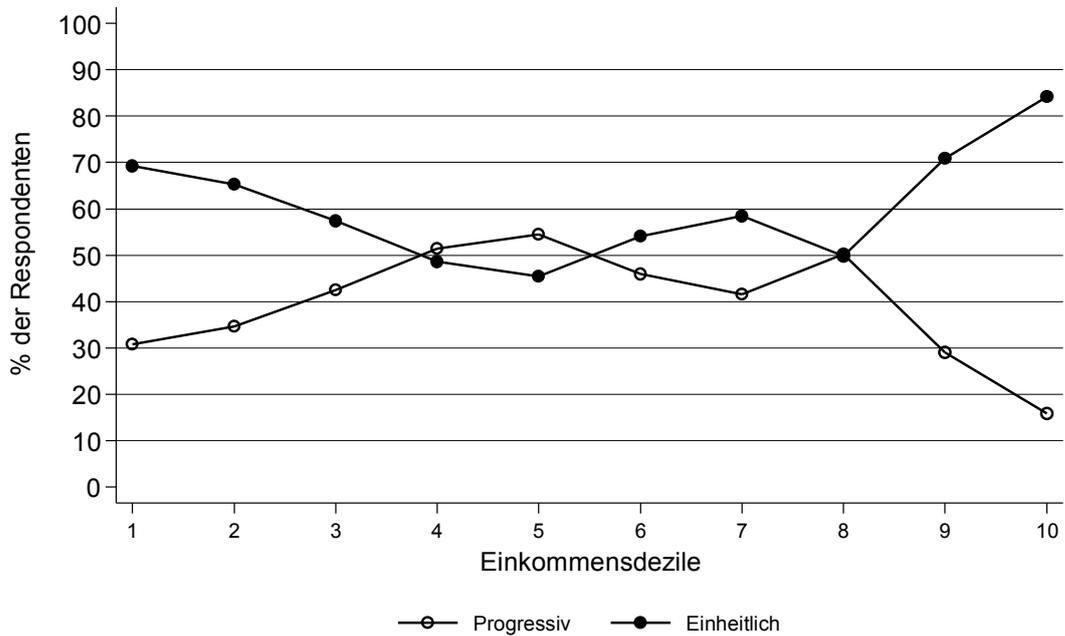
²⁰ Wird statt einer Inklusion der „Weiß nicht“-Antwortkategorie für Nicht-Wissen, diese von der Berechnung ausgeschlossen, reduziert sich der Effekt auf 2,5 Prozent bei Nicht-Wissen aufgrund des hohen Anteils an Personen, die „Weiß nicht“ sowohl bei der Einstellungs- als auch bei der Wissensfrage angegeben haben. Ansonsten bleiben die Effekte beinahe ident. Die Antwortkategorie „Nicht-Wissen“ besteht im Folgenden immer aus allen Antworten außer der progressiven Antwortkategorie.

Betrachtet man die Einstellungen über die Einkommensdezile, so erkennt man ein analoges Ergebnis zum ESS4 und zu den Ergebnissen der Forschung zur Zahlungsbereitschaft (Cox 1984) (siehe Diagramme 4 und 5). Der einheitliche Steuersatz wird in den unteren Einkommensdezilen etwas stärker bevorzugt, dann im mittleren Einkommensbereich eher von der progressiven Besteuerung abgelöst, nur um bei höheren Einkommenschichten wieder dominant zu werden. Die Unterschiede sind hier aber zu gering, um von einer Bestätigung des *Cox-paradox* für Steuereinstellungen sprechen zu können.

Die Wissensvariable macht einen viel deutlicheren Trend sichtbar. Untere Einkommensgruppen sind eher von Unsicherheit durch Wissenslücken geprägt als obere. Der Anteil an Nicht-Wissen nimmt dabei die Form eines Trichters an, der bei unteren Einkommen noch sehr breit, bei oberen aber schließlich deutlich schmaler wird. Damit werden Ergebnisse einer US-amerikanischen Studie bestätigt, die bereits auf diese deutlichen Wissensunterschiede verschiedener Einkommenschichten hingewiesen hat. Die Autoren schließen daraus, dass die Profiteure der progressiven Lohnsteuer zum Teil nicht an der Debatte zur Reform dieses Systems teilnehmen können (Blendon et al. 2003: 31). Aufgrund der Ergebnisse, der hier durchgeführten Umfrage, ist diese Aussage auch für Österreich gültig.

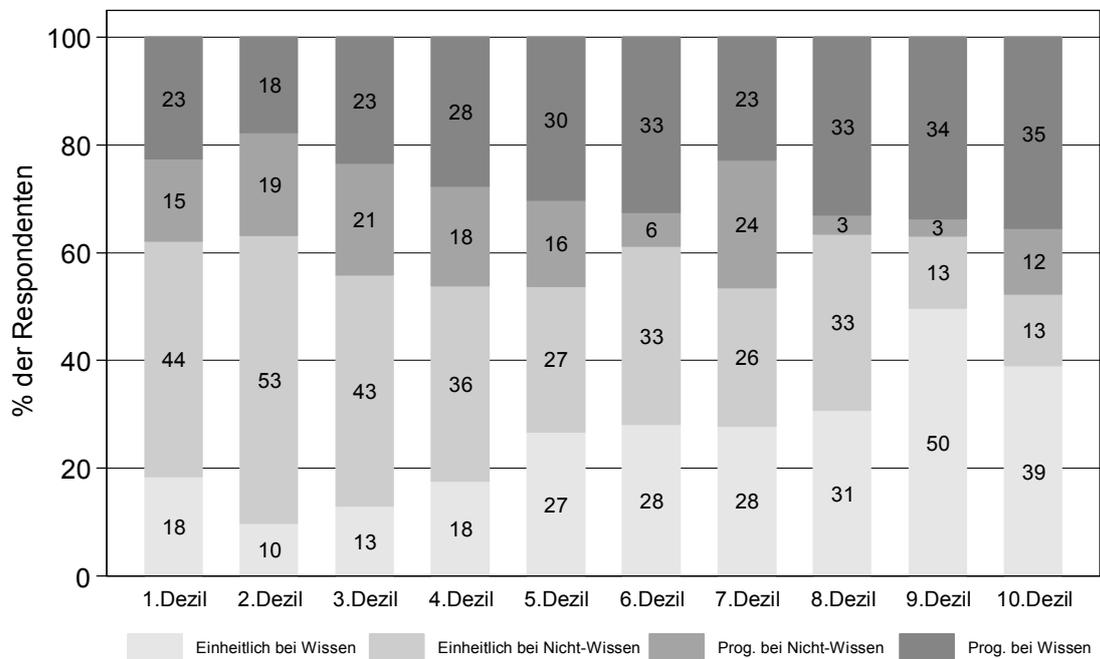
Darüber hinaus sind die Steuereinstellungen hinsichtlich der Einkommen ungleich verteilt. Wie bereits gezeigt, wird bei Nicht-Wissen der einheitliche Steuersatz deutlich häufiger bevorzugt als bei Wissen über das aktuelle Steuersystem. Dieser Trend trifft auf beinahe alle Einkommenschichten zu, wirkt sich aber bei unteren Einkommenschichten wegen der häufigeren Unsicherheiten viel stärker aus. Demnach könnte es sein, dass die paradox wirkende Kurve der Befürwortung des einheitlichen Steuersatzes mit der Unwissenheit der Befragten insbesondere im unteren Einkommenssegment erklärt werden kann. Interessant erscheint auch, dass das erste und zweite Einkommensdezil, welche de facto nicht von der Einkommenssteuer betroffen sind, zwar deutlich von einer Bevorzugung des einheitlichen Steuersatzes geprägt sind, sich aber ansonsten nicht stärker von den oberen Einkommensdezilen unterscheiden. Die Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, dass die Hypothese, wonach individuell-nutzenmaximierende Überlegungen bei Personen, die über das Steuersystem Bescheid wissen, eine wichtige Rolle spielen, empirisch relevant ist. Dies wird im analytischen Teil noch genauer behandelt werden.

Diagramm 4: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell nach Einkommensdezile 2008



N=1114
Source: AUT ESS(2008)

Diagramm 5: Steuereinstellung nach Wissen und Einkommen

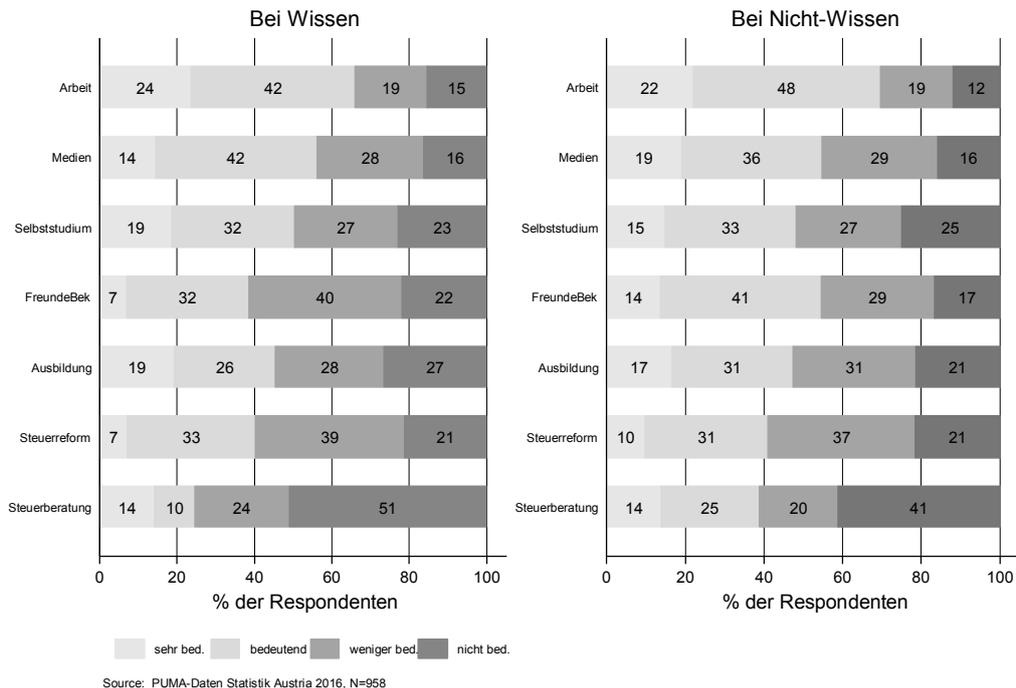


N=728
Source: PUMA-Daten Statistik Austria 2016

Die Fragen nach den Informationsquellen des Steuerwissens zeigen, dass sich die Bedeutungen der einzelnen Informationsquellen unterscheiden (siehe Diagramm 6). Eine entscheidende Differenz zwischen den Informationsquellen von Personen, welche die Wissensfrage richtig beantwortet haben, und solchen, welche sie falsch beantwortet haben, ist aber nicht zu erkennen. Die „Arbeit“ war eindeutig die wichtigste Informationsquelle. Dies bestätigt Studien, wonach das Arbeitsumfeld in Bezug auf Einschätzungen zu Steuerfragen eine hohe Bedeutung hat (Kirchler 1998; Edin et al. 2014; Sigala et al. 1999). Die relativ unbedeutende Kategorie „Ausbildung (Schule Studium)“ zeugt von der schwachen Position der Finanzbildung im österreichischen Schulsystem. Auch die Steuerreform und die diesbezügliche Berichterstattung scheinen nur wenig zu einem besseren Verständnis des Steuersystems beigetragen zu haben. Bezüglich der Informationsquelle „Freunde und Bekannte“ können die Ergebnisse von Krueger (2004) weiter gestützt werden: Personen die verstärkt diese Informationsquelle nutzen, wissen eher schlechter über das Steuersystem Bescheid. Der Zusammenhang wird auch im analytischen Teil noch näher behandelt. Bei der Verwendung von Steuerberatung gibt es weniger Anreiz dazu, sein eigenes Wissen zu verbessern. Die Steuerberatung scheint in erster Linie konkrete Aufgaben zu übernehmen und nicht für ein höheres Verständnis des Systems an sich zu sorgen.

Der Wissensgehalt lässt sich demnach nur im geringen Ausmaß durch die Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen erklären. Zwischen der Anzahl der Quellen und dem resultierenden Steuerwissen gibt es ebenfalls keinen linearen Zusammenhang. Damit führt die Nutzung mehrerer Wissensquellen zu keinem besseren Verständnis der Steuersystemfrage (siehe Anhang Tabellen 14 und 15). Wie auch schon von Krueger (2004: 49) gezeigt, führt demnach subjektiv empfundene Wissensdiversifizierung nicht automatisch zu einem höheren Wissen über das Steuersystem. Darüber hinaus deuten die Zahlen aber eine Tendenz an, wonach weniger „Weiß nicht“-Antworten und mehr Falscheinschätzungen vorliegen, je vielseitiger die eigenen Wissensquellen eingeschätzt werden. Dieser Zusammenhang wurde in ähnlicher Form auch von Jerit und Barabas (2006) festgestellt. Demnach verfügen Personen, die den öffentlichen Steuerdiskurs intensiver verfolgen, nicht unbedingt über mehr Wissen, sondern werden lediglich sicherer in ihren (teilweise falschen) Meinungen zur Funktion der Einkommenssteuer.

Diagramm 6: Informationsquellen für das persönliche Steuerwissen



Die deskriptive Analyse abschließend werden nun die Ergebnisse der zweiten Wissensfrage des Surveys näher behandelt. Das Forschungsinteresse war festzustellen, wie Personen die Wirkungsweise von Tarifstufen und damit Grenzsteuersätzen verstehen. Der hohe Anteil an „Weiß nicht“-Antworten macht deutlich, dass diese Frage von einem beträchtlichen Teil der Befragten nicht beantwortet werden konnte (siehe Tabelle 5). Dies kann zumindest zwei Gründe haben: Die Befragten wussten die Antwort auf die Frage nicht und handelten demnach wie vom Forschungsdesign her intendiert und wählten eine Ausweichkategorie, oder sie haben die Fragen nicht richtig verstanden, wodurch sich Messfehler ergeben. Leider kann Letzteres nicht völlig ausgeschlossen werden und sollte in der zukünftigen Forschung besser durch zusätzliche Fragen abgefangen werden.

Immerhin 70 Prozent gaben aber eine andere Antwort als „Weiß nicht“ an und 64 Prozent eine solche mit klarer Wirkrichtung bezogen auf den Grenzsteuersatz. Richtig beantworten konnten die Frage dennoch nur etwa 23 Prozent. Damit ist die Wirkungsweise von Tarifstufen, wie zu erwarten, noch weniger Personen bekannt, als das Vorhandensein der Progression (37 Prozent). Erstaunlich ist aber die Richtung der Falscheinschätzung. Über 40 Prozent der Befragten und fast 60 Prozent derer, die nicht „Weiß nicht“ wählten, überschätzen die Wirkung der Tarifstufen bezogen auf die Steuerlast. Beinahe 10 Prozent gehen sogar davon aus, dass die Einkommenssteuer höher als der jeweilige Grenzsteuersatz ist. Das ist insofern bemerkenswert, als in der Fragestellung dezidiert darauf hingewiesen wurde, dass Sozialversicherungsbeiträge hier nicht zu beachten sind.

Tabelle 5: Wissen über die Wirkungsweise von Tarifstufen (Grenzsteuersätzen)

	=Grenzst	<Grenzst.	>Grenzst.	Keines von diesen	Weiß nicht	Total
Wissen_Satz	31,9%	22,7%	9,7%	7,7%	28,0%	100,0%

N=1051, gewichtet.

Welche Gruppen besonders anfällig dafür sind, die Wirkungsweise der Tarifstufen zu überschätzen, wird im analytischen Teil näher behandelt. Nur der Zusammenhang zum individuellen Einkommen soll hier kurz näher behandelt werden. Der Anteil der richtigen Einschätzung der Wirkung von Tarifstufen steigt erst bei höheren Einkommen deutlich an (siehe Diagramm 7). Wiederum stützt dies die These, dass diejenigen Personen, die aufgrund ihres Einkommens hohen Einkommenssteuerbelastungen ausgesetzt sind, die Besteuerung eher und deutlicher wahrnehmen (Kiesewetter et al. 2010). Dafür spricht auch, dass der Anteil an „Keine Antwort“- und „Weiß nicht“-Angaben mit steigendem Einkommen deutlich abnimmt. Am erstaunlichsten ist die Tatsache, dass bei fast allen Einkommensgruppen der Anteil an expliziten Falscheinschätzungen am höchsten ist, obwohl durch zwei Ausweichkategorien eine Nicht-Antwort relativ attraktiv gestaltet wurde.

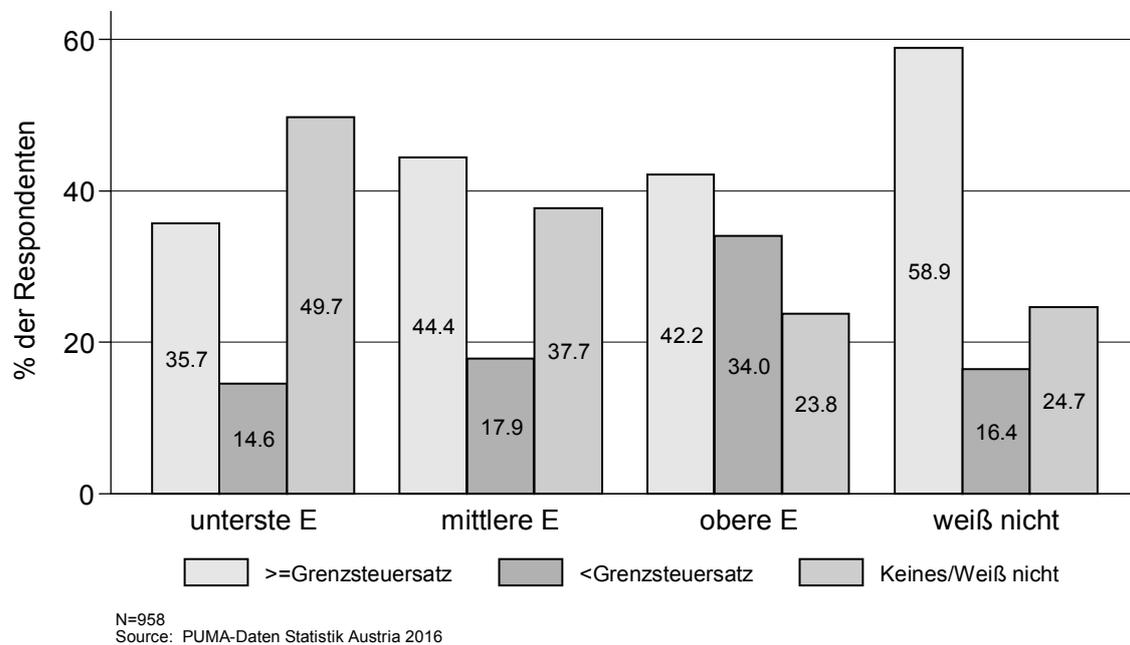
Kiesewetter et al. (2010) konnten zeigen, dass die Steueraversion, bei der Personen aufgrund einer falschen Wahrnehmung der Steuerbelastung weniger arbeiten als ihrem Nutzenoptimum entsprechen würde, in unterschiedlichen Steuerregimen verschieden stark ausgeprägt ist. Konkret zeigte sich, dass die Steueraversion umso größer ist, je höher der entsprechende Grenzwertsteuersatz ist und je schneller der Durchschnittsteuersatz steigt. Die hier gewonnenen Daten können zeigen, dass dieser Effekt durch eine überdurchschnittlich hohe Belastungswirkung des Grenzsteuersatzes mitverursacht wird. Der unterschiedliche Fokus auf Grenz- und Durchschnittsteuersätze könnte damit nicht nur unterschiedliche Entscheidungen bezüglich der Arbeitsintensität miterklären, sondern auch dabei helfen, unterschiedliche Fairnessvorstellungen besser zu verstehen.

Eine Überbetonung des Grenzsteuersatzes oder dessen Verwechslung mit dem Durchschnittsteuersatz, kann nicht nur erklären, warum die Einkommenssteuerbelastung mitunter überschätzt wird, sondern auch, warum die Fehleinschätzung bei Geringverdienenden besonders deutlich ausfällt (Blaufus et al. 2013a). Die Steigerung des Grenzsteuersatzes ist hier außerordentlich steil, die Bruttoeinkommensillusion aufgrund des Status als Niedrigverdiener eher gering. Die aufgestellte Hypothese, wonach ein Großteil der Bevölkerung nur wenig über Tarifstufen Bescheid weiß und deren Wirkung oft überschätzt wird, kann demnach nicht abgelehnt werden. Diese *Grenzwertillusion* ist besonders deutlich bei unteren und mittleren

Einkommensgruppen ausgeprägt, wodurch von einem Lerneffekt auszugehen ist, der bei verstärkter Einkommensbesteuerung auftritt.

Durch die falsche Einschätzung der Höhe des Durchschnittssteuersatzes bei einem gegebenen Steuertarif kann davon ausgegangen werden, dass im Steuertarifkontext ein stark negativer Effekt von *fiscal illusion* vorhanden ist. So überschätzen Personen bei progressiven Lohnsteuern die Belastung durch höhere Steuertarife deutlich. Im ökonomischen Sinne sollte dies zu einer Reduktion der geleisteten Arbeitszeit und dadurch zu einem Wohlstandsverlust führen beziehungsweise zu einer verstärkten Zuwendung zu Schwarzarbeit. Die Ergebnisse sind demnach direkt relevant für die aktuelle *public finance*- und Compliance-Forschung.

Diagramm 7: Wissen über die Wirkung von Grenzsteuersätzen nach Einkommensschicht



Die deskriptive Auswertung der Daten konnte die bestehenden Ergebnisse der international vergleichenden Umfrageforschung bestätigen, die auf eine vergleichsweise niedrige Präferenz für das progressive Einkommenssteuermodell in Österreich schließen lassen. Insbesondere die Besteuerung mit einem einheitlichen Steuersatz scheint hohen Zuspruch zu finden. Diese Resultate konnten aber durch den Anschluss einer Wissensfrage differenzierter interpretiert werden. So lässt sich eine deutliche Wissenslücke in der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf das aktuell vorherrschende Einkommenssteuersystem feststellen, welche in erster Linie zu einer stärkeren Ablehnung von progressiver Einkommensbesteuerung führt. Wie angenommen, hat demnach Steuerwissen einen starken Einfluss auf die Wahl des bevorzugten Steuersystems. Insgesamt ist die Unbeliebtheit des aktuellen Steuersystems nicht einfach durch eine Präferenz für ein anderes Steuersystem erklärbar, sondern geprägt durch die Unsicherheit in der Bevölkerung über die

Belastungs- und Umverteilungsstruktur im aktuellen Steuersystem. So wählte etwa ein beachtlicher Anteil an Personen ein proportionales Steuersystem, weil fälschlicherweise angenommen wird, dass dies zu einer progressiveren Lastenverteilung führen würde, als es aktuell der Fall ist.

Die Berücksichtigung der Wissensdimension konnte darüber hinaus zu einem besseren Verständnis des Einflusses von individuellen Einkommen auf die Steuersystempräferenz beitragen. Wissende Personen bevorzugen eher ein Steuersystem, welches sie voraussichtlich stärker ökonomisch bevorteilt. Höhere Einkommenschichten kennen die progressive Struktur des Einkommenssteuersystems besser und wissen eher, wie sich Grenzsteuersätze auf die Steuerhöhe auswirken. Umgekehrt bedeutet dies, dass untere Einkommenschichten sowohl stark von Unkenntnis über das vorherrschende Steuersystem als auch von einer Überschätzung der Effekte von Tarifstufen geprägt sind. Damit kann davon ausgegangen werden, dass diese Gruppe in der öffentlichen Diskussion um Steuerreformen nicht so sehr von der eigenen Steuerlast als von Steuerwahrnehmungen geprägt ist und damit ihre Eigeninteressen nur unzureichend vertreten kann.

6. Inferenzstatistische Analyse

Im nächsten Schritt werden die Daten mithilfe von logistischen Regressionen untersucht. Ziel ist es, die im Theoriekapitel aufgestellten Hypothesen auf ihre empirische Relevanz hin zu überprüfen. Im Zentrum steht hier die These, wonach Wissen einen starken Einfluss auf die Einstellung zum Einkommenssteuersystem hat. Des Weiteren wird untersucht, wie klassische soziodemografische Variablen auf die Einstellung zum Steuersystem wirken. Wesentlich sind hier die Variablen Alter, Geschlecht und Bildung sowie das bereits ausführlich behandelte persönliche Einkommen. In einem weiteren Schritt wird mithilfe von Regressionsanalysen untersucht, inwiefern unterschiedliches Steuerwissen durch Informationsquellen und soziodemografische Variablen erklärt werden kann.

6.1 Einflussfaktoren des bevorzugten Steuermodells

Die Betrachtung fokussiert zunächst auf einen Vergleich von BefürworterInnen des progressiven mit denen des proportionalen Steuersystems. Ein Fokus auf diese Gruppen erscheint aus mehreren Gründen sinnvoll zu sein. Proportionale Steuern stellen die einzige, einigermaßen realistische Alternative für das bisher dominierende progressive Lohnsteuermodell dar.²¹ Der Großteil der Forschungen zur öffentlichen Finanzwirtschaft beschäftigt sich mit Vergleichen von verschiedenen proportionalen- und progressiven Steuermodellen (Cullis und Jones 1998: 167ff) und auch die wenigen Umfrageanalysen zum Thema behandeln in erster Linie diese Gruppen (Hennighausen und Heinemann 2014) oder fokussieren auf unterschiedliche Steuerbelastungsgefühle, die auf eine solche Unterscheidung hinauslaufen (Slemrod 2006). Eine genauere Analyse der jeweiligen BefürworterInnen progressiver beziehungsweise proportionaler Einkommenssteuern scheint deshalb aus forschungstechnischen wie auch aus praxisrelevanten Gründen angebracht zu sein.

Aus diesem Grund wurde zunächst eine binäre logistische Regression berechnet, welche die Bevorzugung für das proportionale- beziehungsweise das progressive Einkommenssteuersystem als abhängige Variable hat.²² Dabei wird durch die Anwendung eines *same-sample nested models* überprüft, welche Verbesserung durch die Integration der Wissensdimension zur Erklärung der bevorzugten Steuersysteme erzielt werden kann, und wie dadurch Wirkungen der soziodemografischen Variablen verändert, präzisiert und verstehbar werden. In der Forschung wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass *odds ratios* und *log-odds ratios* nicht nur die substanziellen Effekte wiedergeben, sondern auch die unbeobachtete Heterogenität. Dies führt insbesondere bei

²¹ Dies gilt vor allem für ein Steuersystem mit einem einheitlichen Steuersatz inklusive Freibetrag, wie er in einigen europäischen Ländern bereits existiert.

²² Eine deskriptive Übersicht über alle abhängigen und unabhängigen Variablen befindet sich im Anhang (siehe Tabelle 14).

der Interpretation von *nested models* zu einem Problem, da die Veränderungen der Koeffizienten durch die Berücksichtigung zusätzlicher Variablen nicht nur auf die Korrelation der unabhängigen Variablen miteinander zurückzuführen sind, sondern auch auf Unterschiede in der unbeobachteten Heterogenität. Als eine Möglichkeit dieses Problem zu lösen hat Carina Mood –Winship und Mare (1984) folgend – vorgeschlagen, die Koeffizienten durch eine Division mit der geschätzten Standardabweichung der latenten Variable für jedes Modell vergleichbarer zu machen. Die sogenannte y^* -Standardisierung gleicht damit den Effekt der Steigung der Standardabweichung des Logits und deshalb ihrer Skala aus. Die daraus resultierenden Koeffizienten geben damit die Standardabweichungs-Änderung von y^* für eine Erhöhung der unabhängigen Variable um eine Einheit an (Mood 2010: 73f.; Long und Freese 2014: 235ff.).²³ Zu den für die Interpretation relevanten Koeffizienten wurden deshalb zusätzlich zu den Beta-Koeffizienten auch die y^* -standardisierten Koeffizienten angegeben. Diese Kontrolle führte zu keinen signifikanten Änderungen der einzelnen Koeffizienten, weshalb keine Interpretationsanpassungen notwendig waren. Dadurch kann davon ausgegangen werden kann, dass die Änderungen der Koeffizienten in den einzelnen Modellen wirklich aufgrund der zusätzlichen Erklärungskraft der Variablen und ihren Interaktionen mit den anderen unabhängigen Variablen entstehen.

Das Modell 1 (Tabelle 6) zeigt, dass klassische soziodemografische Variablen kaum Rückschlüsse auf die Einstellung zum bevorzugten Steuersystem zulassen. So bestätigen sich zunächst die Befunde der bisherigen Forschung, dass Bildung keinen Einfluss auf das bevorzugte Steuersystem aufweist (Hennighausen und Heinemann 2014: 268). Blickt man aber auf die Entwicklung der Koeffizienten, sobald die Wissensdimension und die Informationsquellen berücksichtigt werden, so zeichnet sich ein signifikanter Unterschied zwischen der AHS/BHS-Kategorie und den anderen Bildungsstufen ab. Befragte deren höchster Abschluss an einer AHS oder BHS war, sprechen sich eher für eine proportionale Besteuerung aus als die anderen, wobei dieser Effekt besonders gegenüber der Pflichtschule deutlich wird. Dieses Ergebnis überrascht, da eigentlich davon ausgegangen wird, dass eine höhere Schulbildung grundsätzlich zu mehr Vertrautheit mit dem österreichischen Steuersystem führt. Möglicherweise könnten Brancheneffekte oder verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen dafür verantwortlich sein, dass hier ein deutlicher Unterschied vorliegt. In einer genaueren Betrachtung der gleichen Frage im ESS konnte – trotz Kontrolle der Gerechtigkeitsvorstellungen – kein signifikanter Einfluss der Bildung auf die Wahl des präferierten Steuersystems festgestellt werden (siehe Anhang Tabelle 14). Die Hypothese (H4), dass Bildung keinen direkten Effekt auf das bevorzugte Steuersystem hat, konnte damit nicht abgelehnt werden. Erst die Wissensvariablen ermöglichen Aussagen bezüglich möglicher Bildungseinflüsse. Es liegt

²³ Für andere Lösungen dieses Problems, die auch mit unterschiedlichen Gruppen und Samplegrößen funktionieren siehe: Karlson et al. (2012).

aber kein simpler linearer Effekt vor. Ein höherer Bildungsabschluss führt nicht automatisch zu einer Präferenz des progressiven Steuersystems. Vielmehr scheint es der Fall zu sein, dass Steuerpräferenzen relativ unabhängig von Bildungseffekten sind und diese Einstellungen eher durch spezifisches Steuersystemwissen und das Arbeitsumfeld beeinflusst werden.

Im Gegensatz zur Untersuchung von Hennighausen und Heinemann (2014) für Deutschland, weist die Altersvariable keinen signifikanten Effekt auf. Dieses Ergebnis konnte in mehreren Modellen nicht Widerlegt werden und bleibt auch bei unterschiedlicher Gruppierung der Altersgruppen oder bei Integration eines linearen Regressors „Alter“ stabil. Da in mehreren Untersuchungen die Altersvariable bei Steuerfragen von Bedeutung war, wurden die Daten des ESS 2008 herangezogen, um zusätzlich auf Fairnessvorstellungen kontrollieren zu können (siehe Anhang Tabelle 14). Auch hier kann nicht von einem Einfluss des Alters ausgegangen werden. Damit kann nicht davon ausgegangen werden, dass in Österreich das meist aufgefundene Muster; desto älter, desto eher wird die progressive Einkommenssteuer bevorzugt, vorliegt. Die These, dass durch eine längere Phase im erwerbstätigen Alter die Ansichten zur Einkommenssteuer tendenziell in Richtung Status quo gelenkt werden, wird damit abgelehnt. Ein Grund dafür könnte sein, dass es sich nicht um einen Alterseffekt handelt, sondern um Perioden- oder Kohorteneffekte. Eine Beeinflussung in der wichtigen Phase des Übergangs ins Erwerbsleben oder Effekte durch wichtige Ereignisse, welche mit Steuern in Verbindung gebracht werden, können nicht ausgeschlossen werden. So betrachten auch Hennighausen und Heinemann (2014) das Erleben einschneidender Ereignisse, wie der Nachkriegsphase oder des Sozialismus in Ostdeutschland, als wichtigere Einflussfaktoren als das Alter an sich. Nach meiner Kenntnis gibt es noch keine Studien, die versuchen den Alterseffekt näher zu betrachten. Die genaue Wirkung von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte auf Steuereinstellungen bleibt deshalb noch ungeklärt.

Tabelle 6: Regressionstabelle der Einstellung zum Steuersystem in Bezug auf progressiven und proportionalen Steuersystemwunsch

VARIABLEN	M1	M2	M3
Geschlecht Weiblich	-0.202 (0.231)	-0.0996 (0.227)	-0.0985 (0.229)
Alter (Ref.= 18–29)			
30–45 Jahre	0.223 (0.390)	-0.0578 (0.385)	0.171 (0.400)
46–59 Jahre	0.326 (0.392)	-0.0647 (0.394)	0.244 (0.407)
60–75 Jahre	0.439 (0.623)	0.178 (0.580)	0.652 (0.643)
Arbeitsverhältnis (Ref.= Angestellte)			
Arbeiter	-0.166 (0.418)	-0.0697 (0.464)	-0.00348 (0.470)
Staatsbedienstete	-0.776** (0.307)	-0.569* (0.310)	-0.655** (0.313)
Selbstständige	-0.819* [-0.438] (0.420)	-0.783* [-0.391] (0.436)	-0.460 [-0.221] (0.506)
in Pension	-0.178 (0.569)	-0.271 (0.535)	-0.408 (0.580)
nicht berufstätig	0.532 (0.547)	0.205 (0.553)	-0.139 (0.541)
Arbeitslos	-0.209 (0.527)	-0.0253 (0.540)	0.226 (0.562)
Bildung (Ref.= AHS/BHS)			
Pflichtschule	0.612 [0.327] (0.550)	0.956* [0.478] (0.560)	1.404** [0.674] (0.597)
Lehre/BMS	0.0708 [0.038] (0.274)	0.381 [0.190] (0.281)	0.466* [0.224] (0.283)
Akademie/Hochschule	0.419 [0.224] (0.260)	0.503* [0.252] (0.267)	0.592** [0.284] (0.281)
Persönliches Einkommen (Ref.= niedriges Einkommen)			
mittleres Einkommen	0.822** [0.439] (0.386)	1.637*** [0.818] (0.621)	1.826*** [0.877] (0.628)
hohes Einkommen	0.772* [0.413] (0.452)	1.524** [0.762] (0.647)	1.708*** [0.820] (0.662)
Wissen über Steuersystem (Ref.= Nicht-Wissen)		1.929*** (0.558)	1.986*** (0.536)
Wissen über Steuertarife (Ref.= Nicht-Wissen)		0.516** (0.237)	0.518** (0.235)
mittlere Einkommen*Wissen über Steuersystem		-0.923 (0.638)	-1.045* (0.617)
obere Einkommen * Wissen über Steuersystem		-1.183* (0.644)	-1.237** (0.628)
Einkommenssituation = schlecht	0.425 [0.227] (0.290)	1.144** [0.572] (0.571)	1.185** [0.569] (0.559)
Einkommenssituation = schlecht*mittlere Einkommen		-0.833 (0.658)	-0.874 (0.641)
Einkommenssituation = schlecht*mittlere Einkommen		-1.304 (0.841)	-1.569* (0.834)
Informationsquellen (Ref.=weniger wichtig)			
Medien			-0.347 (0.225)
Steuerreform			-0.0463 (0.237)
Ausbildung			0.933*** (0.221)
Arbeit			-0.781*** (0.260)
Steuerberatung			-0.247 (0.241)
Selbststudium			0.0538 (0.236)
Freunde/Bekannte			0.295 (0.231)
Konstante	-1.292** (0.546)	-2.613*** (0.654)	-2.829*** (0.724)
N	674	674	674
Pseudo R-squared	0.0344	0.101	0.135

Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist die Wahrscheinlichkeit sich für das progressive Modell zu entscheiden im Vergleich zu einem proportionalen System (0=proportional 1 = progressiv). Robuste Standardfehler in Klammern. y*-standardisierte Koeffizienten in eckigen Klammern.

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Das Anstellungsverhältnis beeinflusst die Wahl des bevorzugten Einkommenssteuersystems nur gering. Eine ungewöhnliche Ausnahme bilden die Staatsbediensteten (Beamte und Vertragsbedienstete). Diese sprechen sich verstärkt für proportionale Steuern aus. Der Effekt bleibt auch aufrecht, wenn nicht für Alter und Bildung kontrolliert wird, womit mögliche Interkorrelationseffekte vermieden werden. Das Ergebnis spricht gegen die Erwartung, dass Personen, die besonders von einem hohen Staatshaushalt profitieren, eher dazu geneigt sein sollten, positiver auf das aktuelle Steuersystem eingestellt zu sein. Wichtig erscheint auch die Gruppe der Selbstständigen, die in der bisherigen Forschung immer wieder durch eine unterschiedliche Beurteilung von Steuerfragen auffiel (Kirchler 1998: 125; Kidder und Martin 2012). Die bisherigen Ergebnisse bestätigend konnte zunächst eine – wenn auch nur knapp – signifikante Bevorzugung der proportionalen Besteuerung durch Selbstständige festgestellt werden. Diese Signifikanz verschwindet aber bei Inklusion der Informationsquellen im Modell 3. Betrachtet man die unterschiedliche Bevorzugung der Informationsquellen genauer, so zeigt sich, dass Selbstständige (95 Prozent) im Vergleich zur Gruppe der Angestellten (25 Prozent) viel häufiger auf Steuerberatung zugreifen. Dieser andere Zugang zur Steuerinformation kann helfen einen Teil der unterschiedlichen Präferenzen der Selbstständigen in Bezug auf das Steuersystem zu erklären.²⁴ Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass hier eine brancheneigene Steuermoral vorliegt, in der Steuern eher als Freiheitsverlust angesehen werden (Kirchler 1998: 125). ArbeiterInnen unterscheiden sich hingegen nicht signifikant von Angestellten. Die, von Kirchler (1998) festgestellte, unterschiedliche Betrachtungsweise von Steuerfragen dieser Gruppen lässt demnach nicht direkt auf unterschiedliche Einstellungen zum Wunschsteuersystem schließen.

Interessant erscheint es, dass in einer Studie von Reed-Arthus und Shiffrin (2010) die Zustimmung zur Umverteilung mit steigender höchster abgeschlossener Bildung sinkt. Zurecht zweifelt der Autor daran, ob dies wirklich auf eine zusätzliche Wohlstandserwartung in späteren Jahren zurückzuführen ist, da jüngere College-Absolventen keine solchen Einstellungen aufweisen. Es könnte aber sein, dass sich Gerechtigkeitspräferenzen nach dem Verlassen der Bildungseinrichtung in Richtung weniger Umverteilung ändern. Um diese Vermutung gesichert überprüfen zu können wäre eine eigene Untersuchung nötig, aber der Einfluss der Informationsquelle auf die

²⁴ Das Steuersystem kann aber auch unterschiedlich verstanden werden, da sich in Österreich die Steuer auf Einkommen für Selbstständige anders darstellt als die Lohnsteuer für Unselbstständige. So unterscheidet sich etwa bereits die einfache Einkommenssteuererklärung von der Arbeitnehmerveranlagung. Aus diesem Grund erstaunt nicht so sehr der Unterschied zum anderen Anstellungsverhältnisse an sich, als dessen geringes Ausmaß. Der Koeffizient ist zwar nicht klein aber der Standardfehler zu hoch. Damit sind zwar viele Selbstständige für proportionale Steuern, die Gruppe ist aber insgesamt zu heterogen. Möglicherweise unterscheiden sich etwa die Gruppe der „Scheinselbstständigen“ von den selbstständigen mit Angestellten. Eine getrennte Untersuchung dieser Gruppen in der Regression erschien durch die geringe Fallzahl aber nicht sinnvoll.

Steuereinstellung scheint darauf hin zu deuten, da Personen, die ihre Ausbildung als wichtige Informationsquelle für ihr Steuerwissen angaben, eher für progressive Steuern votieren als andere (siehe Modell 3 Tabelle 6). Blickt man genauer auf das Alter der Personen und ihre jeweiligen bevorzugten Informationsquellen, so scheint sich ein Periodeneffekt abzuzeichnen. Der Anteil der Befragten, die ihre Ausbildung („Schule/Studium“) für das eigene Steuerwissen als bedeutend oder sehr bedeutend einstufen, liegt bei den unter 30-jährigen zunächst bei 70 Prozent, bei allen höheren Altersgruppen sinkt dieser Wert deutlich auf etwa 40 Prozent. Genau die entgegengesetzte Richtung vollzieht hingegen die Bedeutung der Arbeit mit zunächst 55 Prozent und dann etwa 70 Prozent. Im Vergleich zur Bildungsstufe ist interessant, dass die AHS/BHS Stufe, über alle Altersgruppen hinweg, mit einer leicht gesteigerten Bedeutung der Ausbildungskategorie hervorsteht. Die universitäre Bildungsstufe ist hier auf dem geringsten Niveau. Demnach lässt sich sagen, dass insbesondere junge AkademikerInnen und AHS/BHS-AbsolventInnen zunächst stärker von Ausbildungswerten in ihrer Steuereinschätzung geprägt werden, dies aber mit der Zeit deutlich nachlässt und andere Faktoren, wie etwa Arbeit, wichtiger werden. Dies könnte mit einem entsprechenden Normenwechsel einhergehen, was aber noch eine dezidierte Untersuchung bräuchte. Beim Geschlecht zeigt sich das bekannte Muster (Hennighausen und Heinemann 2014), dass dieses keinen Einfluss auf Steuereinstellungen aufweist.

Durch die Integration einer Frage zum persönlichen Nettoeinkommen war es möglich dieses als einen Proxy für den finanziellen Eigennutzen zu verwenden, wie dies auch in anderen Untersuchungen üblich ist (Hennighausen und Heinemann 2014: 260). Dabei wurden die abgefragten 14 Einkommensstufen in drei Einkommensgruppen unterteilt. Die Grenzen zwischen niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen wurden aufgrund von theoretischen Überlegungen über die Wirkungsweise der Einkommenssteuer festgesetzt, da sich diese durch unterschiedliche Wünsche und Identifikationen auszeichnen sollten (Martin et al. 2009: 19). Zum einen sind die Nicht-LohnsteuerbezieherInnen in einer eigenen Gruppe repräsentiert, da angenommen werden kann, dass sich diese in ihren Wünschen und Interessen, sowie in ihrer Unsicherheit im Umgang mit der Einkommenssteuer, von den anderen Gruppen unterscheiden werden. Für die Obergrenze des untersten Einkommens ergab sich deshalb eine Grenze bei 1.000 Euro Bruttoeinkommen im Monat.²⁵ Zum anderen wurde versucht eine geeignete Grenze zur Trennung der mittleren- und oberen Einkommensschicht zu finden. Mit dieser sollte eine deutliche Steuersatzsteigerung in Bezug auf den Grenzsteuersatz einhergehen. Des Weiteren sollte die Schwelle dort sein, wo zu

²⁵ Aufgrund der Einkommensstufen in den Befragungen mussten die Einkommensgruppen leicht verschoben werden. Tatsächlich ist erst bei einem Monateinkommen von etwa 1050 Euro Lohnsteuer zu bezahlen. Für alle diese Berechnungen wurden weder Abschreibungen, Pendlerpauschale noch Kinderabsatzbeträge mitberücksichtigt.

erwarten ist, dass eine Umstellung auf ein proportionales Steuersystem eine Reduzierung der Steuerlast bewirken würde. Bei der mittleren Einkommensgruppe wurde deshalb die Obergrenze bei 2.500 Euro brutto festgelegt. Zum einen entspricht dies etwa der Grenze, die vor der Lohnsteuerreform 2016 einen Sprung des Grenzsteuersatzes von 36,5 auf 43,2 Prozent bedeutet hat. Zum anderen wird dadurch die lohnsteuerzahlende Bevölkerung in Österreich in etwa halbiert. Da die Reform erst 2016 wirksam wurde, wird davon ausgegangen, dass diese Grenze zum Zeitpunkt der Befragung noch präsenter war.

In allen drei berechneten Regressionsmodellen weisen, sowohl mittlere als auch höhere Einkommensschichten, eine höhere Zustimmung zur progressiven Besteuerung auf als Personen die keine Einkommenssteuer zahlen. Bei der mittleren Einkommensgruppe, wo der Effekt auch am deutlichsten ausfällt, verwundert dies nicht, da diese Gruppe ebenfalls von der progressiven Besteuerung profitieren dürfte. Anders verhält es sich hingegen mit der oberen Einkommensschicht. Diese weist Einstellungen auf, die gegen die individuell-nutzenmaximierende Annahme verstoßen, auch wenn der Effekt zunächst in Modell 1 nur gering ist.²⁶ Hoch signifikant werden die Einkommensvariablen durch das Hinzufügen der Wissensvariablen und ihrer Interaktionen. Hohe Einkommensgruppen scheinen demnach eine altruistischere Position einzunehmen. Dies bestätigt Ergebnisse von Blaufus et al. (2013a), die feststellten, dass höhere Einkommensgruppen ihre eigene Steuerbelastung eher für fair erachten als andere.

Andere Studien wiesen aber auf die Dominanz des Eigennutzens in Steuerfragen hin. So stellten Reed-Arthus und Shiffrin (2010) fest, dass Lastenumverteilungen bevorzugt werden, von denen die eigene Gruppe profitiert. Hennighausen und Heinemann (2014) kamen auf ähnliche Ergebnisse bezüglich des bevorzugten Steuersystems. Die Wissensdimension kann zwischen diesen zwei Extremen in der Wirkungsweise von Einkommen auf Steuerfragen vermitteln. Blickt man auf Modell 2 der Regressionsergebnisse, wird deutlich, dass Wissen und dessen Interaktionen einen deutlichen Einfluss auf die Wahl des bevorzugten Steuersystems ausüben. Die Wissensdimension kann die Erklärungskraft des Modells deutlich verbessern, wie man anhand des Pseudo R² gut erkennen kann.

Wie bereits im deskriptiven Teil dieser Arbeit beschrieben wurde, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für progressive Steuern zu votieren, wenn die Steuerfragen richtig beantwortet wurden. Dies ist ein gegenläufiges Ergebnis zur Studie von Reed-Arthus und Sheffrin (2010), die feststellten, dass zusätzliches Wissen, gemessen mit der Skala von Slemrod (2006), zu einer

²⁶ Auch beim ESS (2008) ergab sich bei Kontrolle von Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen, dass höhere Einkommensklassen, wenn auch nicht signifikant, doch Koeffizienten aufwiesen, die eher für eine Bevorzugung des progressiven Steuersystems sprechen (siehe Anhang Tabelle 14).

verstärkten Ablehnung gegenüber der Umverteilung von Reich zu Arm, wie auch zu den mittleren Einkommensschichten in den USA führt. Doch Wissen und Einkommen korrelierten in dieser Umfrage besonders stark und der Großteil der Wissenden befand sich in der höchsten Einkommensgruppe. Demnach könnte der Effekt auch durch eine problematische Interkorrelation von Wissenden und Hochverdienern verursacht worden sein. Um dieses Problem hier zu vermeiden, wurde der Interaktionseffekt von Steuerwissen und Einkommen hier mitberücksichtigt.²⁷ Dadurch kann gezeigt werden, dass obere Einkommen ebenfalls von Eigennutz geprägt sind, da Personen, welche über die Wirkungsweise des aktuellen Steuersystems Bescheid wissen, in Richtung proportionale Steuern mediiert werden. Interessant erscheint es, dass mittlere Einkommensgruppen, wenn auch nur schwach signifikant, bei Wissen ebenfalls eher Richtung proportionaler Besteuerung gelenkt werden. Die Gründe dafür könnten im Aufstiegsdenken beziehungsweise in einer Unterschätzung der Wirkung der progressiven Lohnsteuer oder in einer grundsätzlichen Anziehungskraft des proportionalen Steuersystems liegen.

Blickt man genauer auf die Veränderungen in den Wahrscheinlichkeiten durch die Integration der Wissensdimension (Diagramm 8), so wird deutlich, dass sich zunächst (M1) die bisherigen Forschungsergebnisse zu reproduzieren scheinen: Große Indifferenz in unteren Einkommensklassen, da hier nicht genau über die Interessenslage entschieden werden kann, und die Unsicherheit über das eigene Steueraufkommen besonders groß ist. Stärkere Präferenz für die progressive Einkommenssteuer bei den mittleren Einkommensschichten, die von diesem Steuerregime profitieren. Nur geringfügig niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, progressive Steuern zu wählen bei hohen Einkommensklassen, was wohl der Unterschätzung der eigenen Belastung und den anderen Fairnessvorstellungen geschuldet ist. Die Integration der Wissenskomponente (M2) verändert diese einfache Interpretation, indem sie die Gruppen der Wissenden und Nichtwissenden nun klar voneinander trennt. Darüber hinaus wird auch die Prognoseungenauigkeit deutlich reduziert. Nun wird ersichtlich, dass die Gruppe, welche laut dem Modell am meisten von dem aktuellen Steuersystem profitiert, nämlich die mittlere Einkommensgruppe, bei Wissen dieses auch mit rund 60 Prozent Zustimmungswahrscheinlichkeit am deutlichsten bevorzugt. Wird zusätzlich die Interaktion von Wissen und Einkommen berücksichtigt, so werden bei niedrigen und hohen Einkommen weitere Tendenzen deutlich. Die Kombination von Wissensdimension und niedrigem Einkommen führt zu den größten Unterschieden in den Präferenzen (33

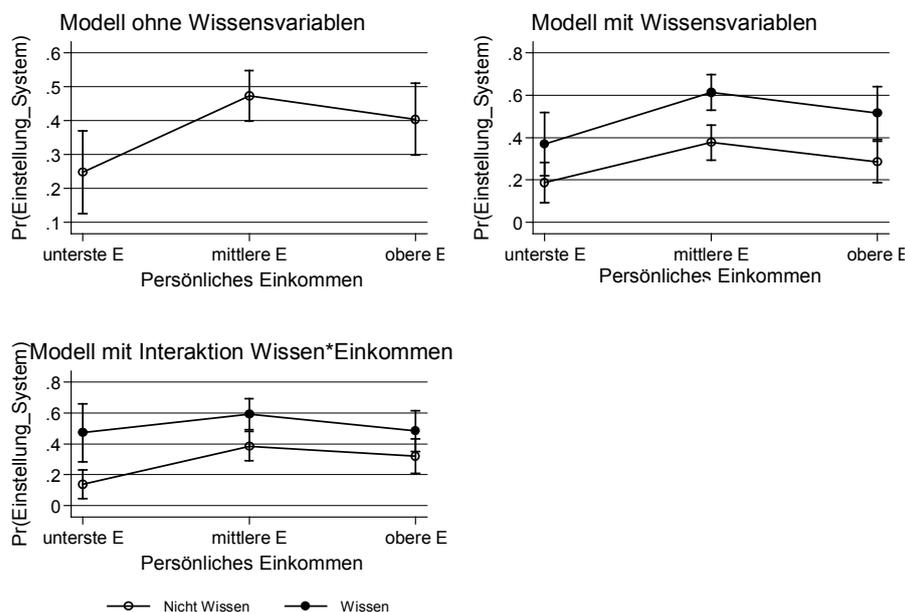
²⁷ Bei der Berechnung der Interaktionen wurde den Empfehlungen von Brambor et al. (2005) gefolgt. Demnach wurden immer alle Interaktionsterme und alle Dummy-Variablen inkludiert. Darüber hinaus wurden die marginalen Effekte der Interaktionen berechnet (siehe Diagramm 8), da die Koeffizienten (auch wenn sie signifikant sind) bei Interaktionen nur den Spezialfall angeben, ob x einen Effekt hat, wenn die konditionierende Variable 0 ist.

Prozentpunkte). So ist die Gruppe der nichtwissenden Niedrigverdienenden diejenige, welche die höchste Wahrscheinlichkeit besitzt für proportionale Steuern zu stimmen. Wissende Niedrigverdienende fallen durch eine höhere Varianz auf. Gründe dafür könnten in Teilzeit/Vollzeit-Unterschieden liegen, oder an Personen, die bei Steuerfragen eher an das Haushaltseinkommen als an das Individualeinkommen denken. Inwieweit etwa die große Gruppe der Teilzeit erwerbstätigen Frauen ihre Steuereinstellungen eher in Bezug auf das des Haushaltseinkommens anpasst, wurde meines Wissens noch nicht untersucht und bedarf weiterer Forschung.

Zusammenfassend kann Hypothese (H2) nicht abgelehnt werden: Informierte untere Einkommensschichten lehnen proportionale Steuern stärker ab als uninformierte untere Einkommensschichten. Dies gilt sowohl für niedrige Einkommensschichten als auch auch für mittlere Einkommensklassen.

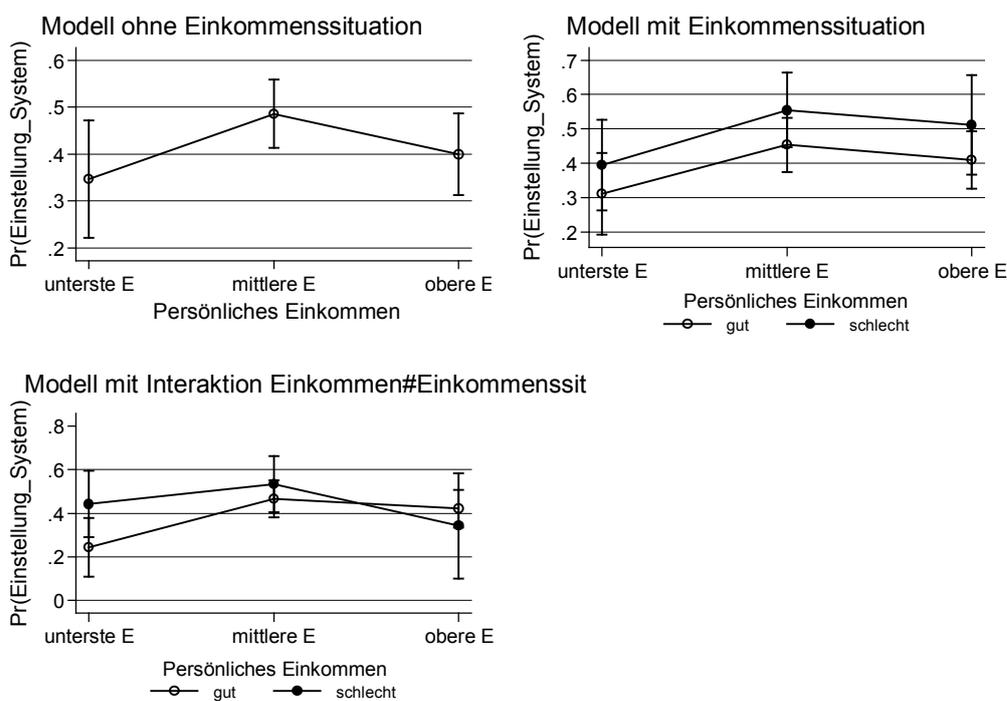
Anders ist dies bei Personen mit höherem Einkommen. Zwar mediiert, wie erwähnt, die Berücksichtigung der Interaktion die Präferenzen in die angenommene Richtung, dass wissende hohe Einkommensgruppen eher einen Wechsel zur proportionalen Besteuerung wünschen als Unwissende. Die geschätzte Wahrscheinlichkeit für Progression bleibt aber, wenn auch insignifikant, über der der Unwissenden (siehe Diagramm 8). Die Hypothese (H1), wonach uninformierte höhere Einkommensschichten progressive Lohnsteuern eher akzeptieren als informierte höhere Einkommensschichten, wird demnach abgelehnt.

Diagramm 8: Marginale Effekte in Zusammenhang mit dem Wissensstand und unterschiedlichen Einkommensniveaus



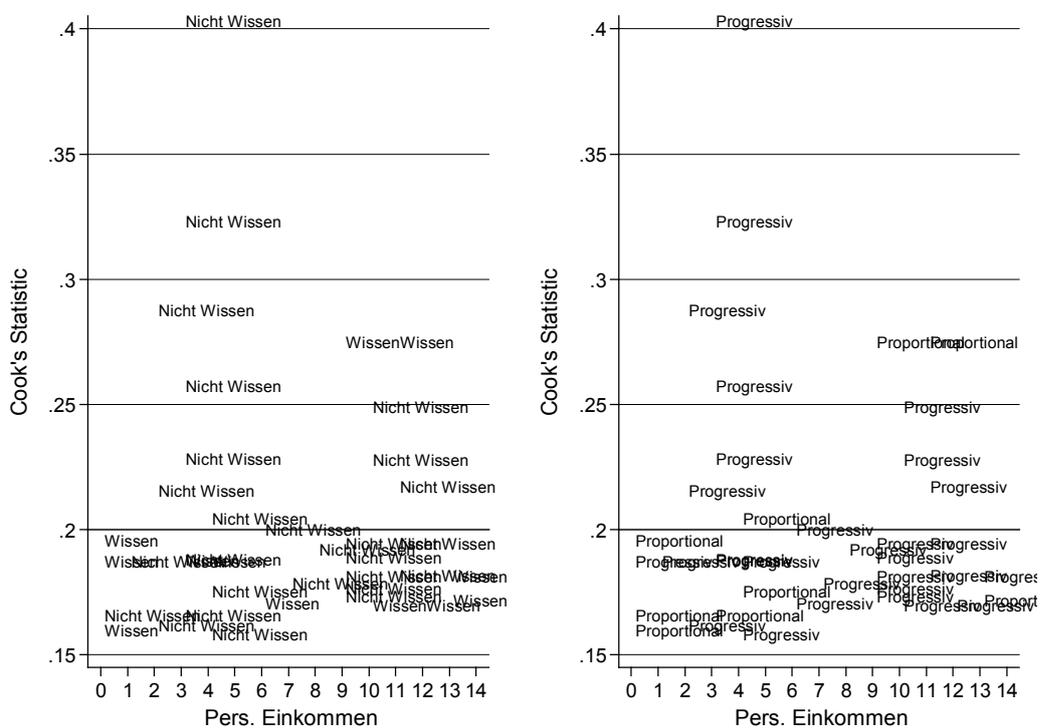
Zusätzlich zur Interaktion zwischen Steuersystemwissen und persönlichem Einkommen wurde eine Interaktion zwischen finanzieller Situation und dem Einkommen angenommen, welche die Steuereinstellung beeinflussen sollte. Reed-Artus und Sheffrin (2010) fanden heraus, dass Personen, die sich als vermögend einstufen, stärker für Umverteilung votieren als andere. Demnach wird vermutet, dass die sozialere Antwort – progressive Einkommenssteuern – von oberen Einkommensklassen häufiger gewählt wird, wenn diese ihre eigene Einkommenssituation für gut befinden. Diese Hypothese kann hier gestützt werden. So stimmen Personen, die ihre Einkommenssituation als schlecht empfinden, eher für mehr Umverteilung. Dies gilt nicht mehr bei der oberen Einkommensgruppe, wo eine subjektiv schlechte Einkommenssituation zu einer stärkeren Ablehnung von progressiven Steuern führt. Diese Unterschiede sind, im Gegensatz zu den jeweiligen Effekten, aber nicht signifikant auf einem 95-prozentigen Signifikanzniveau (siehe Tabelle 6 Model 3 und Diagramm 9). Mittlere Einkommen weisen in Bezug auf die Interaktion mit der subjektiven Einkommenssituation keinen signifikanten Unterschied auf. Da in dieser Gruppe aber Personen enthalten sind, welche von einer progressiven Einkommensstruktur finanziell profitieren, war dieses Ergebnis so zu erwarten. Kurz gesagt hohe Einkommenschichten, die sich finanziell schwach fühlen, tendieren dazu geringere Odds für Umverteilung zu haben als solche, die mit ihrer finanziellen Situation zufrieden sind.

Diagramm 9: Marginale Effekte in Zusammenhang mit der subjektiven Einkommenssituation und unterschiedlichen Einkommensniveaus



Da hier die, für gewichtete Surveys übliche, robuste Regression berechnet wurde, beeinflussen Extremfälle die Regressionsergebnisse nicht so stark wie bei einer Berechnung mit *Ordinary Least Squares* (OLS). Eine Betrachtung von Extremwerten kann aber dennoch sinnvoll sein, um mögliche Schwächen des Modells aufzuzeigen. Betrachtet man Diagramm 10, in dem die Cooks-Distanzen der Regression abgebildet sind, so fällt auf, dass bei unteren Einkommensgruppen nicht-wissende Personen die Regression beeinflussen, welche für Progression gestimmt haben. Im oberen Einkommensfeld dominieren die erwarteten Fälle: Wissende, die ein proportionales Steuersystem wählten und Nicht-wissende, welche sich für progressive Steuern ausgesprochen haben. Insbesondere die Extremfälle im unteren Einkommensabschnitt reduzieren den Einfluss der Interaktionseffekte beträchtlich und deuten darauf hin, dass eine zusätzliche Kontrolle von Fairnessvorstellungen nicht nur die Qualität der Prognose verbessern würde, sondern auch die Interaktion zwischen Steuersystemwissen und persönlichem Einkommen zusätzlich betonen würde. Aufgrund dessen denke ich, dass die Ergebnisse relativ robust gegenüber der Integration von Moral- und Fairnessvorstellungen sein müssten.

Diagramm 10: Cooks-Distanzen²⁸ der binären Regression in Bezug auf Einkommen, Wissensstand und bevorzugtem Steuersystem



Zur weiteren Kontrolle der Einflussfaktoren auf die Einstellung zum Steuersystem wurde eine multinomiale Regression berechnet, die alle Antwortkategorien berücksichtigt. Dadurch ist es

²⁸ Für die Berechnung siehe: Long und Freese (2014: 228.)

möglich genauer auf die Unterschiede zwischen der regressiven- und der proportionalen Antwortkategorie einzugehen und vor allem auch einen Blick auf den beträchtlichen Anteil an Antworten der Ausweichkategorien „Keines von diesen“ und „Weiß nicht“ zu werfen.

Der Bildungseffekt zeigt auf allen Kategorien gegenüber der AHS/BHS-Stufe ein negatives Vorzeichen im Vergleich zur progressiven Antwortkategorie (siehe Tabelle 7). Demnach spiegelt sich das andere Verhalten dieser Bildungsstufe – im Vergleich von Progression zur proportionalen Steuer – auch für die anderen Kategorien wider. Insbesondere Befragte der Lehre/BMS-Bildungsstufe wählen weniger oft die Ausweichkategorien „Keines von diesen“ oder „Weiß nicht“ und auch seltener die relativ unrealistische Kategorie „Regressiv“. Dies zeugt davon, dass keineswegs nur höher gebildete Personen eine Meinung zu Steuerfragen besitzen. Wie bereits beim Vergleich von proportionaler und progressiver Steuer zeigt sich das Bild, wonach kein einfacher linearer Zusammenhang von Bildung und Steuerwissen vorliegt.

Beim Alter gibt es kaum Widersprüche zu den vorherigen Wirkungen. Es liegt, bis auf eine Ausnahme mit einer sehr hohen Varianz und wenigen Fällen, kein signifikanter Zusammenhang zwischen Alter und Einstellung zum Einkommenssteuermodell vor. Dieses Ergebnis hält sowohl für unterschiedliche Altersgruppen als auch für eine konstant steigende Altersvariable. Ich schließe daraus, dass sich Steuersystemeinstellungen in Österreich relativ unabhängig vom Alter entwickeln.

Die Einkommensvariable hat nur im Vergleich von progressiver und proportionaler Steuer einen signifikanten Einfluss, hin zu einer stärkeren Bevorzugung von progressiven Steuern. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Wahl der Antwortkategorien „Regressiv“ und „Keines von diesen“ weniger von zweckrationalen Überlegungen geprägt waren, als dies bei der progressiven- und der proportionalen Antwortkategorie der Fall ist. Die Berechnungen stützen die These, dass Personen mit höheren Einkommen, die von der Lohnsteuer direkt betroffen sind, eher eine dezidierte Meinung über das Steuersystem äußern, als untere Einkommensgruppen.

Bei den Informationsquellen überrascht die Relevanz der Steuerberatung für die Kategorien „Regressiv“ und „Keines von diesen“. Möglicherweise ist dies einer Mischung aus hohem Einkommen und Anerkennung großer Komplexität geschuldet. Der Einfluss der Steuerberatung bedarf aber weiterer Forschung. Der leicht signifikante Koeffizient der Geschlechtervariable bei „Weiß nicht“ deutet darauf hin, dass es zwar bezüglich des bevorzugten Steuersystems keine relevanten Geschlechterunterschiede gibt, aber durch die geringere Arbeitsintegration von Frauen, diese weniger konkrete Meinungen zum Steuersystem ausbilden als Männer. Die Analyse der Wissensvariablen wird im Folgenden diese Interpretation weiter stützen.

Tabelle 7: Multinomiale Regressionstabelle der Einstellungen zum Steuersystem

VARIABLEN	(1) Prop.	(2) Prog.	(3) Reg.	(4) Keines v.d.	(5) Weiß nicht
Geschlecht, Weiblich	0.0981 (0.231)	Ref.	0.271 (0.367)	-0.133 (0.349)	0.787* (0.450)
Alter (Ref.= 18–29)					
30–45 Jahre	-0.384 (0.367)		0.160 (0.744)	-0.659 (0.479)	-0.542 (0.778)
46–59 Jahre	-0.410 (0.385)		0.454 (0.750)	-0.538 (0.496)	0.163 (0.828)
60–75 Jahre	-0.744 (0.586)		0.449 (1.181)	-2.927** (1.307)	0.174 (1.136)
Arbeitsverhältnis (Ref.= Angestellte)					
Arbeiter	-0.0280 (0.460)		0.173 (0.691)	-0.343 (0.656)	0.448 (0.685)
Staatsbedienstete	0.665** (0.314)		-0.137 (0.491)	-0.334 (0.493)	-1.441* (0.774)
Selbstständig	0.668 (0.502)		0.0423 (0.760)	-0.551 (0.734)	-0.272 (1.009)
in Pension	0.329 (0.527)		0.325 (1.054)	0.796 (1.206)	-0.224 (0.859)
nicht berufstätig	-0.195 (0.482)		0.0633 (0.831)	-0.932 (0.725)	-2.288** (1.035)
Arbeitslos	-0.269 (0.508)		-1.796 (1.209)	-1.930* (1.024)	-0.533 (0.814)
Bildung (Ref.= AHS/BHS)					
Pflichtschule	-1.410** (0.586)		-0.502 (0.622)	-1.074* (0.641)	-1.866* (1.027)
Lehre/BMS	-0.449 (0.276)		-1.051** (0.436)	-1.133*** (0.413)	-1.153* (0.615)
Akademie/Hochschule	-0.569** (0.277)		-0.714* (0.407)	-0.965** (0.412)	-1.036 (0.639)
Persönliches Einkommen (Ref.= niedriges Einkommen)					
mittleres Einkommen	-1.794*** (0.579)		-1.003 (0.928)	-0.000161 (0.903)	-2.267*** (0.791)
hohes Einkommen	-1.627*** (0.614)		-0.470 (1.013)	-0.0536 (0.925)	-2.325*** (0.898)
Wissen über Steuersystem (Ref.= Nicht-Wissen)	-1.877*** (0.537)		-1.041 (0.840)	-2.290*** (0.845)	-3.717*** (1.225)
Wissen ü. Tarifstufen (Ref.= Nicht-Wissen)	-0.611** (0.240)		-0.412 (0.387)	-0.883** (0.386)	-1.386** (0.595)
mittleres Einkommen * Wissen über Steuersystem	0.922 (0.613)		0.200 (1.002)	0.651 (0.990)	-19.83*** (1.292)
hohes Einkommen * Wissen über Steuersystem	1.104* (0.617)		-0.993 (0.991)	0.569 (0.981)	0.667 (1.715)
Einkommenssituation=schlecht	-1.029* (0.549)		-1.534 (0.975)	0.955 (0.880)	-1.004 (0.819)
Einkommenssituation=schlecht * mittleres Einkommen	0.772 (0.644)		0.519 (1.128)	-1.314 (1.026)	-0.570 (1.203)
Einkommenssituation=schlecht * hohes Einkommen	1.398* (0.816)		0.229 (1.647)	-3.203* (1.664)	1.208 (1.799)
Informationsquellen (Ref.=weniger wichtig)					
Medien	0.398* (0.228)		0.143 (0.341)	-0.613* (0.358)	-0.227 (0.400)
Steuerreform	-0.0130 (0.234)		-0.201 (0.385)	0.0821 (0.363)	0.322 (0.401)
Ausbildung	-0.841*** (0.214)		-0.504 (0.347)	-0.0355 (0.327)	-0.536 (0.452)
Arbeit	0.691*** (0.248)		0.569 (0.391)	0.147 (0.402)	-0.119 (0.536)
Steuerberatung	0.199 (0.240)		0.854** (0.361)	0.985*** (0.324)	0.308 (0.474)
Selbststudium	-0.0234 (0.233)		0.125 (0.338)	0.463 (0.354)	-0.101 (0.432)
Freunde/Bekannte	-0.282 (0.237)		-0.377 (0.333)	0.192 (0.319)	0.252 (0.445)
Konstante	2.971*** (0.716)		0.463 (0.979)	1.047 (1.099)	2.339* (1.236)
N	908				
Pseudo R-squared	0.160				

Multinomiales Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist die Wahrscheinlichkeit sich ein Steuermodell zu entscheiden. Die Referenz ist das progressive Steuermodell. Robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

6.2 Einflussfaktoren von Steuerwissen

Abschließend werden die zwei Wissensfragen auf mögliche erklärende Variablen hin untersucht. Dabei werden die Antworten binär in richtige und falsche unterteilt und eine logistische Regression berechnet.²⁹ Parallel dazu werden alle Antwortkategorien in einer multinomialen Regression eigenständig berücksichtigt, um ein besseres Verständnis über die Nuancen des Nicht-Wissens zu bekommen.³⁰

Zunächst wird deutlich, dass soziodemografische Variablen nun mehr Erklärungskraft besitzen als zuvor bei der Einstellungsfrage (siehe Tabellen 8). So wird die These gestützt, dass höhere Einkommensschichten aufgrund ihrer stärkeren direkten Betroffenheit von der Lohnsteuer auch eher über diese Bescheid wissen. Blickt man auf die Ergebnisse der multinomialen Regression, so gilt diese Aussage für beinahe alle Antwortkategorien (siehe Tabellen 9). Für mittlere Einkommensgruppen wird zwar ebenfalls jeweils eine höhere Wissenswahrscheinlichkeit prognostiziert, aber der Unterschied zu unteren Einkommensschichten ist nicht signifikant. Demnach steigt der Wissensstand mit dem Einkommen, wobei diese Tendenz bei Einkommensklassen, die besonders belastet werden, noch stärker ausgeprägt ist. Bei Frauen lässt sich zunächst in Modell 1 und 2 eine leicht gesunkene Wahrscheinlichkeit für die richtige Beantwortung der Wissensfrage feststellen. Dieser signifikante Unterschied verschwindet aber bei Inklusion der Informationsquellen. Frauen scheinen demnach schlechtere Informationsquellen häufiger zu nützen, was teilweise die schwächere Performance in den Wissensfragen erklären könnte. So nennen Frauen häufiger „Freunde/Bekannte“ als wichtige Informationsquellen. Dagegen wird in dieser Frage „Arbeit“ von deutlich weniger Frauen als Männer für wichtig befunden. Dies deutet darauf hin, dass die weiterhin geringere Arbeitsmarktintegration von Frauen der Grund dafür ist, warum Geschlechterunterschiede in Bezug auf das Steuerwissen bestehen.

²⁹ Wie bereits erwähnt werden in der Antwortkategorie „Nicht-Wissen“ alle Antworten – inklusive „Weiß nicht“ – außer der jeweilig richtigen verstanden.

³⁰ Auf eine Integration der jeweils anderen Wissensvariable wurde verzichtet. Diese ist jeweils in allen Kategorien signifikant und zeigt immer in Richtung der richtigen Antwortkategorie. Eine Berücksichtigung der Variable hat keine relevanten Einflüsse auf die hier angestellten Überlegungen.

Tabelle 8: Regressionstabelle des Wissenstands zum Steuersystem

VARIABLEN	(1) M1	(2) M2	(3) M3
Geschlecht = Weiblich	-0.361* (0.202)	-0.347* (0.205)	-0.288 (0.204)
Alter (Ref.=18–29 Jahre)			
30–45 Jahre	0.413 (0.355)	0.439 (0.359)	0.449 (0.371)
46–59 Jahre	0.653* (0.351)	0.756** (0.371)	0.749** (0.378)
60–75 Jahre	0.409 (0.543)	0.480 (0.574)	0.427 (0.583)
Bildung (Ref.=Pflichtschule)			
Lehre/BMS	0.116 (0.449)	0.0884 (0.437)	-0.0920 (0.436)
AHS/BHS	0.830* (0.475)	0.727 (0.463)	0.552 (0.469)
Akademie/Hochschule	0.758 (0.466)	0.592 (0.459)	0.381 (0.458)
Persönliches Einkommen (Ref.=niedriges Einkommen)			
Mittleres Einkommen	0.270 (0.301)	0.284 (0.314)	0.387 (0.310)
Oberes Einkommen	0.869** (0.346)	0.911** (0.361)	1.022*** (0.361)
Arbeitsverhältnis (Ref. = Angestellte)			
Arbeiter	-0.337 (0.367)	-0.369 (0.379)	-0.297 (0.382)
Staatsbedienstete	-0.633** (0.257)	-0.572** (0.253)	-0.590** (0.255)
Selbstständig	0.362 (0.384)	0.329 (0.397)	0.387 (0.390)
in Pension	0.0550 (0.498)	-0.0267 (0.499)	-0.0257 (0.499)
nicht berufstätig	0.673 (0.461)	0.733 (0.459)	0.732 (0.469)
Arbeitslos	-0.824* (0.433)	-0.764* (0.429)	-0.647 (0.422)
Haben Sie Kinder? = Nein		-0.166 (0.260)	-0.174 (0.266)
Familienstand (Ref.= ledig)			
Verheiratet		-0.151 (0.260)	-0.124 (0.269)
Verwitwet		-0.0751 (0.673)	0.0950 (0.709)
Geschieden		-0.693* (0.359)	-0.653* (0.360)
Wohngebiet (Ref.= Land)			
Kleinstadt		0.314 (0.244)	0.331 (0.246)
Großstadt		0.426* (0.228)	0.466** (0.225)
Informationsquellen (Ref=weniger wichtig)			
Medien			0.123 (0.208)
Steuerreform			-0.0998 (0.209)
Ausbildung			0.195 (0.194)
Arbeit			-0.390* (0.221)
Selbststudium			-0.00735 (0.205)
Freunde Bekannte			-0.325 (0.202)
Konstante	-1.434*** (0.501)	-1.460*** (0.540)	-1.136** (0.579)
N	906	906	906
Pseudo R-squared	0.0748	0.0834	0.0935

Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist das Wissen über das aktuelle österreichische Steuersystem (0=Nicht-Wissen 1 = Wissen). Robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Tabelle 9: Multinomiale Regressionstabelle des Steuersystemwissens

VARIABLEN	(1) Prop.	(2) Prog	(3) Reg	(4) Keines v.d.	(5) Weiß nicht
Geschlecht = Weiblich	-0.168 (0.316)		0.486* (0.273)	-0.516 (0.338)	0.941*** (0.332)
Alter (Ref.=18–29 Jahre)					
30–45 Jahre	-1.701*** (0.518)		-0.143 (0.442)	0.364 (0.709)	-0.870 (0.542)
46–59 Jahre	-1.916*** (0.525)		-0.328 (0.471)	-0.209 (0.720)	-1.261** (0.599)
60–75 Jahre	-0.668 (0.999)		-0.426 (0.688)	-0.261 (1.186)	-0.722 (0.726)
Bildung (Ref.=Pflichtschule)					
Lehre/BMS	1.480** (0.662)		-0.466 (0.504)	0.00210 (0.685)	-0.0567 (0.575)
AHS/BHS	0.113 (0.688)		-0.711 (0.534)	-0.241 (0.747)	-1.143* (0.682)
Akademie/Hochschule	0.417 (0.698)		-0.689 (0.548)	-0.432 (0.732)	-0.470 (0.605)
Persönliches Einkommen (Ref.=niedriges Einkommen)					
Mittleres Einkommen	-0.459 (0.431)		-0.282 (0.426)	-0.299 (0.558)	-0.484 (0.397)
Oberes Einkommen	-1.133** (0.510)		-0.839* (0.479)	-0.595 (0.582)	-1.632*** (0.473)
Arbeitsverhältnis (Ref. = Angestellte)					
Arbeiter	-0.209 (0.582)		0.591 (0.454)	-0.137 (0.653)	0.317 (0.531)
Staatsbedienstete	0.263 (0.438)		0.963*** (0.331)	0.364 (0.461)	0.411 (0.381)
Selbstständig	-0.282 (0.574)		-0.483 (0.527)	0.370 (0.529)	-1.778** (0.732)
in Pension	-1.180 (1.051)		0.902 (0.552)	-0.881 (1.091)	-0.197 (0.509)
nicht berufstätig	-0.263 (0.588)		-1.131* (0.642)	-0.852 (0.767)	-0.638 (0.607)
Arbeitslos	0.652 (0.609)		0.878 (0.563)	0.915 (0.689)	-0.141 (0.720)
Haben Sie Kinder? = Nein	0.00417 (0.445)		0.422 (0.311)	-0.265 (0.461)	0.334 (0.376)
Familienstand (Ref.= ledig)					
Verheiratet	0.913** (0.455)		-0.0790 (0.329)	-0.774* (0.417)	0.880** (0.409)
Verwitwet	0.847 (1.051)		-0.627 (1.029)	-21.85*** (0.707)	1.360 (0.951)
Geschieden	1.524** (0.593)		0.391 (0.463)	-0.0451 (0.619)	1.245** (0.563)
Wohngebiet (Ref.= Land)					
Kleinstadt	-0.521 (0.348)		-0.324 (0.300)	0.0598 (0.375)	-0.267 (0.354)
Großstadt	-0.775** (0.344)		-0.337 (0.290)	-0.0260 (0.353)	-0.532 (0.327)
Informationsquellen (Ref=weniger wichtig)					
Medien	-0.0419 (0.285)		-0.352 (0.261)	-0.0364 (0.319)	0.129 (0.363)
Steuerreform	-0.295 (0.315)		0.367 (0.275)	0.698** (0.326)	-0.405 (0.336)
Ausbildung	-0.719** (0.301)		-0.137 (0.261)	0.726** (0.329)	-0.477 (0.297)
Arbeit	0.995*** (0.347)		0.451* (0.267)	0.0786 (0.368)	-0.0553 (0.349)
Selbststudium	-0.159 (0.305)		0.0579 (0.251)	0.0407 (0.342)	0.132 (0.298)
Freunde Bekannte	0.703** (0.295)		-0.000373 (0.266)	0.396 (0.298)	0.440 (0.301)
Konstante	-0.752 (0.909)		-0.0945 (0.717)	-1.283 (1.138)	-0.0484 (0.811)
N	906	906	906	906	906
Pseudo R-squared	0.128	0.128	0.128	0.128	0.128

Multinomiales Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist das geschätzte österreichische Steuersystem. Die Referenz ist das progressive Steuermodell.
Robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Eine Ehe oder die Geburt eines Kindes führt zu keiner erhöhten Wahrscheinlichkeit für Steuerwissen, obwohl damit Steuererleichterungen verbunden sind, die zu einer stärkeren Beschäftigung mit dem Steuersystem animieren sollten. BewohnerInnen von Großstädten sind bei der Wissensgenerierung im Vergleich zur Landbevölkerung im Vorteil. Dieser Effekt ist aber schwer zu interpretieren; kann er doch auch aufgrund von unterschiedlichen Bildungs- oder Anstellungsstrukturen mitbeeinflusst worden sein. Um den Einfluss des Wohnortes besser verstehen zu können, wären eigene Untersuchungen notwendig.³¹

Wie sich bereits nach der deskriptiven Auswertung der Daten zu den Informationsquellen gezeigt hat, erlauben deren Bedeutungen kaum Aussagen über den Wissensstand an sich. Davon zeugt auch ein nur gering erhöhtes Pseudo R^2 . Hypothese H3, wonach unterschiedliche Steuerquellen hauptauschlaggebend für unterschiedliches Steuerwissen sind, muss abgelehnt werden. Es scheint vielmehr, dass unterschiedliche Qualitäten in den Wissensquellen für verschiedene Wissensgrade verantwortlich sind. Etwas besser gelingt es, spezifische Formen des Nicht-Wissens mithilfe von Bedeutungsunterschieden in den Informationsquellen zu erklären. So stellt sich heraus, dass die Ausbildung wiederum eher mit einer Ablehnung der proportionalen Antwortkategorie verbunden ist, wohingegen Arbeit als Informationsquelle eher für die Wahl dieses Steuersystems spricht.

Beim Wissen über die Wirkungsweise von Steuertarifen zeigen sich dominante Einflüsse von Geschlecht, Alter und Bildung, welche alleine bereits ein relativ gutes Modell über die richtige Einschätzung von Steuertarifen liefern können. Die Wirkungsweisen dieser Regressoren lassen sich relativ kurz zusammenfassen: (1) Frauen haben höhere Odds, die Wirkung der Grenzsteuersätze nicht zu kennen, (2) je älter man ist, desto höher sind die Odds, Wissen über die Wirkungsweise von Tarifstufen zu besitzen und (3) je höher der eigene Bildungsgrad ist, desto höher sind die Odds, die Wirkung von Tarifstufen richtig einzuschätzen. Erstaunlich erscheint es zunächst, dass die deutlich bessere Einschätzung der Wirkung des Grenzsteuersatzes bei Personen der oberen Einkommensstufe, die im deskriptiven Teil hervorgehoben wurde, zu keinem signifikanten Einfluss in den Regressionen führt. Als Grund dafür können Interkorrelationseffekte mit der Alters- und der Bildungsvariable ausgemacht werden. Nimmt man bereits eine dieser zwei Variablen aus dem Modell, so wird der obere Einkommensdummy hoch signifikant.

Die Hypothese (H5), wonach ein Großteil der Bevölkerung nur ungenügend über Tarifstufen Bescheid weiß und der Grenzsteuersatz irrtümlicherweise eher als Durchschnittssteuersatz interpretiert wird, kann demnach nicht abgelehnt werden. Es bleibt aber unklar, ob der angenommene zugrundeliegende Effekt, die Vertrautheit mit der Steuerbelastung, gut genug über

³¹ Die im Zuge von PISA 2012 & 2015 durchgeführten *financial literacy*-Studien gehen bereits in diese Richtung.

die Höhe des Einkommens modelliert werden kann. Die Variablen Geschlecht (Art der Arbeitsmarktintegration), Alter (Dauer der Arbeitsmarktintegration) und Bildung (stärkere mathematische Ausbildung) scheinen diesen Zusammenhang besser abzubilden.

Wiederum zeigt sich, dass keineswegs gesagt werden kann, dass eine Ehe oder die Geburt eines oder mehrerer Kinder zu einem verbesserten Steuerwissen führt. Die Wirkung steuerpolitischer Maßnahmen – in Bezug auf Familienpolitik – bedarf einer eigenen Untersuchung, kann aber hier zumindest zum Teil angezweifelt werden. Die Präferenz der Informationen von „Freunden und Bekannten“ führt wiederum zu schlechteren Odds in Bezug auf das Wissen. Die Relevanz des „Eigenstudiums“ könnte darauf hindeuten, dass die Wirkungsweise von Tarifstufen in der Öffentlichkeit relativ wenig präsent ist. Grundsätzlich bestätigt sich das Bild, wonach vor allem schlecht ausgebildete junge Personen, und damit auch eher untere Einkommensschichten, die Wirkungsweise von Steuergrenzen sichtlich überschätzen.

In Bezug auf die Einschätzungen zur fairen Höhe der Steuerbelastung ermöglichen diese Erkenntnisse ein besseres Verständnis darüber, warum die Steuerbelastung von höheren Einkommen unterschätzt wird, wogegen sie von unteren Einkommen überschätzt wird. Eine „Grenzwertillusion“ konnte hier als Mitgrund festgestellt werden. Durch diese wird die Belastungswirkung von Grenzsteuersätzen, etwa durch eine Interpretation als Durchschnittssteuersatz, klar überbewertet. In diesem Sinn werden auch die Steuersätze von oberen Einkommen als relativ fair angesehen, währenddessen Umfragen nach, die Besteuerung von unteren Einkommen als zu hoch angesehen wird (Blaufus et al. 2013a; Reed-Artus und Sheffrin 2010). Die „Grenzwertillusion“ wirkt damit der Nutzenmaximierung der höheren Einkommensschicht bei Kenntnis über das Steuersystem entgegen, da sie zu einer Unterschätzung der aktuellen Progression führt. *Fiscal illusion* führt demnach nicht einfach zu einer Schwächung der Diskursposition unterer Einkommensgruppen, sondern beinhaltet ebenfalls Effekte, die dazu führen können, dass mehr Umverteilung nach unten gewünscht wird. Demnach kann nicht garantiert werden, dass eine Erhöhung des Wissensstandes in der Bevölkerung automatisch zu einer stärkeren Bevorzugung des progressiven Einkommenssteuermodells führen wird. Vielmehr lösen verschiedene Informationen bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen jeweils andere Präferenzen aus.

Tabelle 10: Regressionstabelle des Wissenstandes zur Wirkungsweise von Steuertarifen

VARIABLEN	M1	M2	M3
Geschlecht = Weiblich	-1.024*** (0.251)	-1.013*** (0.245)	-0.813*** (0.253)
Alter (Ref.=18–29 Jahre)			
30–45 Jahre	0.726* (0.402)	0.998** (0.432)	1.089** (0.449)
46–59 Jahre	1.376*** (0.409)	1.803*** (0.464)	1.953*** (0.480)
60–75 Jahre	1.912*** (0.662)	2.441*** (0.714)	2.688*** (0.683)
Bildung (Ref.=Pflichtschule)			
Lehre/BMS	0.808 (0.642)	0.856 (0.647)	0.804 (0.628)
AHS/BHS	1.761*** (0.599)	1.823*** (0.593)	1.794*** (0.580)
Akademie/Hochschule	1.866*** (0.594)	1.935*** (0.587)	1.841*** (0.580)
Persönliches Einkommen (Ref.=niedriges Einkommen)			
Mittleres Einkommen	0.218 (0.498)	0.292 (0.451)	0.207 (0.433)
Oberes Einkommen	0.384 (0.541)	0.437 (0.487)	0.266 (0.479)
Arbeitsverhältnis (Ref. = Angestellte)			
Arbeiter	-0.585 (0.520)	-0.672 (0.542)	-0.499 (0.580)
Staatsbedienstete	-0.651** (0.272)	-0.612** (0.279)	-0.654** (0.287)
Selbstständig	-0.114 (0.373)	-0.171 (0.378)	-0.0176 (0.376)
in Pension	-0.837 (0.626)	-0.807 (0.631)	-0.829 (0.568)
nicht berufstätig	0.540 (0.541)	0.555 (0.510)	0.463 (0.496)
Arbeitslos	-0.294 (0.477)	-0.461 (0.484)	-0.474 (0.477)
Haben Sie Kinder? = Nein		-0.133 (0.262)	-0.142 (0.264)
Familienstand (Ref.= ledig)			
Verheiratet		-0.819*** (0.264)	-0.883*** (0.273)
Verwitwet		-1.220 (0.892)	-1.325 (0.912)
Geschieden		-0.453 (0.377)	-0.371 (0.384)
Wohngebiet (Ref.= Land)			
Kleinstadt		-0.145 (0.236)	-0.0565 (0.237)
Großstadt		-0.119 (0.244)	-0.0507 (0.242)
Informationsquellen (Ref=weniger wichtig)			
Medien			-0.140 (0.228)
Steuerreform			-0.190 (0.229)
Ausbildung			0.0952 (0.216)
Arbeit			-0.0243 (0.229)
Steuerberatung			-0.354 (0.244)
Selbststudium			0.844*** (0.219)
Freunde Bekannte			-0.628*** (0.243)
Konstante	-2.960*** (0.714)	-2.790*** (0.738)	-2.830*** (0.745)
N	906	906	906
Pseudo R-squared	0.126	0.139	0.174

Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist die das Wissen über die Funktionsweise von Tarifstufen (0=Nicht-Wissen 1 = Wissen). Robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Tabelle 11: Multinomiale Regressionstabelle der Wirkungsweise von Steuertarifen

VARIABLEN	=	<	>	Keines v.d.	Weiß nicht
Geschlecht = Weiblich	0.675** (0.269)	Ref.	0.0829 (0.368)	0.0952 (0.443)	1.500*** (0.316)
Alter (Ref.=18-29 Jahre)					
30-45 Jahre	-0.982** (0.488)		-1.813*** (0.623)	-1.297* (0.736)	-0.967* (0.529)
46-59 Jahre	-2.067*** (0.525)		-1.964*** (0.674)	-2.220*** (0.793)	-1.762*** (0.562)
60-75 Jahre	-2.396*** (0.767)		-2.672*** (0.972)	-3.713*** (1.044)	-2.992*** (0.807)
Bildung (Ref.=Pflichtschule)					
Lehre/BMS	-0.877 (0.665)		0.189 (0.844)	-2.105*** (0.726)	-0.211 (0.714)
AHS/BHS	-1.706*** (0.637)		-0.502 (0.839)	-3.105*** (0.763)	-1.721** (0.747)
Akademie/Hochschule	-1.743*** (0.633)		-1.418 (0.914)	-3.350*** (0.780)	-1.312* (0.718)
Persönliches Einkommen (Ref.=niedriges Einkommen)					
Mittleres Einkommen	0.0577 (0.469)		-0.419 (0.598)	-0.483 (0.616)	-0.312 (0.462)
Oberes Einkommen	-0.0379 (0.517)		-0.249 (0.683)	-0.550 (0.729)	-0.505 (0.523)
Arbeitsverhältnis (Ref. = Angestellte)					
Arbeiter	0.0936 (0.637)		0.661 (0.701)	-0.00758 (0.899)	0.889 (0.630)
Staatsbedienstete	0.555 (0.355)		0.742 (0.477)	0.860 (0.738)	0.732** (0.351)
Selbstständig	0.302 (0.426)		-0.809 (0.673)	0.322 (0.837)	-0.122 (0.523)
in Pension	0.508 (0.642)		0.0848 (0.769)	2.052** (0.920)	1.364** (0.653)
nicht berufstätig	-0.746 (0.584)		-0.784 (0.749)	-0.106 (0.917)	-0.0797 (0.566)
Arbeitslos	0.464 (0.541)		0.293 (0.781)	1.545** (0.717)	0.103 (0.684)
Haben Sie Kinder? = Nein	0.213 (0.295)		-0.550 (0.479)	-0.265 (0.712)	0.534 (0.348)
Familienstand (Ref.= ledig)					
Verheiratet	1.052*** (0.314)		0.860** (0.417)	-0.00317 (0.670)	0.869** (0.371)
Verwitwet	1.291 (0.997)		1.756 (1.328)	1.348 (1.412)	1.206 (1.004)
Geschieden	0.405 (0.493)		-0.301 (0.640)	-0.0267 (0.847)	0.625 (0.477)
Wohngebiet (Ref.= Land)					
Kleinstadt	0.278 (0.279)		0.0246 (0.332)	0.0877 (0.548)	-0.246 (0.303)
Großstadt	0.312 (0.276)		0.0968 (0.344)	0.152 (0.500)	-0.354 (0.317)
Informationsquellen (Ref=weniger wichtig)					
Medien	0.134 (0.256)		0.343 (0.370)	-0.347 (0.489)	0.248 (0.301)
Steuerreform	0.242 (0.255)		-0.0187 (0.378)	1.378*** (0.482)	-0.167 (0.293)
Ausbildung	0.169 (0.247)		-0.772** (0.345)	-0.161 (0.455)	-0.187 (0.271)
Arbeit	-0.0204 (0.265)		-0.191 (0.352)	0.231 (0.573)	0.142 (0.298)
Steuerberatung	0.276 (0.260)		0.937*** (0.341)	0.756 (0.493)	-0.00286 (0.299)
Selbststudium	-0.738*** (0.244)		-0.728** (0.310)	-0.818 (0.501)	-1.016*** (0.272)
Freunde Bekannte	0.417 (0.272)		1.480*** (0.348)	0.590 (0.447)	0.571* (0.293)
Konstante	1.597* (0.838)		0.557 (1.163)	1.991* (1.117)	1.055 (0.850)
N	906	906	906	906	906
Pseudo R-squared	0.157	0.157	0.157	0.157	0.157

Multinomiales Logit Modell (gewichtet). Die abhängige Variable ist die geschätzte Wirkungsweise von Steuertarifen. Die Referenz ist die (richtige) Antwort kleiner als der Grenzsteuersatz. Robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

7. Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Diese Masterarbeit hat gezeigt, warum Steuern mehr denn je gute „Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes“ (Schumpeter 1918: 7) darstellen. Nicht nur die Ausgabenseite des Wohlfahrtsstaates ist soziologisch fruchtbar zu untersuchen, sondern auch die Einnahmeseite. Im Zentrum der Untersuchung stand nicht die objektive Steuerbelastung, sondern das Bild, das sich die Bevölkerung von dessen Strukturen und Funktionen macht. Einen konstruktivistischen Standpunkt einnehmend, geht es also in erster Linie um *Steuerwahrnehmungen*. Die Arbeit folgte damit der neueren finanzsoziologischen Forschung, für die „Steuersichtweisen“ und der „Sozialvertrag der Besteuerung“ die zentralen Forschungsgegenstände darstellen (Leroy 2008; Martin et al. 2009). Insbesondere bei Leroy (2008) wird darauf hingewiesen, dass ein höherer Wissensstand der Bevölkerung über Steuerfragen wichtig wäre, um zu einem tatsächlich politisch legitimierten Steuersystem zu finden. Mit dieser Zielvorstellung im Auge wurde hier danach gefragt, wie die Bevölkerung in Österreich aktuell Steuern sieht, wie informiert diese Ansichten sind und woher diese Informationen kommen. Einen Schritt weiter gedacht geht es demnach um die Frage, ob und wie sehr sich unterschiedliche soziale Gruppen an einer solchen Debatte um die politische Legimitation der Steuern beteiligen können.

Es wurde die These aufgestellt, wonach das jeweilige Steuerwissen einen entscheidenden Einfluss auf die Steuerwahrnehmung und damit auch auf mögliche Steuerpräferenzen hat. Auf diese Weise wurde zum einen wirtschaftspsychologischen Überlegungen über den Zusammenhang von Steuereinstellungen und Wissensbeständen gefolgt. Zum anderen wurde Anschluss an Überlegungen der *public finance* gesucht, die seit Langem von einem Informationsdefizit der Bevölkerung in Steuerfragen ausgeht (*fiscal illusion*). Im Anschluss an diese theoretischen Überlegungen wurden Hypothesen über den spezifischen Zusammenhang von Wissen, Steuern und vor allem Einkommen formuliert und diese in den jeweiligen empirischen Forschungsstand eingebettet.

Wissen ist ein schwierig zu messender Gegenstand in der Umfrageforschung. Diese Arbeit stellte sich diesem Messproblem und hat durch die Wahl von Steuersystemfragen versucht, einem Großteil der Validitäts- und Reliabilitätsprobleme der bisherigen Forschung auszuweichen. Die gewählten Fragestellungen haben den Vorteil, dass sie, ohne Einkommensgruppen zu nennen, Aussagen über die jeweiligen Verteilungspräferenzen ermöglichen. Die zentrale Annahme der Studie war es, dass nutzenmaximierende Entscheidungsheuristiken bei der Wahl des bevorzugten Steuersystems eine Rolle spielen. Die Einkommenssteuer wurde aufgrund ihrer hohen Präsenz als direkte Steuer und wegen ihrer Bedeutung für das österreichische Finanzsystem ausgewählt. Demnach sollten hier nutzenmaximierende Überlegungen am deutlichsten hervortreten, wie von

anderer Seite auch schon betont wurde (Campbell 2009). Aufgrund dieses Forschungsinteresses wurden vier Steuerfragen erstellt, die versuchen die Steuersystempräferenz, das Steuersystemwissen, Wissen über die Funktion von Tarifstufen und die Bedeutung von unterschiedlichen Informationsquellen zu messen. Bei der durchgeführten Webbefragung nahmen etwa 1.000 Personen teil. Durch das spezielle Umfragedesign in Zusammenhang mit der Stichprobenziehung über den Mikrozensus konnte ein hoher Qualitätsstandard gewährleistet werden.

Die deskriptive Auswertung der Daten konnte zeigen, dass die progressive Besteuerung nur von etwa einem Drittel der österreichischen Bevölkerung bevorzugt wird. Die Besteuerung mit einem einheitlichen Steuersatz findet dagegen stärkeren Zuspruch. Diese Resultate müssen aber, aufgrund von „Labeling“-Problemen und einer möglichen ad hoc Meinungsbildung, differenzierter betrachtet werden (Kiesewetter et al. 2010; Keene 1983). In dieser Arbeit wurde dies durch die Inklusion der Wissensdimension ermöglicht. So hängt die Wissenslücke in der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf das aktuell vorherrschende Einkommenssteuersystem eng mit einer stärkeren Ablehnung der progressiven Einkommensbesteuerung zusammen. Wie angenommen, hat demnach Steuerwissen einen starken Einfluss auf die Wahl des bevorzugten Steuersystems.

Insgesamt ist die Unbeliebtheit des aktuellen Steuersystems aber nicht einfach durch eine Präferenz eines anderen Steuersystems erklärbar, sondern insbesondere von der Unsicherheit in der Bevölkerung über Belastung und Umverteilung durch die aktuelle Besteuerung geprägt. So bevorzugt ein beachtlicher Anteil an Personen ein proportionales Steuersystem, weil fälschlicherweise gedacht wird, dass dies zu einer progressiveren Lastenverteilung führen würde. Mit Kenntnis der Steuerwahrnehmungen der Personen wird deutlich, dass Präferenzen ausgedrückt werden, je nachdem, wie Personen ihren Wünschen und Befürchtungen Ausdruck verleihen können. Die Daten zeigten einen relativ linearen Zusammenhang zwischen steigendem Einkommen und höherem Steuerwissen auf. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Gruppe der Niedrigverdienenden in der öffentlichen Diskussion um Steuerreformen nicht so sehr von der eigenen Steuerlast als vielmehr von Steuerwahrnehmungen geprägt ist und demnach auch anfälliger für populistische Meldungen ist. Auch wenn diese nur wenig mit der Realität des österreichischen Steuersystems zu tun haben. Zusätzlich drücken Niedrigverdienende ihre Präferenzen eher unklar oder sogar falsch aus, was ihre Position im öffentlichen Diskurs um Steuerreformen schwächt und anfällig für Missbrauch macht.

Die Interaktion zwischen Einkommenshöhe und Steuerwissen stand auch im Zentrum der analytischen Betrachtung des bevorzugten Steuersystems. So wurde in den Hypothesen davon ausgegangen, dass Personen, die über die Funktionsweise des österreichischen Steuersystems

Bescheid wissen, eher individuell nutzenmaximierende Positionen einnehmen, als diejenigen, die dies nicht wissen. Bei der Betrachtung der Einstellungen unterschiedlicher Einkommensgruppen zeigten sich zum Großteil die erwarteten Zusammenhänge. So gab es große Indifferenz in den unteren Einkommensklassen, die womöglich aufgrund des Freibetrags nicht genau über die Interessenslage entscheiden können, und bei denen die Unsicherheit über das eigene Steueraufkommen besonders groß ist. Die Gruppe der nicht-wissenden Niedrigverdienenden ist etwa diejenige mit der höchsten Wahrscheinlichkeit für proportionale Steuern zu stimmen. Informierte untere Einkommensschichten lehnen dagegen proportionale Steuern signifikant stärker ab. Dies gilt auch für mittlere Einkommensklassen. Damit konnte für diese Einkommensgruppen die angenommene, stärkere Favorisierung der individuell nutzenmaximierenden Positionen bei denjenigen, die eine Vorstellung darüber haben, wie in Österreich besteuert wird, gefunden werden.

Nur geringfügig niedriger ist die Wahrscheinlichkeit für hohe Einkommensklassen progressive Steuern zu wählen. Das ist von einer nutzenmaximierenden Position her betrachtet überraschend. Die Berücksichtigung der Interaktion mediiert zwar die Präferenzen in die angenommene Richtung, sodass wissende hohe Einkommensgruppen eher einen Wechsel zur proportionalen Besteuerung wünschen als unwissende. Die geschätzte Wahrscheinlichkeit für Progression bleibt aber, wenn auch insignifikant, über der der unwissenden. Die Hypothese, dass uninformierte höhere Einkommensschichten stärker progressive Lohnsteuern akzeptieren als informierte höhere Einkommensschichten, wurde demnach abgelehnt. Die Interaktion zwischen subjektiver Einkommenssituation und persönlichem Einkommen, die besagt, dass hohe Einkommensschichten, die sich finanziell schwach fühlen, eher dazu tendieren sich stärker gegen Umverteilung auszusprechen, sowie die Untersuchung der Extremfälle der Regression deuten aber darauf hin, dass individuell-nutzenmaximierende Überlegungen stärker von Bedeutung sind, als hier abgebildet werden konnte. Weitere Untersuchungen wären notwendig, um auf Fairness- und Normvorstellungen kontrollieren zu können und ihre Verbindung mit Steuerwissen zu analysieren.

Bei wichtigen soziodemografischen Variablen konnten zahlreiche Nebenhypothesen nicht abgelehnt werden. So hat sich gezeigt, dass das Geschlecht keine Auswirkung auf das bevorzugte Steuersystem hat. Bei den Steuerwissensfragen hingegen wählen Frauen weniger oft die richtigen Antworten als Männer, was Ergebnisse der bisherigen Forschung auch für Österreich aufzeigt (Alarcón-García et al. 2015). Frauen scheinen zudem schlechtere Informationsquellen häufiger zu nützen, was teilweise die schwächere Performance in den Wissensfragen erklärt. Dies könnte mit einer geringeren Arbeitsmarktintegration zu tun haben, da die Wahl der Informationsquellen auf dies hindeuten scheint. Steuersystemeinstellungen sind in Österreich wohl relativ unabhängig

vom Alter der Person. Beim Steuerwissen deuten Teile der Ergebnisse darauf hin, dass insbesondere die jüngste Altersgruppe (bis 30) ein schwächeres Steuerwissen aufweist als ältere, was auf die Bedeutung der Arbeitserfahrung (oder Lohnsteuererfahrung) für das Steuerwissen hindeutet. Die Einstellungsposition ist relativ unabhängig von der Situation und der beruflichen Stellung der Person. So sind nur eine Ablehnung der Progression von Staatsbediensteten und eine Bevorzugung der proportionalen Steuer von Selbständigen, die zum Teil durch unterschiedliche Informationsquellen mitbeeinflusst wird, feststellbar.

Insgesamt zeigte sich, dass Steuereinstellungen kaum über soziodemografische Variablen erklärbar sind, diese aber an Erklärungskraft gewinnen, sobald der Informationsstand mitberücksichtigt wurde. Damit wurde die Hypothese gestützt, wonach Bildung kaum Varianzen in dem präferierten Steuersystem erklären kann. Erst durch die Integration der Wissensfragen zeigt sich ein Unterschied der AHS/BHS-AbsolventInnen, (sie gaben etwa die progressive Steuer am seltensten als bevorzugtes Modell an) im Vergleich zu anderen Bildungsstufen. Damit scheint kein einfacher linearer Zusammenhang von Bildung und Steuerwissen in Österreich vorzuliegen. Eine weiterführende Frage für zukünftige Forschungen zum Thema wäre etwa, inwieweit bei der Bedeutung der AHS/BHS-Stufe nicht so sehr die Ausbildung an sich eine Rolle spielt, sondern die unterschiedlichen Branchen, in denen Personen mit dieser höchsten abgeschlossenen Schulbildung tätig sind.

Mehr Bedeutung haben soziodemografische Variablen beim Steuerwissen. Besonders stark ist dies bei der Frage nach der Funktion des Grenzsteuersatzes der Fall, wo Frauen, Alter und Bildungsgrad den Wissensstand relativ gut erklären können. Darüber hinaus konnte die Dominanz einer „Grenzwertillusion“ festgestellt werden, bei der die Belastungswirkung von Grenzsteuersätzen, etwa durch eine Interpretation als Durchschnittssteuersatz, klar überbewertet wird. Diese Erkenntnisse ermöglichen ein besseres Verständnis darüber, warum die Einkommenssteuerbelastung bei höheren Einkommen unterschätzt wird, wogegen sie bei unteren Einkommen überschätzt wird (Blaufus et al. 2013a; Reed-Artus und Sheffrin 2010).

Die subjektiven Bedeutungen der Informationsquellen ermöglichen kaum Aussagen über den Wissensstand an sich. Demnach reicht es nicht, wie angenommen, davon auszugehen, dass unterschiedliche Steuerquellen hauptauschlaggebend für das unterschiedliche Verständnis von Steuerfragen sind, sondern vielmehr sind es wohl die unterschiedlichen Qualitäten in den Wissensquellen. Bisherige Forschungen stützend konnte aber festgestellt werden, dass Personen, die angeben mehrere Wissensquellen zu nützen, kein besseres Verständnis bei der Steuersystemfrage aufweisen (Krueger 2004: 49; Jerit und Barabas 2006). Subjektiv empfundene Wissensdiversifizierung führt demnach nicht zu einem höheren Wissen über das Steuersystem,

reduziert aber die Wahrscheinlichkeit dafür, eine Ausweichkategorie auszuwählen. Personen, die ihr Wissen höher und quellenreicher einschätzen, generieren also nicht unbedingt mehr Wissen, sondern werden sicherer in ihren teilweise falschen Meinungen zur Funktion der Einkommenssteuer.

Das von den frühen Finanzsoziologen prophezeite Auseinanderdriften von „Wunsch und Wirklichkeit“ bekommt durch diese Arbeit ein neu interpretiertes empirisches Gegenstück. War es bei Goldscheid (1917) noch der auf lange Sicht unmögliche Gegensatz von verarmten Staat und drückender Umverteilungsnot, zeigt sich hier ein Gegensatz zwischen informiertem und auf verschiedenen Arten falsch informiertem Steuerwunsch. Aufgrund des festgestellten Zusammenhangs von höherem Wissensanteil bei steigendem Einkommen führt dies zu unterschiedlichen Machtpositionen im öffentlichen Diskurs um Steuerthemen. Ein Umstand, der besonders bedenklich ist, da von der Abstinenz individuell nutzenmaximierender Positionen in Bezug auf Steuereinstellungen, wie gezeigt wurde, nicht auszugehen ist.

8. Fazit: Steuern und Umfrageforschung; „Rational Choice“ und Gerechtigkeitsvorstellungen – erste Ansätze und mögliche zukünftige Forschungswege

Diese Arbeit fokussiert nur auf einen Teilbereich der noch jungen Forschung zur Soziologie des ökonomischen Wissens. Durch die Wahl einer Umfrage als Erhebungsmethode und den Fokus auf Steuerwahrnehmungen und -einstellungen wurde bewusst versucht auch den steuerlich nicht direkt handlungsaktiven Teil der Bevölkerung in die Untersuchung miteinzubeziehen. Dieser wurde in der Wirtschaftspsychologie durch den Fokus auf Compliance-Fragen und Laborexperimenten bisher vernachlässigt. Steuerfragen sind zwar aufgrund ihrer Komplexität nur schwer in große Umfragen einzubauen, wo die Aufmerksamkeitsspanne der Befragten oft gering ist und viel Raum für Missverständnisse vorhanden ist. Dennoch kann die Inklusion solcher Fragen fruchtbar sein, wenn Ausweichmöglichkeiten („Weiß nicht“ oder ähnliches) gegeben sind und Folgefragen über mögliche Antwortheuristiken (wie hier die Wissensfragen) gestellt werden. Nichtsdestoweniger wäre weitere Forschung notwendig, um die Fragequalität zu verbessern und valide reliable Steuerwissensskalen zu erhalten, die zukünftige Studien untereinander vergleichbarer machen. Insbesondere sollte an einer weiteren Komplexitätsreduktion der Fragestellungen gearbeitet werden, um so den Anteil an Personen, die eine Ausweichkategorie wählen, weiter zu reduzieren. So gilt es bei Fragen mit einem hohen Anteil der Antworten bei den Ausweichkategorien Folgefragen zu stellen und damit zu versuchen dieses Ausweichen der Befragten zu erklären. Ein bescheidener Anfang stellt die Wissensfrage zum Steuersystem in dieser Arbeit dar. Durch diese konnte der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten in der Einstellungsfrage zu einem großen Teil auf

die Unkenntnis über die Funktion des aktuellen Steuersystems zurückgeführt werden. Darüber hinaus braucht es eine Dimensionserweiterung der Wissensfragen. So wurde hier auf allgemeines Steuerwissen fokussiert, jedoch scheinen aber auch Wissen über Verfahrensgerechtigkeit oder Strafen direkte Einflüsse auf Steuereinstellungen zu haben. Hier wäre weitere Forschung notwendig, die verschiedene Steuerwissensarten und ihre Einflüsse untersucht.

Eine zusätzliche Komplexitätssteigerung ergibt sich durch die Betrachtung unterschiedlicher Steuerarten. In Österreich wird zwar etwa ein Drittel der Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer lukriert, diese ist aber nur ein Teil eines größeren Steuersystems, wobei jeweils andere Steuerarten auch unterschiedliche Belastungsverteilungen aufweisen. So gleicht die progressive Einkommenssteuer zum Teil nur die regressive Wirkung der indirekten Besteuerung (vor allem durch die Mehrwertsteuer) aus. Erst durch aktive Fördermaßnahmen, wie etwa dem Arbeitslosengeld und der Mindestsicherung, kommt es in Österreich zu einer Einkommensumverteilung nach unten (Guger 2009: 328ff). Verschiedene Verteilungspräferenzen können demnach auch durch die Betonung unterschiedlicher Steuerarten ausgedrückt werden. So werden indirekte Steuern nicht nur aufgrund ihres unscheinbareren Charakters in Umfragen immer wieder bevorzugt, sondern auch wegen ihrer vermeintlich egalitäreren Lastenverteilung (Beedle und Taylor-Gooby 1983: 25). Wie dargestellt ist der österreichischen Bevölkerung bereits die progressive Wirkung der Einkommenssteuer nicht unbedingt bewusst. Die regressive Wirkung der meisten indirekten Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, dürfte aber noch unbekannter sein. Eine ähnliche Wirkung hat die Sozialversicherung. Demnach ist die Notwendigkeit einer progressiven Besteuerung für eine ausgleichende Belastung aller Einkommensklassen wohl nur den wenigsten bekannt. So kann es sein, dass Personen, die eine gleiche durchschnittliche Steuerbelastung für alle EinkommensbezieherInnen wünschen (und damit in diesem Punkt die gleiche Gerechtigkeitsvorstellung haben), entweder für eine proportionale Einkommenssteuer votieren, wenn sie die Lasten der indirekten Steuer für gleichverteilt halten, oder für eine progressive Einkommenssteuer stimmen, wenn sie wissen, dass indirekte Steuern regressiv wirken. Diese Ausführungen machen deutlich, dass Wissen nicht nur unterschiedliche Grade der individuellen Nutzenmaximierung ermöglicht, sondern auch die Wirkung von Gerechtigkeitsvorstellungen stark beeinflusst.

Wie lassen sich nun die Ergebnisse dieser Masterarbeit mit Forschungen zu Normen und Gerechtigkeitsvorstellungen verbinden und welche Fragen werden dadurch aufgeworfen? Zunächst scheint die festgestellte „Grenzwertillusion“ die erwähnte *Cambridge Rule* neuerlich zu bestätigen: „[...] [T]he rich should pay more taxation than they think, while the poor should think they pay more taxation than they do“ (Dalton 1954: 34). Durch die „Grenzwertillusion“ wird die

Belastungswirkung von Grenzsteuersätzen, etwa durch eine Interpretation als Durchschnittssteuersatz, klar überbewertet. Dies kann ein möglicher Grund dafür sein, warum die Steuersätze von oberen Einkommen als relativ fair angesehen werden, währenddessen die Beiträge unterer Einkommen eher als zu hoch eingeschätzt werden. *Fiscal illusion* führt demnach, wie erwähnt, nicht einfach zu einer Schwächung der Diskursposition unterer Einkommensgruppen, sondern beinhaltet ebenfalls Effekte, die dazu führen können, dass die Steuerbelastungen unterer Einkommensgruppen überschätzt werden. Versucht man diese Zusammenhänge in die Gerechtigkeitstypologie von Wenzel (2004) einzuordnen, scheint damit bei Fragen nach fairen Steuerlasten die „Distributionsgerechtigkeit“ im Vordergrund zu stehen.

In Bezug auf Steuersichtweisen spielen aber nicht nur Fragen der Steuerbelastung eine Rolle, sondern auch die gewünschte Umverteilung. Betont man diese Dimension, scheint die Meinung zu dominieren, dass gesamtsteuerlich betrachtet von der eigenen Position wegverteilt wird (Beedle und Taylor-Gooby 1983: 36f.). Der Grund, warum untere Einkommensgruppen denken, dass – trotz Progression – von ihnen wegverteilt wird, scheint in erster Linie im Zweifel an der Zahlungsmoral oberer Einkommensgruppen zu liegen, wie es etwa Slemrod (2006) hervorhebt.³² Diese Unterschiede ähneln dem erwähnten Paradoxon, wonach ein Großteil der Personen in Umfragen angibt, dass obere Einkommensklassen zu wenig an Steuern zahlen und dennoch eher regressivere Steuern gewünscht werden (Slemrod 2006: 58). Hier wurde ebenfalls betont, dass starkes Misstrauen über die „wahren“ Einkommenssteuersätze höherer Einkommensklassen vorherrscht, und die Rolle von Steuerbetrug in höheren Einkommensklassen tendenziell überbewertet wird. Nach den Überlegungen von (Wenzel 2004) spielen also auch „Verfahrens- und Restaurationsgerechtigkeit“ eine entscheidende Rolle. Demnach wäre es wichtig zukünftig stärker Fragen nach dem Vertrauen in den Staat und seine Behörden in die Untersuchungen miteinzubeziehen.

In dieser Studie erhöhte das Wissen die Zustimmung zur Progression in allen Einkommenskategorien deutlich, auch wenn dies teilweise durch Einkommenseffekte gemildert wurde. Einzelne Studien deuten auf einen positiven Zusammenhang zwischen Fairnesseinschätzungen der progressiven Einkommenssteuer und höherem Steuerwissen hin (Fallan 1999). Dies könnte ein Grund dafür sein, warum der Interaktionseffekt zwischen Einkommen und Steuersystemwissen bei unteren Einkommensgruppen deutlicher hervortritt als bei oberen. So könnte es der Fall sein, dass durch die aktuelle Struktur des Steuersystems bei Wissenden eher die „Kollektivgutperspektive“ angesprochen wird als die

³² Inwieweit hier auch die spürbar stärkere Belastung indirekter Besteuerung bei unteren Einkommensgruppen eine Rolle spielt, die von Schmolders (1959) betont wurde, bleibt noch zu untersuchen.

„Gegenleistungsperspektive“. Dementsprechend geringer ist der nutzenmaximierende Effekt bei höheren Einkommen anzunehmen, da der Einfluss des Gerechtigkeitsverständnisses genau entgegengesetzt wirkt. Ein zukünftiges Forschungsvorhaben könnte demnach der Untersuchung eines möglichen Zusammenhangs zwischen Steuerwissen und der Präferenz der Kollektivgutperspektive gewidmet sein.

Zusammenfassend scheinen unterschiedliche Wissensformen (über eigene Steuerbelastung relativ zu anderen, über Steuerbelastungsverteilung insgesamt oder über die Gesamtsteuerlast) bei unterschiedlichen Einstellungsfragen (über die Steuerlast, über das Steuersystem, über faire Einkommenssteuerhöhen) jeweils unterschiedliche Gerechtigkeitsdimensionen anzusprechen. Es wäre demnach einiges an Forschungsarbeit notwendig, um nähere Aufschlüsse darüber zu bekommen, wie Steuerwissen Handlungen (etwa Compliance), Abgrenzungsmechanismen (etwa gegenüber Nicht-Zahlern) und auch politische Wahlpräferenzen beeinflusst. Unterschiedliche Wahrnehmungen der Funktionsweise des (Steuer-)Staates können dabei womöglich auch Erklärungen über unterschiedliche Interpretationen von politischen und gesellschaftlichen Veränderungen liefern. Alle diese Faktoren deuten meiner Meinung nach darauf hin, dass sich die Soziologie zukünftig verstärkt mit den Staatsfinanzen, und damit auch mit Steuerfragen, auseinandersetzen sollte.

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass der Weg hin zu einem politisch legitimierten *tax social contract* (Leroy 2008: 6) noch weit ist. Zu gering erscheint das Wissen über Steuern in Österreich zu sein, als dass die Steuerwünsche von großen Teilen der Bevölkerung klar genug geäußert beziehungsweise gehört werden könnten. Die breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung über das aktuelle Steuersystem zeugt aber vom Frust, die diese Situation auslöst. Der Wille sich selbst stärker mit Steuerfragen auseinanderzusetzen mag zwar gering sein, aber die Intransparenz der Steuerlast trägt wohl einiges zu diesem fehlenden Steuerinteresse bei. So würden kleine Veränderungen, wie etwa die Integration des Durchschnittssteuersatzes am Lohnzettel, bereits zu einer stärkeren Transparenz der Steuerbelastung führen. Darüber hinaus könnte die bessere Unterteilung der Belastungen, in solche mit direkten Ansprüchen (Pensions- Sozialversicherung) und solche ohne (Einkommenssteuer), zu einer sachlicheren Debatte über die Lastenverteilung beitragen. Diese Maßnahmen könnten helfen die Diskussionen rund um die emotionalisierte Frage, welche Maßnahmen sich der Staat noch leisten kann, in eine politische Debatte überzuführen, die sowohl Einnahme- als auch Ausgabestrukturen thematisiert.

9. Literaturverzeichnis

- Alarcon-Garcia, Gloria/Quinones-Vidal, Elena/Sanchez-Meca, Julio. 2015. How can have an influence to be a housewife on women's fiscal awareness? The case of Spain. *Anales De Psicologia* 31: 952–961.
- Allingham, Michael G./Sandmo, Agnar. 1972. Income tax evasion: a theoretical analysis. *Journal of Public Economics* 1: 323–338.
- Alm, James/Jackson, Betty R/McKee, Michael. 1993. Fiscal exchange, collective decision institutions, and tax compliance. *Journal of Economic Behavior & Organization* 22, 3: 285–303.
- Alm, James. 2012. Measuring, Explaining, and Controlling Tax Evasion. Lessons from Theory, Experiments, and Field Studies. *International Tax and Public Finance* 19, 1: 54–77.
- Andreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin. 2012. Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: *Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz*. Wien: BMASK, 249–267.
- Ashby, Julie S./Webley, Paul/Haslam, Alexander S. 2009. The role of occupational taxpaying cultures in taxpaying behaviour and attitudes. *Journal of Economic Psychology* 30: 216–227.
- Backhaus, Jürgen G. 2005. *Essays on fiscal sociology*. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang.
- Bartolome, Charles. 1995. Which tax rate do people use: Average or marginal? *Journal of Public Economics* 56: 79–96.
- Beedle, Paul/Taylor-Gooby, Peter. 1983. Ambivalence and Altruism: Public Opinion about Taxation and Welfare. *Policy & Politics* 11, 1: 15–39.
- Beiser, Reinhold. 2016. *Steuern: ein systematischer Grundriss*. 14. überarbeitete Auflage. Wien: Facultas.
- Blaufus, Kay et al. 2013a. Perception of income tax rates: evidence from Germany. *European Journal of Law and Economics* 40: 457–478.
- Blaufus, Kay et al. 2013b. Decision heuristics and tax perception. An analysis of a tax-cut-cum-base-broadening policy. *Journal of Economic Psychology* 35: 1–16.
- Blendon, Robert J. et al. 2003. Tax Uncertainty. *Brookings Review Summer*: 28–31.
- Brambor, Thomas/Clark, William R./Golder, Matt. 2006. Understanding Interaction Models. Improving Empirical Analyses. *Political Analysis* 14: 63–82.
- Buchanan, James M./Tullock, Gordon. 1999. *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*. [1962] Indianapolis: Liberty Fund.
- Campbell, Andrea L. 2009. What Americans Think of Taxes. In: *The New Fiscal Sociology*. Martin/Mehrotra/Prasad (Hrsg.). Cambridge: Cambridge University Press, 48–67.
- Couper, Mick P./Bosnjak, Michael. 2010. Internet Surveys. In: *Handbook of Survey Research*. Marsden/Wright (Hrsg.). Bingley: Emerald Group Publishing, 527–550.
- Cox, Dennis. 1984. Raising Revenue in the underground Economy. *National Tax Journal* 37: 283–288.

- Cullis, John/Lewis, Alan. 1985. Some hypotheses and evidence on tax knowledge and preferences. *Journal of Economic Psychology* 6: 271–287.
- Cullis, John/Jones, Philip. 1998. *Public finance and public choice*. 2. Edition. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- Dalton, Hugh. 1954. *Principles of public finance*. 4. Edition. London: Routledge.
- Edin, Katharine/Tach, Laura/ Halpern-Meehin, Sarah. 2014. Tax Code Knowledge and Behavioral Responses Among EITC Recipients. Policy Insights from Qualitative Data. *Journal of Policy Analysis and Management* 33: 413–439.
- Esping-Andersen, Gösta. 1992. The Three Worlds of Welfare Capitalism. *Relations industrielles* 47: 178–181.
- Fallan, Lars. 1999. Gender, Exposure to Tax Knowledge, and Attitudes Towards Taxation. An Experimental Approach. *Journal of Business Ethics* 18, 2: 173–84.
- Fochmann, Martin et al. 2010. Tax Perception - An Empirical Survey. Social Science Research Network Scholarly Paper ID 1707443.
- Goldscheid, Rudolf. 1917. Finanzwissenschaft und Soziologie. *Zeitschrift für Allgemeine und Spezielle Weltwirtschaftslehre* 9: 253–263.
- Groves, Robert M. et al. 2009. *Survey Methodology*. 2. Edition. New Jersey: John Wiley & Sons.
- Guger, Alois. 2009. *Umverteilung im Wohlfahrtsstaat / Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*. Wien: BMASK.
- Habermas, Jürgen. 1976. Was heißt heute Krise? Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. In: *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*. Habermas, Jürgen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 304–329
- Hennighausen, Tanja/Heinemann, Friedrich. 2015. Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes Toward Progressive Taxation. *German Economic Review* 16: 255–289.
- Jerit, Jennifer/Barabas, Jason. 2006. Bankrupt Rhetoric. How Misleading Information Affects Knowledge about Social Security. *Public Opinion Quarterly* 70: 278–303.
- Kalthoff, Herbert. 2004. Finanzwirtschaftliche Praxis und Wirtschaftstheorie: Skizze einer Soziologie ökonomischen Wissens. *Zeitschrift für Soziologie* 33: 154–175.
- Karlson, Kristian Bernt/Holm, Anders/Breen, Richard. 2012. Comparing Regression Coefficients Between Same-Sample Nested Models Using Logit and Probit. A New Method. *Sociological Methodology* 42, 1: 286–313.
- Kasper, Matthias/Kogler, Christoph/Kirchler, Erich. 2015. Tax policy and the news: An empirical analysis of taxpayers' perceptions of tax-related media coverage and its impact on tax compliance. *Journal of Behavioral and Experimental Economics* 54: 58–63.
- Keene, Karlyn. 1983. What Do We Know about the Public's Attitude on Progressivity? *National Tax Journal* 36, 3: 371–376.
- Kidder, Jeffrey L./Isaac, William Martin. 2012. What We Talk About When We Talk About Taxes. *Symbolic Interaction* 35: 123–145.

- Kiesewetter, Dirk et al. 2010. Die gefühlte Steuerbelastung des Einkommens - Eine empirische Analyse für Erwerbstätige in Deutschland. *Steuer und Wirtschaft* 87: 337–345.
- Kirchler, Erich/Hoelzl, Erik/Wahl, Ingrid. 2008. Enforced versus voluntary tax compliance: the „slippery slope“ framework. *Journal of economic psychology* 29: 210–225.
- Kirchler, Erich. 1998. Differential representations of taxes: Analysis of free associations and judgments of five employment groups. *The Journal of Socio-Economics* 27: 117–131.
- Krueger, Alan B./Blinder, Alan S. 2004. What Does the Public Know about Economic Policy, and How Does It Know It? National Bureau of Economic Research Cambridge. Working Paper No. 10787.
- Leroy, Marc. 2008. Tax Sociology. *Socio-logos*, 3. <http://socio-logos.revues.org/2073> (23.05.2017).
- Lewis, Alan. 1979. An Empirical Assessment of Tax Mentality. *Finances publiques* 34: 245–57.
- Liebig, Stefan/Mau, Steffen. 2005. When is a tax system just? Attitudes towards general principles of taxation and the justice of tax burdens. *Zeitschrift für Soziologie* 34: 468–491.
- Long, J. Scott/Freese, Jeremy. 2014. *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. 3. Edition. College Station: Stata Press.
- Luhmann, Niklas. 1998. *Die Gesellschaft der Gesellschaft* 1. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannheim, Karl. 2015. *Ideologie und Utopie*. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Marshall, Thomas H. 1950. *Citizenship and Social Class and other essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Martin, Isaac W./Mehrotra, Ajay K./Prasad, Monica 2009. The thunder of history. The Origins and Development of the New Fiscal Sociology. In: *The New Fiscal Sociology*. Martin/Mehrotra/Prasad (Hrsg.). Cambridge: Cambridge University Press, 1–28.
- Mood, Carina. 2010. „Logistic Regression. Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It. *European Sociological Review* 26, 1: 67–82.
- Musgrave, Richard A. 1992. Schumpeter’s crisis of the tax state: An essay in fiscal sociology. *Journal of Evolutionary Economics* 2: 89–113.
- O’Connor, James. 1974. *Die Finanzkrise des Staates*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pickhardt, Michael/Prinz, Aloys. 2014. Behavioral dynamics of tax evasion – A survey. *Journal of Economic Psychology* 40: 1–19.
- Pirmin, Michael/Fessler, Andreasch/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin: *Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich*. Wien: Oesterreichische Nationalbank, 249–268.
- Rauhut, Heiko/Winter, Fabian. 2012. On the Validity of Laboratory Research in the Political and Social Sciences. The Example of Crime and Punishment. In: *Experimental Political Science, Research Methods Series*. Kittel/Luhan/Morton (Hrsg.). Basingstoke: Palgrave Macmillan, 209–232.
- Roberts, Michael L./Hite, A. Peggy/Bradley, Cassie F. 1994. Understanding Attitudes Toward Progressive Taxation. *The Public Opinion Quarterly* 58: 165–190.

- Rocha-Akis, Silvia. 2016. Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Saad, Natrah. 2011. Fairness Perceptions and Compliance Behaviour: Taxpayers' Judgments in Self-Assessment Environments. Dissertation. University of Canterbury.
- Sausgruber, Rupert/Tyran, Jean-Robert. Testing the Mill hypothesis of fiscal illusion. *Public Choice* 122: 39–68.
- Schmölders, Günter. 1959. „Unmerkliche“ Steuern. *FinanzArchiv: public finance analysis* 20, 1: 23–34.
- Schmölders, Günter. 1960. Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft: Probleme der Finanzpsychologie. Hamburg: Rowohlt.
- Schumpeter, Joseph A. 1918. Die Krise des Steuerstaats. Graz [u.a.]: Leuschner & Lubensky.
- Seymer, Alexander 2017. Evaluierung und Dokumentation der Rekrutierungsexperimente bei der PUMA-Erhebung Q2/2016. Im Auftrag von der Plattform für Umfragen, Methoden und empirische Analysen (PUMA) und Statistik Austria. <http://www.puma-plattform.at/puma-umfragen/> (04.05.2017).
- Sigala, Maria/Burgoyne, Carole B./Webley, Paul. 1999. Tax communication and social influence: evidence from a British sample. *Journal of Community & Applied Social Psychology* 9: 237–241.
- Simon, Herbert A. 1955. A Behavioral Model of Rational Choice. *The Quarterly Journal of Economics* 69: 99-118.
- Slemrod, Joel. 2006. The Role of Misconceptions in Support for Regressive Tax Reform. *National Tax Journal* 59: 57–75.
- Tilly, Charles. 2009. Foreword. In: *The New Fiscal Sociology*. Martin/Mehrotra/Prasad (Hrsg.). Cambridge: Cambridge University Press, xi–xiii.
- Tsebelis, George. 1989. The Abuse of Probability in Political Analysis: The Robinson Crusoe Fallacy. *American Political Science Review* 83: 77–91.
- Wagner, Adolph. 1892: *Grundlegung der Politischen Ökonomie*. Teil I: Grundlagen der Volkswirtschaft. 3. Aufl. Leipzig: C.F. Winter'sche Verlagshandlung.
- Wagner, Richard E. 1976. Revenue structure, fiscal illusion, and budgetary choice. *Public Choice* 25: 45–61.
- Wenzel, Michael. 2004. An analysis of norm processes in tax compliance. *Journal of Economic Psychology* 25: 213–228.
- Winship, Christopher/Mare, Robert. 1984. Regression Models with Ordinal Variables. *American Sociological Review* 49: 512–525.

10. Tabellen- & Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Bevorzugtes Steuersystem in Deutschland und Österreich – Ergebnisse der bisherigen Umfrageforschung	25
Tabelle 2: Entwicklung der Bruttostichprobe	32
Tabelle 3: Entwicklung der Nettostichprobe	32
Tabelle 4: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell und Wissen über das aktuelle Steuersystem ...	33
Tabelle 5: Wissen über die Wirkungsweise von Tarifstufen (Grenzsteuersätzen).....	40
Tabelle 6: Regressionstabelle der Einstellung zum Steuersystem in Bezug auf progressiven und proportionalen Steuersystemwunsch.....	46
Tabelle 7: Multinomiale Regressionstabelle der Einstellungen zum Steuersystem.....	55
Tabelle 8: Regressionstabelle des Wissenstands zum Steuersystem.....	57
Tabelle 9: Multinomiale Regressionstabelle des Steuersystemwissens	58
Tabelle 10: Regressionstabelle des Wissenstandes zur Wirkungsweise von Steuertarifen.....	61
Tabelle 11: Multinomiale Regressionstabelle der Wirkungsweise von Steuertarifen.....	62
Tabelle 12: Summe unterschiedlicher Informationsquellen und Steuersystemwissen	77
Tabelle 13: Summe unterschiedlicher Informationsquellen und Wissen über die Wirkung von Steuertarifen	78
Tabelle 14: ESS (2008) Bevorzugtes Steuermodell in Österreich	79
Tabelle 15: ESS (2008) Bevorzugtes Steuermodell in ausgewählten Ländern in Europa.....	80
Tabelle 16: Deskriptive Beschreibung der verwendeten Variablen	81
Diagramm 1: Nettoeinkommensentwicklung und Grenzsteuersätze in Österreich.....	28
Diagramm 2: Zusammenhang zwischen Grenzsteuersätze und Durchschnittssteuersatz in Österreich	30
Diagramm 3: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell nach Wissen über das aktuelle Steuersystem	35
Diagramm 4: Bevorzugtes Einkommenssteuermodell nach Einkommensdezile 2008	37
Diagramm 5: Steuereinstellung nach Wissen und Einkommen	37
Diagramm 6: Informationsquellen für das persönliche Steuerwissen	39
Diagramm 7: Wissen über die Wirkung von Grenzwertsteuersätzen nach Einkommensschicht..	41
Diagramm 8: Marginale Effekte in Zusammenhang mit dem Wissensstand und unterschiedlichen Einkommensniveaus	51
Diagramm 9: Marginale Effekte in Zusammenhang mit der subjektiven Einkommenssituation und unterschiedlichen Einkommensniveaus	52
Diagramm 10: Cooks-Distanzen der binären Regression in Bezug auf Einkommen, Wissensstand und bevorzugtem Steuersystem.....	53

11. Anhang

A) Steuerfragen bei PUMA (2016)

ST_01

**Stellen Sie sich zwei Personen mit unterschiedlichem Einkommen vor.
Eine Person hat die doppelte Menge an steuerpflichtigem Einkommen wie die andere.**

Welche Aussage entspricht am ehesten Ihrer Vorstellung, wie die beiden besteuert werden sollten?

- Der Prozentsatz an Steuern sollte gleich sein, sodass die Person die doppelt so viel verdient, das Doppelte an Steuern zahlt.
- Der Prozentsatz an Steuern sollte für Besserverdienende höher sein, sodass die Person die doppelt so viel verdient, mehr als das Doppelte an Steuern zahlt.
- Der Prozentsatz an Steuern sollte für Besserverdienende kleiner sein, sodass die Person die doppelt so viel verdient, weniger als das Doppelte an Steuern zahlt.
- Keine von diesen
- weiß nicht

ST_02

Welche Aussage entspricht am ehesten dem, wie die beiden in Österreich tatsächlich besteuert werden?

- Der Prozentsatz an Steuern ist gleich, sodass die Person, die doppelt so viel verdient, das Doppelte an Steuern zahlt.
- Der Prozentsatz an Steuern ist für Besserverdienende höher, sodass die Person, die doppelt so viel verdient, mehr als das Doppelte an Steuern zahlt.
- Der Prozentsatz an Steuern ist für Besserverdienende kleiner, sodass die Person, die doppelt so viel verdient, weniger als das Doppelte an Steuern zahlt.
- Keine von diesen
- weiß nicht

ST_03

In Österreich gibt es mehrere Einkommensstufen, die mit unterschiedlichen Grenzsteuersätzen besteuert werden. Was bedeutet es für die Einkommenssteuerhöhe, wenn eine Person ein Einkommen aufweist, das in die Stufe mit 25-prozentigem Grenzsteuersatz fällt?

Sozialversicherungsbeiträge und Ähnliches spielen in dieser Frage keine Rolle.

- Die Person zahlt genau 25% vom Einkommen an Einkommenssteuer.
- Die Person zahlt mehr als 25% vom Einkommen an Einkommenssteuer.
- Die Person zahlt weniger als 25% vom Einkommen an Einkommenssteuer.
- Keines von diesen
- weiß nicht

ST_04

Wie bedeutend waren folgende Informationsquellen für Ihr persönliches Steuerwissen?

	sehr bedeutend	bedeutend	weniger bedeutend	nicht bedeutend	weiß nicht
Medien allgemein (TV, Fernsehen, Zeitung)	<input type="radio"/>				
Mediale Diskussion rund um die Steuerreform 2016	<input type="radio"/>				
Ausbildung (Schule/Studium)	<input type="radio"/>				
Eigene Arbeitserfahrung	<input type="radio"/>				
Steuerberatung	<input type="radio"/>				
Selbstrecherche/Selbststudium	<input type="radio"/>				
Freunde/Bekannte/Familie	<input type="radio"/>				
Andere	<input type="radio"/>				

B) Rekrutierungsfragen im Anschluss an den Mikrozensus

„Zum Abschluss bittet Sie die Bundesanstalt Statistik Österreich um Mithilfe bei einer Webbefragung für österreichische Universitäten. Es geht um spannende Themen, die die Lebensqualität von allen Menschen in Österreich stark betreffen (wie z.B. Gesundheit und Altersvorsorge).[4 Textvarianten:]

A) Als kleines Dankeschön schenkt Ihnen Statistik Austria die neueste Ausgabe von Zahlen-Daten-Fakten, ein Taschenbuch über die Lebensverhältnisse der Menschen in Österreich. Wären Sie bereit, an dieser Internetbefragung teilzunehmen?“⁴

B) Als kleines Dankeschön schenkt Ihnen Statistik Austria die aktuelle 2 Euro-Sondermünze der österreichischen Nationalbank zum Sammeln oder Ausgeben. Wären Sie bereit, an dieser Internetbefragung teilzunehmen?“

C) Als kleines Dankeschön schenkt Ihnen Statistik Austria die aktuelle 5 Euro Sondermünze mit dem Feldhasen von Albrecht Dürer zum Sammeln oder Ausgeben. Wären Sie bereit, an dieser Internetbefragung teilzunehmen?“

D) Als kleines Dankeschön schenkt Ihnen Statistik Austria einen Gutschein im Wert von 10 Euro, den sie fast überall in Österreich z.B. in Lebensmittelgeschäften einlösen können. Wären Sie bereit, an dieser Internetbefragung teilzunehmen?“

Die InterviewerInnen hatten zusätzlich die Möglichkeit ggfs. den folgenden Text zu ergänzen: „Bevor die Erhebung beginnt, würden wir Ihnen weitere Detailinformationen zusenden (in der Regel in der Folgeweche mit Start 27.04.2016). Das Ausfüllen des Fragebogens dauert nur etwa 5 Minuten. Die Befragung wird einmalig durchgeführt.“

Quelle: Seymer 2017: 10

Tabelle 12: Summe unterschiedlicher Informationsquellen und Steuersystemwissen

Infoquellen	Wissen_System				Total
	Nicht Wissen	Wissen	Keines von d.	Weiß nicht	
0	32.51	37.08	10.21	20.2	100
1	31.26	44.75	8.15	15.84	100
2	40.54	39.03	7.26	13.17	100
3	36.29	31.31	11.87	20.54	100
4	26.68	30.28	35.57	7.47	100
Total	36.51	38.9	9.23	15.35	100

N=958, gewichtet

Quelle: PUMA-Daten (2016)

Tabelle 13: Summe unterschiedlicher Informationsquellen und Wissen über die Wirkung von Steuertarifen

Infoquellen	Wissen_Satz				Total
	Nicht Wissen	Wissen	Keines von d.	Weiß nicht	
0	32.38	16.62	0.87	50.12	100
1	36.35	26.37	5.75	31.53	100
2	44.59	25.18	9.16	21.07	100
3	46.02	21.54	7.52	24.93	100
4	52.66	3.8	37.75	5.8	100
Total	42.36	23.97	8.41	25.25	100

N=958, gewichtet

Quelle: PUMA-Daten (2016)

Tabelle 14: ESS (2008) Bevorzugtes Steuermodell in Österreich

	M1	M2	M3
Sex - female	-0.03 (0.12)	0.01 (0.12)	0.04 (0.13)
Alter 30-44 Jahre	0.17 (0.17)	0.14 (0.17)	0.08 (0.18)
Alter 45-59 Jahre	-0.05 (0.16)	-0.15 (0.17)	-0.27 (0.17)
Alter 60-89 Jahre	-0.17 (0.17)	-0.29 (0.18)	-0.48 (0.19)**
Bildungsgrad secondary	-0.10 (0.18)	-0.16 (0.19)	-0.27 (0.19)
Bildungsgrad post-secondary tertiary	-0.20 (0.21)	-0.13 (0.22)	-0.32 (0.23)
mittlere Einkommen	-0.61 (0.32)*	-0.63 (0.33)*	-0.66 (0.34)**
obere Einkommen	-0.15 (0.33)	-0.28 (0.34)	-0.47 (0.35)
Refusal	-0.33	-0.44	-0.51
Rich not important		-0.09 (0.18)	0.02 (0.19)
Should increase taxes		-0.42 (0.16)***	-0.24 (0.17)
Taxes indecisive		0.39 (0.16)**	0.41 (0.17)**
Lazy disagree		-0.43 (0.15)***	-0.46 (0.16)***
Benefits cost too much		-0.51 (0.15)***	-0.42 (0.16)***
insufficient benefits disagree			-0.09 (0.15)
same pension			-0.33 (0.14)**
lower inc. larger pension			-0.90 (0.27)***
Differences should be small disagree			-0.42 (0.20)**
Income redistribution disagree			0.57 (0.19)***
income differences acceptable			0.52 (0.16)***
Constant	0.81 (0.37)**	1.39 (0.41)***	1.50 (0.46)***
N	1,261	1,261	1,261
Pseudo R-squared	0.010	0.059	0.090

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$ 0=progressive Besteuerung 1=proportionale / regressive Besteuerung
 Quelle ESS 2008 Daten gewichtet (Designgewicht+Poststratifikationsgewicht)

Tabelle 15: ESS (2008) Bevorzugtes Steuermodell in ausgewählten Ländern in Europa

	GER	FR	PL	FI	NO	ES	GB	LV
Sex - female	0.31 (0.09)***	0.15 (0.10)	-0.04 (0.13)	0.08 (0.11)	0.22 (0.12)*	0.23 (0.11)**	0.43 (0.10)***	0.06 (0.13)
Alter 30-44 Jahre	-0.53 (0.15)***	0.09 (0.16)	-0.20 (0.18)	-0.10 (0.17)	-0.07 (0.18)	0.18 (0.16)	-0.12 (0.15)	-0.07 (0.19)
Alter 45-59 Jahre	-0.44 (0.15)***	0.12 (0.16)	-0.48 (0.18)***	-0.42 (0.16)***	-0.73 (0.19)***	0.01 (0.17)	-0.30 (0.16)*	-0.59 (0.18)***
Alter 60-89 Jahre	-0.68 (0.15)***	0.08 (0.16)	-0.63 (0.20)***	-0.78 (0.17)***	-0.75 (0.20)***	0.18 (0.18)	-0.47 (0.16)***	-0.35 (0.19)*
Bildungsgrad secondary	0.02 (0.15)	-0.03 (0.13)	0.30 (0.18)	0.06 (0.14)	0.18 (0.20)	-0.17 (0.15)	0.18 (0.16)	-0.01 (0.16)
Bildungsgrad post-secondary	-0.02 (0.16)	0.33 (0.14)**	0.66 (0.22)***	0.01 (0.16)	-0.14 (0.20)	0.02 (0.14)	0.11 (0.11)	-0.08 (0.19)
mittlere Einkommen	-0.10 (0.12)	-0.17 (0.15)	0.55 (0.25)**	0.05 (0.17)	0.32 (0.26)	0.14 (0.18)	0.15 (0.13)	-0.04 (0.16)
obere Einkommen	0.06 (0.14)	0.04 (0.16)	0.62 (0.25)**	0.16 (0.18)	0.58 (0.26)**	0.21 (0.21)	0.24 (0.14)*	-0.32 (0.20)
Refusal	-0.23 (0.17)	-0.48 (0.26)*	1.7 (0.32)***	0.22 (0.47)	-0.49 (0.73)	-0.44 (0.20)**	-0.11 (0.23)	0.63 (0.25)**
Rich not important	0.05 (0.17)	-0.13 (0.23)	0.03 (0.19)	-0.24 (0.27)	-0.45 (0.29)	-0.78 (0.17)***	-0.17 (0.16)	-0.20 (0.17)
Should increase taxes	-0.35 (0.13)***	-0.10 (0.14)	-0.50 (0.17)***	-0.82 (0.16)***	-0.70 (0.18)***	-0.13 (0.14)	-0.09 (0.12)	0.15 (0.16)
Lazy disagree	-0.09 (0.11)	0.00 (0.13)	-0.17 (0.15)	-0.09 (0.13)	0.09 (0.16)	-0.38 (0.13)***	-0.14 (0.14)	-0.20 (0.16)
Benefits cost too much	-0.14 (0.12)	-0.14 (0.14)	-0.06 (0.15)	-0.05 (0.14)	-0.31 (0.16)*	0.67 (0.14)***	-0.11 (0.13)	0.35 (0.15)**
insufficient benefits disagree	-0.20 (0.11)*	0.06 (0.12)	0.47 (0.37)	0.07 (0.15)	0.08 (0.14)	-0.22 (0.16)	-0.05 (0.12)	0.47 (0.20)**
same pension	-0.20 (0.11)*	-0.38 (0.11)***	-0.09 (0.15)	0.12 (0.12)	-0.01 (0.13)	-0.23 (0.12)*	-0.13 (0.13)	-0.81 (0.13)***
lower inc. larger pension	-0.48 (0.18)***	-0.58 (0.15)***	-0.00 (0.33)	0.05 (0.16)	-0.25 (0.23)	-0.84 (0.21)***	-0.59 (0.17)***	-0.27 (0.26)
Differences should be small	0.11 (0.13)	0.03 (0.13)	0.61 (0.21)***	0.18 (0.17)	0.14 (0.16)	0.13 (0.25)	0.15 (0.12)	0.02 (0.24)
Income Redistribution disagree	0.33 (0.13)**	0.51 (0.18)***	0.38 (0.21)*	0.73 (0.21)***	0.46 (0.19)**	0.49 (0.20)**	0.39 (0.14)***	0.16 (0.25)
income differences acceptable	-0.05 (0.12)	0.06 (0.12)	0.75 (0.19)***	0.16 (0.14)	0.28 (0.17)*	0.40 (0.13)***	0.45 (0.13)***	0.29 (0.17)
Constant	0.65 (0.26)**	0.38 (0.31)	-0.96 (0.38)**	0.32 (0.36)	0.54 (0.45)	-0.10 (0.30)	-0.17 (0.26)	0.32 (0.34)
N	2,173	1,789	1,129	1,674	1,272	1,606	1,910	1,290
Pseudo R-squared	0.032	0.040	0.098	0.071	0.080	0.067	0.050	0.057

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$ 0=progressive Besteuerung 1=proportionale / regressive Besteuerung

Quelle ESS 2008 Daten gewichtet (Designgewicht+Poststratifikationsgewicht)

Tabelle 16: Deskriptive Beschreibung der verwendeten Variablen

Variable	N	Gewicht	Mittelwert	Std. Abw.	Min	Max
Steuereinstellung						
Proportional	973	5982822	.4479	.4975	0	1
Progressiv	973	5982822	.3143	.4645	0	1
Regressiv	973	5982822	.1200	.3251	0	1
Keines von diesen	973	5982822	.1178	.3226	0	1
Geschlecht						
Männlich	1051	6531984	.4968	.5002	0	1
Weiblich	1051	6531984	.5032	.5002	0	1
Alter						
16-29 Jahre	1051	6531984	.2092	.4069	0	1
30-45 Jahre	1051	6531984	.2917	.4548	0	1
46-59 Jahre	1051	6531984	.2828	.4506	0	1
60-75 Jahre	1051	6531984	.2164	.4120	0	1
Anstellungsverhältnis						
Angestellte	1051	6531984	.3892	.4878	0	1
Arbeiter	1051	6531984	.0735	.2611	0	1
Staatsbedienstete	1051	6531984	.0982	.2978	0	1
Selbstständige	1051	6531984	.0428	.2024	0	1
in Pension	1051	6531984	.1961	.3972	0	1
nicht berufstätig	1051	6531984	.1469	.3541	0	1
Arbeitslos	1051	6531984	.0533	.2248	0	1
Bildung						
Pflichtschule	1051	6531984	.1481	.3554	0	1
Lehre/BMS	1051	6531984	.4658	.4991	0	1
AHS/BHS	1051	6531984	.2392	.4268	0	1
Akademie/Univ.	1051	6531984	.1470	.3542	0	1
Persönliches Einkommen						
niedrige Einkommen	1004	6104163	.2489	.4326	0	1
mittlere Einkommen	1004	6104163	.4041	.4910	0	1
hohe Einkommen	1004	6104163	.3470	.4763	0	1
Steuerwissen (binär)						
Wissen ü. Steuersystem	1051	6531984	.3742	.4842	0	1
Wissen ü. Grenzsteuer	1051	6531984	.2272	.4192	0	1
Einkommenssituation						
schlecht	1031	6378199	.2839	.4511	0	1

(Fortsetzung der Tabelle
auf nachfolgender Seite)

Wohngebiet

Land	1045	6502285	.4520	.4980	0	1
Kleinstadt	1045	6502285	.2459	.4309	0	1
Großstadt	1045	6502285	.3021	.4593	0	1
Kinder nein	1047	6510027	.3902	.4880	0	1

Familienstand

Ledig	1051	6531984	.3817	.4860	0	1
Verheiratet	1051	6531984	.5225	.4997	0	1
Verwitwet	1051	6531984	.0166	.1278	0	1
Geschieden	1051	6531984	.0792	.2702	0	1

Informationsquellen

Medien	1011	6274335	.5580	.4969	0	1
Steuerreform	1007	6254613	.4117	.4924	0	1
Ausbildung	1015	6297533	.4660	.4991	0	1
Arbeit	1016	63010439	.6857	.4644	0	1
Steuerberatung	992	6167254	.3469	.4762	0	1
Selbststudium	999	6159420	.4916	.5001	0	1
Freunde/Bekannte	1016	6328036	.4919	.5001	0	1

Quelle: PUMA-Daten (2016), gewichtet